

UBS AG, Niederlassung London

Endgültige Bedingungen

vom 10. Juni 2008

zum Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz

vom 4. Dezember 2007

(ergänzt durch Nachtrag Nr. 1 vom 27. Dezember 2007, Nachtrag Nr. 2 vom 11. März 2008
und Nachtrag Nr. 3 vom 18. April 2008)

der

UBS AG, Niederlassung London

zur Begebung von

UBS Open-End-Zertifikaten mit Abrechnungsformel

bezogen auf den

UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Total Return Index^{SM1}

ISIN DE000UB281F9

angeboten von der

UBS Limited

¹ UBS Bloomberg Constant Maturity Commodity IndexSM, UBS Bloomberg CMCISM und CMCISM sind Dienstleistungszeichen von UBS AG und/oder Bloomberg. Alle Rechte vorbehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite:

DURCH VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE	3
ZUSAMMENFASSUNG	5
RISIKOFAKTOREN	14
I. EMITTENTENSPEZIFISCHE RISIKOHINWEISE.....	14
II. WERTPAPIERSPEZIFISCHE RISIKOHINWEISE.....	15
VERANTWORTLICHKEIT	20
BESCHREIBUNG DER EMITTENTIN	21
I. UNTERNEHMENSINFORMATIONEN.....	21
II. GESCHÄFTSÜBERBLICK.....	22
III. ORGANISATIONSSTRUKTUR DER EMITTENTIN.....	23
IV. TRENDINFORMATIONEN	23
V. VERWALTUNGS-, MANAGEMENT- UND AUFSICHTSORGANE DER EMITTENTIN	23
VI. ABSCHLUSSPRÜFER	26
VII. BEDEUTENDE AKTIONÄRE DER EMITTENTIN.....	26
VIII. FINANZIELLE INFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER EMITTENTIN	26
IX. WICHTIGE VERTRÄGE	29
X. EINSEHBARE DOKUMENTE.....	29
BESCHREIBUNG DER WERTPAPIERE	30
I. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DEN PROSPEKT UND DIE EMISSION	30
II. AUSSTATTUNGSMERKMALE UND DEFINITIONEN DER WERTPAPIERE	33
III. WERTPAPIERBEDINGUNGEN TEIL 1: BESONDERE WERTPAPIERBEDINGUNGEN	41
III. WERTPAPIERBEDINGUNGEN TEIL 2: ALLGEMEINE WERTPAPIERBEDINGUNGEN.....	44
IV. INFORMATIONEN ÜBER DEN BASISWERT	55
V. STEUERLICHE GESICHTSPUNKTE	61
VI. VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN	67

DURCH VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE

Die folgenden Dokumente bezüglich der UBS AG sind als Anhang zu dem Registrierungsformular der UBS AG vom 5. April 2007 (UBS Finanzbericht 2006) bzw. zu dem Registrierungsformular der UBS AG vom 4. April 2008 (Geschäftsbericht 2007) bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt worden und werden durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen und bilden einen Bestandteil dieses Prospekts:

Finanzdokument	Bezug genommen in	Information
- UBS Geschäftsbericht 2007, 1 Strategie, Geschäftsergebnisse, Mitarbeiter und Nachhaltigkeit, in Englisch; Seiten A85 – A152 (einschließlich)	- Geschäftsüberblick (Seite 22 des Prospekts)	- Beschreibung der Unternehmensgruppen der Emittentin
- UBS Geschäftsbericht 2007, 4 Konzernrechnung und Jahresrechnung Stammhaus, in Englisch; Seiten D96 - D99 (einschließlich)	- Organisationsstruktur der Emittentin (Seite 23 des Prospekts)	- Darstellung der wichtigsten Tochtergesellschaften
- UBS Geschäftsbericht 2007, 3 Corporate Governance, Bericht über Saläre und andere Entschädigungen, in Englisch; Seiten C5 - C6 (einschließlich)	- Bedeutende Aktionäre der Emittentin (Seite 26 des Prospekts)	- Nähere Angaben zu den UBS-Aktien
- UBS Finanzbericht 2006, in Englisch:	- Finanzielle Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin (Seite 26 des Prospekts)	- UBS AG (Konzernrechnung) für das Geschäftsjahr 2006:
(i) Seite A82,		(i) Erfolgsrechnung,
(ii) Seite A83,		(ii) Bilanz,
(iii) Seiten A86 – A87 (einschließlich),		(iii) Mittelflussrechnung,
(iv) Seiten A88 – A214 (einschließlich),		(iv) Anhang zur Konzernrechnung,
(v) Seiten A67 - A72 (einschließlich),		(v) Standards und Grundsätze der Rechnungslegung,
(vi) Seiten A80 – A81 (einschließlich).		(vi) Bericht des Konzernprüfers.
		- UBS AG (Stammhaus) Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2006:
(i) Seite A218,		(i) Erfolgsrechnung,
(ii) Seite A219,		(ii) Bilanz,
(iii) Seite A220,		(iii) Gewinnverwendung,
(iv) Seiten A221 – A225 (einschließlich),		(iv) Anhang zur Jahresrechnung,
(v) Seite A217,		(v) Erläuterungen zur Jahresrechnung,
(vi) Seiten A67 - A72 (einschließlich),		(vi) Standards und Grundsätze der Rechnungslegung,
(vii) Seite A226.		(vii) Bericht der Revisionsstelle.
- UBS Geschäftsbericht 2007, 4 Konzernrechnung und Jahresrechnung Stammhaus, in Englisch:	- Finanzielle Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin (Seite 26 des Prospekts)	- UBS AG (Konzernrechnung) für das Geschäftsjahr 2007:
(i) Seite D18,		(i) Erfolgsrechnung,
(ii) Seite D19,		(ii) Bilanz,
(iii) Seiten D23 – D24		(iii) Mittelflussrechnung,

(einschließlich), (iv) Seiten D25 – D120 (einschließlich), (v) Seiten D3 - D8 (einschließlich),		(iv) Anhang zur Konzernrechnung, (v) Standards und Grundsätze der Rechnungslegung,
(vi) Seiten D16 – D17 (einschließlich).		(vi) Bericht des Konzernprüfers.
		- UBS AG (Stammhaus) Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2007:
(i) Seite D125,		(i) Erfolgsrechnung,
(ii) Seite D126,		(ii) Bilanz,
(iii) Seite D127,		(iii) Gewinnverwendung,
(iv) Seite D128,		(iv) Anhang zur Jahresrechnung,
(v) Seite D124,		(v) Erläuterungen zur Jahresrechnung,
(vi) Seiten D3 - D8 (einschließlich),		(vi) Standards und Grundsätze der Rechnungslegung,
(vii) Seite D140.		(vii) Bericht der Revisionsstelle.

Die durch Verweis einbezogenen Dokumente werden sowohl bei der Emittentin als auch bei der UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 - 16, 60313 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland, in gedruckter Form zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Darüber hinaus werden die Dokumente auf der Internet-Seite www.ubs.com/investors bzw. einer diese ersetzenden Internet-Seite veröffentlicht.

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Zusammenfassung beinhaltet Informationen aus diesem Prospekt bzw. den Abschnitten „Beschreibung der Emittentin“ und „Beschreibung der Wertpapiere“, um interessierten Erwerbern die Möglichkeit zu geben, sich über die UBS AG, handelnd durch ihre Niederlassung London, (nachfolgend die „**Emittentin**“) die UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel (nachfolgend jeweils ein „**Zertifikat**“ bzw. die „**Zertifikate**“ oder jeweils ein „**Wertpapier**“ bzw. die „**Wertpapiere**“), die den Gegenstand dieses Prospekts bilden, und über die damit jeweils verbundenen Risiken zu informieren.

Die Zusammenfassung sollte jedoch als Einführung zum Prospekt verstanden werden. **Potenzielle Erwerber sollten deshalb jede Entscheidung zur Anlage in die Wertpapiere auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen.** Es wird empfohlen, zum vollen Verständnis der Wertpapiere die Wertpapierbedingungen sowie die steuerlichen und anderen bei der Entscheidung über eine Anlage in die Wertpapiere wichtigen Gesichtspunkte sorgfältig zu lesen und sich gegebenenfalls von einem **Rechts-, Steuer-, Finanz- und sonstigen Berater** diesbezüglich beraten zu lassen.

Die Emittentin weist zudem ausdrücklich darauf hin, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Erwerber in Anwendung der jeweils anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

Potenzielle Erwerber sollten beachten, dass die Emittentin und die UBS Limited, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich, als Anbieterin der Wertpapiere (die „**Anbieterin**“) für die Zusammenfassung einschließlich einer Übersetzung davon in diesem Prospekt haftbar gemacht werden können, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird.

Wer ist die Emittentin?

Die UBS AG mit Sitz in Zürich und Basel ist aus der Fusion des Schweizerischen Bankvereins (SBV) und der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) im Jahre 1998 entstanden.

Die UBS AG einschließlich ihrer Tochtergesellschaften und Niederlassungen, darunter die UBS AG, Niederlassung London, („**UBS**“ oder „**UBS AG**“) ist nach eigener Einschätzung eines der global führenden Finanzinstitute für internationale anspruchsvolle Kundinnen und Kunden. UBS nutzt als integriertes Unternehmen die Ressourcen und das Know-how all ihrer Geschäftseinheiten und schafft so Mehrwert für ihre Kunden. UBS ist eigenen Angaben zufolge der weltweit führende Anbieter von Wealth-Management-Dienstleistungen und gehört zu den wichtigsten Investmentbanken und Wertschriftenhäusern mit einer starken Stellung im Geschäft mit institutionellen und Firmenkunden. Sie zählt nach eigener Einschätzung zu den größten Vermögensverwaltern und ist in der Schweiz Marktführer im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden. UBS beschäftigte per 31. Dezember 2007 über 80.000 Mitarbeiter. UBS mit Hauptsitz in Zürich und Basel, Schweiz, ist in mehr als 50 Ländern und an den wichtigsten internationalen Finanzplätzen vertreten.

UBS umfasst drei große Unternehmensbereiche: Global Wealth Management & Business Banking, nach eigener Einschätzung einer der weltgrößten Vermögensverwalter nach verwaltetem Vermögen und die führende Bank in der Schweiz für Firmen- und institutionelle Kunden; Global Asset Management, einer der führenden Vermögensverwalter weltweit, sowie Investment Bank, ein erstklassiges Investment Banking- und Wertpapierhaus. Die Serviceleistungen umfassen das klassische Investment Banking-Geschäft, wie zum Beispiel die Beratung bei Fusionen und Übernahmen, die Durchführung von Kapitalmarkttransaktionen sowohl im Primär- als auch im Sekundärmarkt, anerkannte Research-Expertise und die Emission von Anlageprodukten für institutionelle und private Anleger.

Mit der angekündigten Bezugsrechtsemission von ca. CHF 15 Mrd. gehört UBS nach eigener Einschätzung weiterhin zu den bestkapitalisierten Finanzinstituten der Welt. Am 31. Dezember 2007 betrug die

BIZ-Kernkapitalquote (Tier 1)² 8,8 %, das investierte Kapital belief sich auf CHF 3.189 Milliarden, und das den UBS-Aktionären zurechenbare Eigenkapital lag bei CHF 35.585 Millionen. Die Marktkapitalisierung betrug CHF 108.654 Millionen.

Wer sind die Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane der Emittentin?

Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens sechs und höchstens zwölf Mitgliedern. Die Amtszeit beträgt drei Jahre.

Mitglieder des Verwaltungsrats der UBS AG

Der Verwaltungsrat besteht derzeit aus elf Mitgliedern:

	Position	Amtszeit	Mandate außerhalb der UBS AG
Marcel Ospel	Präsident	2008 ³	
Stephan Haeringer	Vollamtlicher Vizepräsident	2010	
Ernesto Bertarelli	Mitglied	2009	Mitglied mehrerer Gremien.
Gabrielle Kaufmann-Kohler	Mitglied	2009	Partnerin der Kanzlei Lévy, Kaufmann-Kohler und Professorin für Internationales Privatrecht an der Universität Genf.
Sergio Marchionne	Mitglied ⁴	2010	Chief Executive Officer der Fiat S.p.A., Turin.
Dr. Rolf A. Meyer	Mitglied	2009	Mitglied des Verwaltungsrats der DKSH AG (Diethelm Keller Siber Hegner), Zürich, und Präsident ihres Audit und Finance Committee. Er gehört überdies dem Verwaltungsrat der Ascom (Schweiz) AG, Bern, an.
Dr. Helmut Panke	Mitglied	2010	Mitglied des Verwaltungsrats von Microsoft Corporation, Redmond, WA (USA).
Peter Spuhler	Mitglied	2010	Eigentümer der Stadler Rail AG, Schweiz.
Peter R. Voser	Mitglied	2008 ⁵	Chief Financial Officer der The Royal Dutch Shell plc, London.
Lawrence A. Weinbach	Mitglied	2008 ⁵	Partner bei Yankee Hill Capital Management LLC, Southport, CT, USA. (seit 2006).

² Tier-1-Kapital setzt sich zusammen aus Aktienkapital, Kapitalrücklagen, Gewinnrücklagen einschließlich Gewinn des laufenden Jahres, Währungsumrechnung und Minderheitsanteilen abzüglich aufgelaufene Dividende, Nettolongpositionen in eigenen Aktien und Goodwill.

³ Marcel Ospel stellt sich bei der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 nicht zur Wiederwahl in den Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat schlägt der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 Peter Kurer, Group General Counsel der UBS, als Kandidat zur Wahl in den Verwaltungsrat vor. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, Peter Kurer als Nachfolger von Marcel Ospel zum Präsidenten zu ernennen.

⁴ Der Verwaltungsrat hat Sergio Marchionne zum 24. April 2008 als nebenamtlichen Vizepräsidenten ernannt.

⁵ Der Verwaltungsrat schlägt der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 die Wiederwahl von Peter R. Voser und Lawrence A. Weinbach vor.

Joerg Wolle	Mitglied	2009	Präsident des Verwaltungsrats und Chief Executive Officer der DKSH Holding Ltd.
-------------	----------	------	---

Konzernleitung der UBS AG

Die Konzernleitung besteht derzeit aus zwölf Mitgliedern:

Marcel Rohner	Group Chief Executive Officer
John A. Fraser	Chairman und CEO, Global Asset Management
Marten Hoekstra	Deputy CEO, Global Wealth Management & Business Banking, und Head of Wealth Management Americas, Global Wealth Management & Business Banking
Jerker Johansson	Chairman and CEO, Investment Bank
Peter Kurer ⁶	Group General Counsel
Joseph Scoby	Group Chief Risk Officer
Walter Stuerzinger	Chief Operating Officer, Corporate Center
Marco Suter	Group Chief Financial Officer
Rory Tapner	Chairman und CEO, Asia Pacific
Raoul Weil	Chairman und CEO, Global Wealth Management & Business Banking
Alexander Wilmot-Sitwell	Chairman und CEO, UBS Group EMEA, sowie Joint Global Head Investment Banking Department, Investment Bank
Robert Wolf	Chairman und CEO, UBS Group Americas, sowie President und Chief Operating Officer, Investment Bank

Kein Mitglied der Konzernleitung übt bedeutsame Tätigkeiten außerhalb der UBS aus.

Wie ist die finanzielle Situation der Emittentin?

Die nachfolgende Tabelle ist aus dem geprüften Geschäftsbericht der UBS zum 31. Dezember 2007 in englischer Sprache entnommen und zeigt die wesentlichen Kennzahlen und das erstklassige Rating der UBS:

Kennzahlen UBS

	Für das Jahr endend am oder per		Veränderung in % seit
Mio. CHF (Ausnahmen sind angegeben)	31.12.07	31.12.06	31.12.06
UBS-Konzern			
Ergebnis vor Steuern (aus fortzuführenden und aufgegebenen Geschäftsbereichen)	(2.800)	15 523	
Den UBS-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	(4.384)	12 257	
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	539	493	9

⁶ Der Verwaltungsrat schlägt der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 Peter Kurer, Group General Counsel der UBS, als Kandidat zur Wahl in den Verwaltungsrat vor. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, Peter Kurer als Nachfolger von Marcel Ospel zum Präsidenten zu ernennen.

	Für das Jahr endend am oder per		Veränderung in % seit
Mio. CHF (Ausnahmen sind angegeben)	31.12.07	31.12.06	31.12.06
Finanzdienstleistungsgeschäft¹			
Geschäftsertrag	31 032	47 171	(34)
Geschäftsaufwand	34 503	32 782	5
Den UBS-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	(5.235)	11 249	
Personalbestand (auf Vollzeitbasis)	83 560	78 140	7
Bilanz- und Kapitalbewirtschaftung UBS			
Bilanzkennzahlen			
Total Aktiven	2 272 579	2 346 362	(3)
Den UBS-Aktionären zurechenbares Eigenkapital Mio. CHF (Ausnahmen sind angegeben)	35 585	49 686	(28)
Börsenkapitalisierung	108 654	154 222	(30)
BIZ-Kennzahlen			
Tier-1-Kapital (%) ²	8,8	11,9	
Gesamtkapital (Tier 1 und 2) (%)	12,0	14,7	
Risikogewichtete Aktiven	372 298	341 892	9
Verwaltete Vermögen (Mrd. CHF)	3 189	2 989	7
Langfristige Ratings			
Fitch, London ³	AA	AA+	
Moody's, New York ⁴	Aaa	Aa2	
Standard & Poor's, New York ⁵	AA	AA+	
UBS Kennzahlen zur Leistungsmessung			
Eigenkapitalrendite (%) ⁶			
Gemäss Erfolgsrechnung	(9.4)	28,2	
Aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	(10.2)	26,4	
Verwässertes Ergebnis pro Aktie (CHF)			
Gemäss Erfolgsrechnung	(2.28)	5,95	
Aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	(2.49)	5,57	
Geschäftsaufwand/Geschäftsertrag des Finanzdienstleistungsgeschäfts (%)⁷	110,3	69,7	
Neugelder Finanzdienstleistungsgeschäft⁸	140,6	151,7	

1 Ohne Erfolg aus Industriebeteiligungen. 2 Beinhaltet hybrides Tier-1-Kapital. 3 Nach der Ankündigung von UBS vom 1. April 2008 hat Fitch das Bonitäts-Rating für UBS von „AA“ auf „AA-“ mit negativem Ausblick herabgesetzt. 4 Nach der Ankündigung von UBS vom 1. April 2008 hat Moody's das Bonitäts-Rating für UBS von „Aaa“ auf „Aa1“ zurückgestuft, die Ratings werden derzeit auf weitere Herabstufungen überprüft. 5 Nach der Ankündigung von UBS vom 1. April 2008 hat Standard & Poor's das Langfrist-Rating für UBS von „AA“ auf „AA-“ mit negativem Ausblick herabgesetzt. 6 Den Aktionären zurechenbares Konzernergebnis/den UBS-Aktionären zurechenbares durchschnittliches Eigenkapital abzüglich Ausschüttung (wo anwendbar). 7 Geschäftsaufwand/Geschäftsertrag abzüglich Wertberichtigung für Kreditrisiken oder Auflösung von Wertberichtigungen für Kreditrisiken. 8 Ohne Zins- und Dividenderträge.

Wie wird der Nettoemissionserlös von der Emittentin verwendet?

Der Nettoerlös der Emission dient der Finanzierung der Geschäftsentwicklung der UBS Gruppe und wird von der Emittentin nicht innerhalb der Schweiz verwendet. Der Nettoerlös aus dem Verkauf der Wertpapiere wird dabei von der Emittentin für allgemeine Geschäftszwecke verwendet; ein abgrenzbares (Zweck-)Sondervermögen wird nicht gebildet.

Bestehen hinsichtlich der Emittentin Risiken?

Hinsichtlich der Emittentin bestehen keine besonderen Risiken. Potenzielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich jedoch bewusst sein, dass hinsichtlich der Emittentin wie bei jedem Unternehmen auch allgemeine Risiken bestehen: So trägt jeder Erwerber allgemein das Risiko, dass sich die finanzielle Situation der Emittentin verschlechtern könnte. Zudem kann die allgemeine Einschätzung der Kreditwürdigkeit der Emittentin möglicherweise den Wert der Wertpapiere beeinflussen. Diese Einschätzung hängt im Allgemeinen von Ratings ab, die den ausstehenden Wertpapieren der Emittentin oder der mit ihr verbundenen Unternehmen von Rating-Agenturen wie Moody's, Fitch und Standard & Poor's erteilt werden. Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können sich zudem von Zeit zu Zeit für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Kunden an Transaktionen beteiligen, die mit den Wertpapieren in Verbindung stehen. Diese Transaktionen können sich negativ auf den Kurs der Wertpapiere auswirken.

Potenzielle Erwerber sollten jede Entscheidung zur Anlage in die Wertpapiere auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen und sich **gegebenenfalls von ihrem Steuer- bzw. Finanzberater oder Rechtsanwalt diesbezüglich beraten** lassen.

Was sind die Wertpapiere?

Gegenstand des Prospekts sind die *UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel* mit der *International Security Identification Number* (die „**ISIN**“), die von der UBS AG, handelnd durch ihre Niederlassung London, als Emittentin nach deutschem Recht begeben werden. Die Wertpapiere sind allen anderen direkten, nicht nachrangigen, unbedingten und unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichgestellt.

Die Wertpapiere beziehen sich jeweils auf die Wertentwicklung des UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Total Return IndexSM (der „**Basiswert**“).

Wie werden die Wertpapiere angeboten?

Die Emittentin hat mit Ausnahme der Veröffentlichung und Hinterlegung des Basisprospekts bei der BaFin und der gegebenenfalls erforderlichen Notifizierung des Basisprospekts keinerlei Maßnahmen ergriffen und wird keinerlei Maßnahmen ergreifen, um das öffentliche Angebot der Wertpapiere oder ihren Besitz oder den Vertrieb von Angebotsunterlagen in Bezug auf die Wertpapiere in einer Rechtsordnung zulässig zu machen, in der zu diesem Zweck besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Die Emittentin und die Anbieterin geben keine Zusicherung über die Rechtmäßigkeit des Angebots der Wertpapiere in irgendeinem Land nach den dort geltenden Registrierungs- und sonstigen Bestimmungen oder geltenden Ausnahmeregelungen und übernehmen keine Verantwortung dafür, dass ein Angebot ermöglicht werden wird.

Die Wertpapiere werden von der UBS Limited, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich, als Anbieterin der Wertpapiere an oder nach dem *Emissionstag* durch Übernahmevertrag übernommen und zu dem *Emissionspreis* zum freibleibenden Verkauf gestellt. Der *Emissionspreis* wird am *Festlegungstag* in Abhängigkeit von der jeweiligen Marktsituation und dem Kurs des zugrunde liegenden *Basiswerts* festgesetzt und kann bei der Anbieterin erfragt werden. Danach wird der Verkaufspreis fortlaufend - entsprechend der jeweiligen Marktsituation - angepasst.

Die Anbieterin koordiniert das gesamte Angebot der Wertpapiere, und die Wertpapiere können ab *Beginn des öffentlichen Angebots der Wertpapiere* bei der Anbieterin erworben werden.

Werden die Wertpapiere zum Handel zugelassen?

Die Anbieterin beabsichtigt, die Einbeziehung der Wertpapiere in den Handel an den *Wertpapier-Börsen* zu beantragen.

Bestehen Beschränkungen des Verkaufs der Wertpapiere?

Wertpapiere dürfen innerhalb einer Rechtsordnung oder mit Ausgangspunkt in einer Rechtsordnung nur angeboten, verkauft oder geliefert werden, wenn dies gemäß den anwendbaren Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften zulässig ist und der Emittentin keinerlei Verpflichtungen entstehen. Die Wertpapiere werden zu keinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an eine US-Person (wie in Regulation S des United States Securities Act von 1933 in der geltenden Fassung definiert), weder direkt noch indirekt, angeboten, verkauft, gehandelt oder geliefert.

Was wird der Wertpapiergläubiger aus dem jeweiligen Wertpapier erhalten?

Der Anleger erwirbt durch den Kauf von je einem (1) UBS Open-End Zertifikat mit Abrechnungsformel das Recht, nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen von der Emittentin unter bestimmten Voraussetzungen und in Abhängigkeit von der Entwicklung des *Basiswerts* die Zahlung eines *Abrechnungsbetrags* in der *Auszahlungswährung* unter Berücksichtigung des *Bezugsverhältnisses* (der „**Auszahlungsbetrag**“) zu verlangen (das „**Zertifikatsrecht**“).

Die *Wertpapiergläubiger* erhalten keine Zwischenzahlungen. Jedes der Wertpapiere verbrieft weder einen Anspruch auf Festzins oder zinsvariable Zahlungen noch auf Dividendenzahlung und wirft daher **keinen laufenden Ertrag** ab.

Welche Risiken sind mit einer Investition in die Wertpapiere verbunden?

Für den Erwerber der Wertpapiere ist eine Investition mit produktspezifischen Risiken verbunden. So wird der Wert eines UBS Open-End Zertifikats mit Abrechnungsformel nicht nur von den Kursveränderungen des zugrunde liegenden *Basiswerts* bestimmt, sondern zusätzlich von einer Reihe weiterer Faktoren. Eine Wertminderung des Zertifikats kann daher selbst dann eintreten, wenn der Kurs des zugrunde liegenden *Basiswerts* konstant bleibt. Potenzielle Erwerber sollten beachten, dass Kursänderungen (oder auch schon das Ausbleiben einer erwarteten Kursänderung) des zugrunde liegenden *Basiswerts* den Wert des jeweiligen Zertifikats bis hin zur Wertlosigkeit mindern können. Dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin.

Neben der Laufzeit der Wertpapiere, der Häufigkeit und der Intensität von Kursschwankungen (Volatilität) des zugrunde liegenden *Basiswerts* oder dem allgemeinen Zins- und Dividendenniveau bzw. der allgemeinen Entwicklung der Devisenmärkte, sind nach Auffassung der Emittentin vor allem folgende Umstände für den Wert eines Zertifikats wesentlich bzw. können aus folgenden Umständen Risiken für die Erwerber der Wertpapiere erwachsen:

- **Besonderheiten der Zertifikatsstruktur**

Potenzielle Erwerber der Wertpapiere müssen vor einer Investition in die Zertifikate beachten, dass die folgenden Besonderheiten der UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere bzw. die Höhe der nach den Wertpapierbedingungen gegebenenfalls zu zahlenden Geldbeträge haben können und dementsprechend besondere Risikoprofile aufweisen:

Umfang der Teilnahme an der Entwicklung des Basiswerts

Die Verwendung des *Bezugsverhältnisses* innerhalb der Bestimmung des Zertifikatsrechts führt dazu, dass die UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel zwar wirtschaftlich einer Direktinvestition in den *Basiswert* ähnlich, mit einer solchen jedoch insbesondere deshalb nicht vollständig vergleichbar sind, weil die *Wertpapiergläubiger* an der entsprechenden Wertentwicklung nicht im Verhältnis 1:1 partizipieren, sondern nur in dem Verhältnis des *Bezugsverhältnisses* teilnehmen.

Keine festgelegte Laufzeit der Wertpapiere

Im Gegensatz zu Zertifikaten mit einer festen Laufzeit haben die UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel keinen festgelegten Verfalltag und dementsprechend keine festgelegte Laufzeit. Tatsächlich müssen die UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel von dem Inhaber jeweils in Übereinstimmung mit dem in den Wertpapierbedingungen festgelegten Ausübungsverfahren zu einem bestimmten *Ausübungstag* ausgeübt werden, um das Zertifikatsrecht geltend zu machen.

- **Kündigung und vorzeitige Tilgung der Wertpapiere durch die Emittentin**

Potenziellen Erwerbern der Wertpapiere sollte bewusst sein, dass die Emittentin jederzeit, das heißt auch ohne das Vorliegen bestimmter Kündigungsereignisse, gemäß den Wertpapierbedingungen die Möglichkeit hat, die Wertpapiere insgesamt vorzeitig zu kündigen und zu tilgen. Wenn die Emittentin die Zertifikate vorzeitig kündigt und tilgt, hat der *Wertpapiergläubiger* das Recht, die Zahlung eines Geldbetrags in Bezug auf die vorzeitige Tilgung zu verlangen. Der *Wertpapiergläubiger* hat jedoch keinen Anspruch auf irgendwelche weiteren Zahlungen auf die Zertifikate nach dem *Kündigungstag*.

Der *Wertpapiergläubiger* trägt damit das Risiko, dass er an der Wertentwicklung des zugrunde liegenden *Basiswerts* nicht in dem erwarteten Umfang und über den erwarteten Zeitraum partizipieren und damit auch weniger als sein eingesetztes Kapital zurückerhalten kann.

Im Falle einer Kündigung der Wertpapiere durch die Emittentin trägt der *Wertpapiergläubiger* zudem das Wiederanlagerisiko. Dies bedeutet, dass er den durch die Emittentin im Falle einer Kündigung gegebenenfalls ausgezahlten *Kündigungsbetrag* möglicherweise nur zu ungünstigeren Marktkonditionen als denen, die beim Erwerb der Wertpapiere vorlagen, wiederanlegen kann.

- **Mögliche Wertminderung des Basiswerts nach einer Kündigung der Wertpapiere**

Soweit die Laufzeit der Wertpapiere durch die Emittentin vorzeitig durch Kündigung gemäß den Wertpapierbedingungen beendet wird, müssen potenzielle Erwerber der Wertpapiere beachten, dass eine möglicherweise negative Entwicklung des *Kurses des Basiswerts* nach dem Zeitpunkt der Kündigungserklärung bis zur Ermittlung des für die Berechnung des dann zahlbaren *Kündigungsbetrags* verwendeten *Kurses des Basiswerts* zu Lasten der *Wertpapiergläubiger* geht.

- **Nachteilige Auswirkungen von Anpassungen des Zertifikatsrechts**

Die Emittentin ist gemäß den Wertpapierbedingungen bei Vorliegen eines potenziellen Anpassungsereignisses berechtigt, Anpassungen der Wertpapierbedingungen vorzunehmen. Diese Anpassungen können sich negativ auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

- **Einfluss von Nebenkosten**

Provisionen und andere Transaktionskosten, die beim Kauf oder Verkauf von Wertpapieren anfallen, können - insbesondere in Kombination mit einem niedrigen Auftragswert - zu Kostenbelastungen führen, **die den unter den Wertpapieren gegebenenfalls zu zahlenden *Auszahlungsbetrag* der Höhe nach extrem vermindern können**. Potenzielle Erwerber sollten sich deshalb vor Erwerb eines Wertpapiers über alle beim Kauf oder Verkauf des Wertpapiers anfallenden Kosten einschließlich etwaiger Kosten ihrer Depotbank bei Erwerb und bei Fälligkeit der Wertpapiere informieren.

- **Risiko ausschließende oder einschränkende Geschäfte**

Potenzielle Erwerber der Wertpapiere dürfen nicht darauf vertrauen, dass während der Laufzeit der Wertpapiere jederzeit Geschäfte abgeschlossen werden können, durch die relevante Risiken ausgeschlossen oder eingeschränkt werden können; tatsächlich hängt dies von den Marktverhältnissen und den jeweils zugrunde liegenden Bedingungen ab. Unter Umständen können solche Geschäfte nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, so dass für den Anleger ein entsprechender Verlust entsteht.

- **Handel in den Wertpapieren / Mangelnde Liquidität**

Es lässt sich nicht voraussagen, ob und inwieweit sich ein Sekundärmarkt für die Wertpapiere entwickelt, zu welchem Preis die Wertpapiere in diesem Sekundärmarkt gehandelt werden und ob dieser Sekundärmarkt liquide sein wird oder nicht. **Potenzielle Erwerber sollten deshalb nicht darauf vertrauen, das jeweilige Wertpapier zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs veräußern zu können.**

- **Preisbildung von Wertpapieren**

Die Preisbildung der Wertpapiere orientiert sich im Gegensatz zu den meisten anderen Wertpapieren regelmäßig nicht an dem Prinzip von Angebot und Nachfrage in Bezug auf die Wertpapiere, da Wertpapierhändler möglicherweise im Sekundärmarkt eigenständig berechnete An- und Verkaufskurse für die Wertpapiere stellen. Diese Preisberechnung wird auf der Basis von im Markt üblichen Preisberechnungsmodellen vorgenommen, wobei der theoretische Wert von Wertpapieren grundsätzlich auf Grund des Werts des *Basiswerts* und des Werts der weiteren Ausstattungsmerkmale der Wertpapiere, die jeweils wirtschaftlich gesehen durch ein weiteres derivatives Finanzinstrument abgebildet werden können, ermittelt wird.

Die möglicherweise gestellten Kurse müssen dem vom Wertpapierhändler ermittelten inneren Wert der Wertpapiere nicht entsprechen.

- **Ausweitung der Spanne zwischen Kauf- und Verkaufskursen und -preisen**

Im Falle besonderer Marktsituationen, in denen Sicherungsgeschäfte durch die Emittentin nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich sind, kann es zu zeitweisen Ausweitungen der Spanne zwischen Kauf- und Verkaufskursen bzw. zwischen Kauf- und Verkaufspreisen kommen, um die wirtschaftlichen Risiken der Emittentin einzugrenzen. Daher veräußern *Wertpapiergläubiger*, die ihre Wertpapiere an der Börse oder im Over-the-Counter-Markt veräußern möchten, gegebenenfalls zu einem Preis, der erheblich unter dem tatsächlichen Wert der Wertpapiere zum Zeitpunkt ihres Verkaufs liegt.

- **Inanspruchnahme von Krediten**

Wenn Anleger den Erwerb der Wertpapiere mit einem Kredit finanzieren, müssen sie beim Nichteintritt ihrer Erwartungen, zusätzlich zu der Rückzahlung und Verzinsung des Kredits, auch den unter den Wertpapieren eingetretenen Verlust hinnehmen. Dadurch erhöht sich das Verlustrisiko des Anlegers erheblich. Erwerber von Wertpapieren sollten nie darauf setzen, den Kredit aus Gewinnen eines Wertpapiergeschäfts verzinsen und zurückzahlen zu können. Vielmehr sollten vor dem kreditfinanzierten Erwerb eines Wertpapiers die maßgeblichen wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin überprüft werden, ob der Anleger in die Wertpapiere zur Verzinsung und gegebenenfalls zur kurzfristigen Tilgung des Kredits auch dann in der Lage ist, wenn statt der von ihm erwarteten Gewinne Verluste eintreten.

- **Einfluss von Hedge-Geschäften der Emittentin auf die Wertpapiere**

Die Emittentin kann einen Teil oder den gesamten Erlös aus dem Verkauf der Wertpapiere für Absicherungsgeschäfte hinsichtlich des Risikos der Emittentin aus der Begebung der Wertpapiere verwenden. In einem solchen Fall kann die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen Geschäfte abschließen, die den Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren entsprechen. Im Allgemeinen werden solche Transaktionen vor dem oder am *Emissionstag* der Wertpapiere abgeschlossen; es ist aber auch möglich, solche Transaktionen nach Begebung der Wertpapiere abzuschließen. Die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen kann jederzeit die für die Ablösung abgeschlossener Deckungsgeschäfte erforderlichen Schritte ergreifen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass im Einzelfall der Kurs des zugrunde liegenden *Basiswerts* durch solche Transaktionen beeinflusst wird.

- **Änderung der Grundlage der Besteuerung der Wertpapiere**

Die in diesem Prospekt ausgeführten Überlegungen hinsichtlich der Besteuerung der Wertpapiere geben die Ansicht der Emittentin auf Basis der zum Datum des Prospekts geltenden Gesetzgebung wieder. Eine andere steuerliche Behandlung durch die Finanzbehörden und Finanzgerichte kann jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Es ist deshalb unbedingt empfehlenswert, sich mit dem besonderen Risikoprofil des in diesem Prospekt beschriebenen Produkttyps vertraut zu machen und gegebenenfalls fachkundigen Rat in Anspruch zu nehmen. Potenzielle Erwerber werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei Zertifikaten um eine **Risikoanlage** handelt, die mit der Möglichkeit von **Verlusten** hinsichtlich des eingesetzten Kapitals verbunden ist. Potenzielle Erwerber müssen deshalb bereit und in der Lage sein, Verluste des eingesetzten Kapitals bis hin zum Totalverlust hinzunehmen. In jedem Falle sollten Erwerber der Zertifikate ihre jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin überprüfen, ob sie in der Lage sind, die mit dem Zertifikat verbundenen **Verlustrisiken** zu tragen.

RISIKOFAKTOREN

Nachstehend werden verschiedene Risikofaktoren beschrieben, die mit der Anlage in die Wertpapiere, die im Rahmen dieses Prospekts begeben werden, verbunden sind. Welche Faktoren einen Einfluss auf die in diesem Prospekt beschriebenen Wertpapiere haben können, hängt von verschiedenen miteinander verbundenen Faktoren ab, insbesondere der Art der Wertpapiere und des zugrunde liegenden *Basiswerts*. Eine Anlage in die Wertpapiere sollte erst erfolgen, nachdem alle für die jeweiligen Wertpapiere relevanten Faktoren zur Kenntnis genommen und sorgfältig geprüft wurden. Hier verwendete Angaben und Begriffe folgen den in den Wertpapierbedingungen gegebenen Definitionen. Potenzielle Erwerber sollten jede Entscheidung zur Anlage in die Wertpapiere auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen und sich **gegebenenfalls von ihrem Rechts-, Steuer-, Finanz- und sonstigen Berater diesbezüglich beraten lassen.**

I. EMITTENTENSPEZIFISCHE RISIKOHINWEISE

Als globales Finanzdienstleistungsunternehmen wird die Geschäftstätigkeit der UBS von den herrschenden Marktverhältnissen beeinflusst. Verschiedene Risikofaktoren können die effektive Umsetzung der Geschäftsstrategien und direkt die Erträge beeinträchtigen. Dementsprechend waren und sind die Erträge und das Ergebnis der UBS Schwankungen unterworfen. Die Ertrags- und Gewinnzahlen für einen bestimmten Zeitraum liefern daher keinen Hinweis auf nachhaltige Resultate, können sich von einem Jahr zum andern ändern und die Erreichung der strategischen Ziele der UBS beeinflussen.

Allgemeines Insolvenzrisiko

Jeder Erwerber trägt allgemein das Risiko, dass sich die finanzielle Situation der Emittentin verschlechtern könnte. Die Wertpapiere begründen unmittelbare, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die - auch im Fall der Insolvenz der Emittentin - untereinander und mit allen sonstigen gegenwärtigen und künftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche Verbindlichkeiten, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

Auswirkung einer Herabstufung des Ratings der Emittentin

Die allgemeine Einschätzung der Kreditwürdigkeit der Emittentin kann möglicherweise den Wert der Wertpapiere beeinflussen. Diese Einschätzung hängt im Allgemeinen von Ratings ab, die der Emittentin oder mit ihr verbundenen Unternehmen von Rating-Agenturen wie Moody's, Fitch und Standard & Poor's erteilt werden.

Potenzielle Interessenkonflikte

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können sich von Zeit zu Zeit für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Kunden an Transaktionen beteiligen, die mit den Wertpapieren in Verbindung stehen. Diese Transaktionen sind möglicherweise nicht zum Nutzen der *Wertpapiergläubiger* und können positive oder negative Auswirkungen auf den Wert des *Basiswerts* und damit auf den Wert der Wertpapiere haben. Mit der Emittentin verbundene Unternehmen können außerdem Gegenparteien bei Deckungsgeschäften bezüglich der Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren werden. Daher können hinsichtlich der Pflichten bei der Ermittlung der Kurse der Wertpapiere und anderen damit verbundenen Feststellungen sowohl unter den mit der Emittentin verbundenen Unternehmen als auch zwischen diesen Unternehmen und den Anlegern Interessenkonflikte auftreten. Zudem können die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen gegebenenfalls in Bezug auf die Wertpapiere zusätzlich eine andere Funktion ausüben, zum Beispiel als Berechnungsstelle, Zahl- und Verwaltungsstelle und/oder als Index Sponsor.

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können darüber hinaus weitere derivative Instrumente in Verbindung mit dem jeweiligen *Basiswert* ausgeben; die Einführung solcher mit den Wertpapieren im Wettbewerb stehenden Produkte kann sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken. Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können nicht öffentliche Informationen in Bezug auf den *Basiswert* erhalten, und

weder die Emittentin noch eines der mit ihr verbundenen Unternehmen verpflichtet sich, solche Informationen an einen *Wertpapiergläubiger* zu veröffentlichen. Zudem kann ein oder können mehrere mit der Emittentin verbundene(s) Unternehmen Research-Berichte in Bezug auf den *Basiswert* publizieren. Tätigkeiten der genannten Art können bestimmte Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

Im Zusammenhang mit dem Angebot und Verkauf der Wertpapiere kann die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen, direkt oder indirekt, Gebühren in unterschiedlicher Höhe an Dritte, zum Beispiel Vertriebspartner oder Anlageberater, zahlen oder Gebühren in unterschiedlichen Höhen einschließlich solcher im Zusammenhang mit dem Vertrieb der Wertpapiere von Dritten erhalten. Potenzielle Erwerber sollten sich bewusst sein, dass die Emittentin die Gebühren teilweise oder vollständig einbehalten kann. Über die Höhe dieser Gebühren erteilt die Emittentin bzw. die Anbieterin auf Anfrage Auskunft.

II. WERTPAPIERSPEZIFISCHE RISIKOHINWEISE

Eine Anlage in die Wertpapiere unterliegt bestimmten Risiken. Diese Risiken können unter anderem aus Risiken aus dem Aktienmarkt, Rohstoffmarkt, Rentenmarkt, Devisenmarkt, Zinssätzen, Marktvolatilität, wirtschaftlichen und politischen Risikofaktoren bestehen, sowohl einzeln als auch als Kombination dieser und anderer Risikofaktoren. Die wesentlichen Risikofaktoren werden nachstehend kurz dargestellt. Potenzielle Erwerber sollten Erfahrung im Hinblick auf Geschäfte mit Instrumenten wie den Wertpapieren oder dem jeweiligen *Basiswert* haben. **Potenzielle Erwerber der Wertpapiere sollten die Risiken, die mit der Anlage in die Wertpapiere verbunden sind, verstehen und vor einer Anlageentscheidung zusammen mit ihren Rechts-, Steuer-, Finanz- und sonstigen Beratern folgende Punkte eingehend prüfen: (i) Die Eignung einer Anlage in die Wertpapiere in Anbetracht ihrer eigenen besonderen Finanz-, Steuer- und sonstigen Situation, (ii) die Angaben in diesem Prospekt und (iii) den *Basiswert*.** Eine Anlage in die Wertpapiere sollte erst nach einer Abschätzung des Verlaufs, des Eintritts und der Tragweite potenzieller künftiger Wertentwicklungen des zugrunde liegenden *Basiswerts* erfolgen, da die Rendite aus der jeweiligen Anlage unter anderem von Schwankungen der vorgenannten Art abhängt. Da mehrere Risikofaktoren den Wert der Wertpapiere gleichzeitig beeinflussen können, lässt sich die Auswirkung eines einzelnen Risikofaktors nicht voraussagen. Zudem können mehrere Risikofaktoren auf bestimmte Art und Weise zusammenwirken, so dass sich deren gemeinsame Auswirkung auf die Wertpapiere ebenfalls nicht voraussagen lässt. Über die Auswirkungen einer Kombination von Risikofaktoren auf den Wert der Wertpapiere lassen sich keine verbindlichen Aussagen treffen.

Potenzielle Erwerber sollten sich darüber im Klaren sein, dass es sich bei Zertifikaten um eine **Risikoanlage** handelt, die mit der Möglichkeit von **Verlusten** hinsichtlich des eingesetzten Kapitals verbunden ist. Die Investoren tragen das Risiko der Verschlechterung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin. Potenzielle Erwerber müssen deshalb bereit und in der Lage sein, Verluste des eingesetzten Kapitals bis hin zum Totalverlust hinzunehmen. In jedem Falle sollten Erwerber der Zertifikate ihre jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin überprüfen, ob sie in der Lage sind, die mit dem Wertpapier verbundenen **Verlustrisiken** zu tragen.

Die *Wertpapiergläubiger* erhalten keine Zwischenzahlungen. Die Wertpapiere verbrieften weder einen Anspruch auf Festzins oder zinsvariable Zahlungen noch auf Dividendenzahlung und werfen daher **keinen laufenden Ertrag** ab. Mögliche Wertverluste des Wertpapiers können daher nicht durch andere Erträge des Wertpapiers kompensiert werden.

Potenzielle Erwerber werden ausdrücklich aufgefordert, sich mit dem besonderen Risikoprofil des in diesem Prospekt beschriebenen Produkttyps vertraut zu machen und gegebenenfalls fachkundigen Rat in Anspruch zu nehmen.

1. Anspruch unter den Zertifikaten

Der Anleger erwirbt durch den Kauf von je einem (1) UBS Open-End Zertifikat mit Abrechnungsformel das Recht, nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen von der Emittentin unter bestimmten Voraussetzungen und in Abhängigkeit von der Entwicklung des *Basiswerts* die Zahlung eines *Abrechnungsbetrags* in der *Auszahlungswährung* unter Berücksichtigung des *Bezugsverhältnisses* (der „**Auszahlungsbetrag**“) zu verlangen (das „**Zertifikatsrecht**“).

Die *Wertpapiergläubiger* erhalten keine Zwischenzahlungen. Jedes der Wertpapiere verbrieft weder einen Anspruch auf Festzins oder zinsvariable Zahlungen noch auf Dividendenzahlung und wirft daher **keinen laufenden Ertrag** ab.

2. Weitere Besonderheiten der Zertifikatsstruktur

Potenzielle Erwerber der Wertpapiere müssen vor einer Investition in die Zertifikate beachten, dass die folgenden Besonderheiten der UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere bzw. die Höhe des nach den Wertpapierbedingungen gegebenenfalls zu zahlenden Geldbetrags haben können und dementsprechend besondere Risikoprofile aufweisen:

Umfang der Teilnahme an der Entwicklung des Basiswerts

Die Verwendung des *Bezugsverhältnisses* innerhalb der Bestimmung des Zertifikatsrechts führt dazu, dass die UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel zwar wirtschaftlich einer Direktinvestition in den *Basiswert* ähnlich, mit einer solchen jedoch insbesondere deshalb nicht vollständig vergleichbar sind, weil die *Wertpapiergläubiger* an der entsprechenden Wertentwicklung nicht im Verhältnis 1:1 partizipieren, sondern nur in dem Verhältnis des *Bezugsverhältnisses* teilnehmen.

Keine festgelegte Laufzeit der Wertpapiere

Im Gegensatz zu Zertifikaten mit einer festen Laufzeit haben die UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel keinen festgelegten Verfalltag und dementsprechend keine festgelegte Laufzeit. Tatsächlich müssen die UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel von dem Inhaber jeweils in Übereinstimmung mit dem in den Wertpapierbedingungen festgelegten Ausübungsverfahren zu einem bestimmten *Ausübungstag* ausgeübt werden, um das Zertifikatsrecht geltend zu machen.

3. Kündigung und vorzeitige Tilgung der Wertpapiere durch die Emittentin

Potenziellen Erwerbern der Wertpapiere sollte bewusst sein, dass die Emittentin jederzeit, das heißt auch ohne das Vorliegen bestimmter Kündigungsereignisse, gemäß den Wertpapierbedingungen die Möglichkeit hat, die Wertpapiere insgesamt vorzeitig zu kündigen und zu tilgen. Wenn die Emittentin die Zertifikate vorzeitig kündigt und tilgt, hat der *Wertpapiergläubiger* das Recht, die Zahlung eines Geldbetrags in Bezug auf die vorzeitige Tilgung zu verlangen. Der *Wertpapiergläubiger* hat jedoch keinen Anspruch auf irgendwelche weiteren Zahlungen auf die Zertifikate nach dem *Kündigungstag*.

Der *Wertpapiergläubiger* trägt damit das Risiko, dass er an der Wertentwicklung des zugrunde liegenden *Basiswerts* nicht in dem erwarteten Umfang und über den erwarteten Zeitraum partizipieren und damit auch weniger als sein eingesetztes Kapital zurückerhalten kann.

Im Fall der Kündigung zahlt die Emittentin an jeden *Wertpapiergläubiger* bezüglich jedes von ihm gehaltenen Wertpapiers einen Geldbetrag in der *Auszahlungswährung*, der von der Emittentin gemäß § 315 BGB nach billigem Ermessen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung des dann maßgeblichen *Kurses des Basiswerts* und der durch die Kündigung bei der Emittentin angefallenen Kosten, als angemessener Marktpreis eines Wertpapiers bei Kündigung festgelegt wird. Bei der Ermittlung des angemessenen Marktpreises eines Wertpapiers kann die Emittentin sämtliche Faktoren, einschließlich etwaiger Anpassungen von Optionskontrakten auf den zugrunde liegenden *Basiswert* berücksichtigen, ohne aber an Maßnahmen und Einschätzung Dritter, insbesondere an etwaige Maßnahmen und Einschätzung einer Terminbörse, gebunden zu sein. Aufgrund des Umstands, dass die Emittentin bei ihrer Entscheidung solche Marktfaktoren berücksichtigt, die sie nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB für bedeutsam hält, ohne an etwaige Maßnahmen und Einschätzung Dritter gebunden zu sein, kann nicht ausgeschlossen werden, dass der von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis eines Wertpapiers bei Kündigung - und damit als *Kündigungsbetrag* - festgelegte Geldbetrag von einem durch einen Dritten festgelegten Marktpreis von auf den zugrunde liegenden *Basiswert* bezogenen vergleichbaren Wertpapieren abweicht.

Im Falle einer Kündigung der Wertpapiere durch die Emittentin trägt der *Wertpapiergläubiger* zudem das Wiederanlagerisiko. Dies bedeutet, dass er den durch die Emittentin im Falle einer Kündigung

gegebenenfalls ausgezahlten *Kündigungsbetrag* möglicherweise nur zu ungünstigeren Marktkonditionen als denen, die beim Erwerb der Wertpapiere vorlagen, wiederanlegen kann.

4. Mögliche Wertminderung des Basiswerts nach einer Kündigung der Wertpapiere

Soweit die Laufzeit der Wertpapiere durch die Emittentin vorzeitig durch Kündigung gemäß den Wertpapierbedingungen beendet wird, müssen potenzielle Erwerber der Wertpapiere beachten, dass eine möglicherweise negative Entwicklung des *Kurses des Basiswerts* nach dem Zeitpunkt der Kündigungserklärung bis zur Ermittlung des für die Berechnung des dann zahlbaren *Kündigungsbetrags* verwendeten *Kurses des Basiswerts* zu Lasten der *Wertpapiergläubiger* geht.

5. Nachteilige Auswirkungen von Anpassungen des Zertifikatsrechts

Die Emittentin ist gemäß den Wertpapierbedingungen bei Vorliegen eines potenziellen Anpassungsereignisses berechtigt, Anpassungen der Wertpapierbedingungen vorzunehmen. Diese Anpassungen können sich negativ auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

6. Weitere Wert bestimmende Faktoren

Der Wert eines Wertpapiers wird nicht nur von den Kursveränderungen des zugrunde liegenden *Basiswerts* bestimmt, sondern zusätzlich von einer Reihe weiterer Faktoren. Mehrere Risikofaktoren können den Wert der Wertpapiere gleichzeitig beeinflussen; daher lässt sich die Auswirkung eines einzelnen Risikofaktors nicht voraussagen. Zudem können mehrere Risikofaktoren auf bestimmte Art und Weise zusammenwirken, so dass sich deren gemeinsame Auswirkung auf die Wertpapiere ebenfalls nicht voraussagen lässt. Über die Auswirkungen einer Kombination von Risikofaktoren auf den Wert der Wertpapiere lassen sich keine verbindlichen Aussagen treffen.

Zu diesen Risikofaktoren gehören die Laufzeit der Wertpapiere, die Häufigkeit und Intensität von Kursschwankungen (Volatilität) des zugrunde liegenden *Basiswerts* sowie das allgemeine Zins- und Dividendenniveau. Eine Wertminderung des Wertpapiers kann daher selbst dann eintreten, wenn der Kurs des zugrunde liegenden *Basiswerts* konstant bleibt.

So sollten sich potenzielle Erwerber der Wertpapiere bewusst sein, dass eine Anlage in die Wertpapiere mit einem Bewertungsrisiko im Hinblick auf den *Basiswert* verbunden ist. Sie sollten Erfahrung mit Geschäften mit Wertpapieren haben, deren Wert von dem jeweiligen *Basiswert* abgeleitet wird. Der Wert des *Basiswerts* kann Schwankungen unterworfen sein; diese Wertschwankungen sind von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, wie zum Beispiel Tätigkeiten der UBS, volkswirtschaftlichen Faktoren und Spekulationen. Besteht der *Basiswert* aus einem Korb verschiedener Einzelwerte, können Schwankungen im Wert eines enthaltenen Korbbestandteils durch Schwankungen im Wert der anderen Korbbestandteile ausgeglichen oder verstärkt werden. Zudem ist die historische Wertentwicklung des *Basiswerts* kein Indikator für eine zukünftige Wertentwicklung. Veränderungen in dem Marktpreis des *Basiswerts* beeinflussen den Handelspreis des Wertpapiers, und es ist nicht vorhersehbar, ob der Marktpreis des *Basiswerts* zukünftig steigt oder fällt.

7. Einfluss von Nebenkosten

Provisionen und andere Transaktionskosten, die beim Kauf oder Verkauf von Wertpapieren anfallen, können - insbesondere in Kombination mit einem niedrigen Auftragswert - zu Kostenbelastungen führen, **die den unter den Wertpapieren gegebenenfalls zu zahlenden *Auszahlungsbetrag* der Höhe nach extrem vermindern können**. Potenzielle Erwerber sollten sich deshalb vor Erwerb eines Wertpapiers über alle beim Kauf oder Verkauf des Wertpapiers anfallenden Kosten einschließlich etwaiger Kosten ihrer Depotbank bei Erwerb und bei Fälligkeit der Wertpapiere informieren.

8. Risiko ausschließende oder einschränkende Geschäfte

Potenzielle Erwerber der Wertpapiere dürfen nicht darauf vertrauen, dass während der Laufzeit der Wertpapiere jederzeit Geschäfte abgeschlossen werden können, durch die relevante Risiken

ausgeschlossen oder eingeschränkt werden können; tatsächlich hängt dies von den Marktverhältnissen und den jeweils zugrunde liegenden Bedingungen ab. Unter Umständen können solche Geschäfte nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, so dass für den Anleger ein entsprechender Verlust entsteht.

9. Handel in den Wertpapieren / Mangelnde Liquidität

Es lässt sich nicht voraussagen, ob und inwieweit sich ein Sekundärmarkt für die Wertpapiere entwickelt, zu welchem Preis die Wertpapiere in diesem Sekundärmarkt gehandelt werden und ob dieser Sekundärmarkt liquide sein wird oder nicht.

Soweit in diesem Prospekt angegeben, wurden bzw. werden Anträge auf Zulassung oder Notierungsaufnahme an den angegebenen *Wertpapier-Börsen* gestellt. Sind die Wertpapiere an einer Börse für den Handel zugelassen oder notiert, kann nicht zugesichert werden, dass diese Zulassung oder Notierung beibehalten werden wird. Aus der Tatsache, dass die Wertpapiere in der genannten Art zum Handel zugelassen oder notiert sind, folgt nicht zwangsläufig, dass höhere Liquidität vorliegt, als wenn dies nicht der Fall wäre. Werden die Wertpapiere an keiner Wertpapier-Börse notiert oder an keiner Wertpapier-Börse gehandelt, können Informationen über die Preise schwieriger bezogen werden, und die unter Umständen bestehende Liquidität der Wertpapiere kann nachteilig beeinflusst werden. Die gegebenenfalls bestehende Liquidität der Wertpapiere kann ebenfalls durch Beschränkung des Kaufs und Verkaufs der Wertpapiere in bestimmten Ländern beeinflusst werden. Die Emittentin ist zudem berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, jederzeit Wertpapiere zu einem beliebigen Kurs am offenen Markt oder aufgrund öffentlichen Gebots oder individuellen Vertrags zu erwerben. Alle derart erworbenen Wertpapiere können gehalten, wiederverkauft oder zur Vernichtung eingereicht werden.

Darüber hinaus ist es möglich, dass die Anzahl der durch die Anbieterin veräußerten Wertpapiere geringer ist als das *Emissionsvolumen* der Wertpapiere. Es besteht das Risiko, dass aufgrund einer geringen Anzahl von veräußerten Zertifikaten die Liquidität der Wertpapiere geringer ist, als sie bei einer Veräußerung aller emittierten Wertpapiere durch die Anbieterin wäre.

Die Anbieterin beabsichtigt, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Wertpapiere einer Emission zu stellen. Die Anbieterin hat sich jedoch nicht aufgrund einer festen Zusage gegenüber der Emittentin zur Stellung von Liquidität mittels Geld- und Briefkursen hinsichtlich der Wertpapiere verpflichtet und übernimmt keinerlei Rechtspflicht zur Stellung derartiger Kurse oder hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. **Potenzielle Erwerber sollten deshalb nicht darauf vertrauen, das jeweilige Wertpapier zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs veräußern zu können.**

10. Preisbildung von Wertpapieren

Die Preisbildung dieser Wertpapiere orientiert sich im Gegensatz zu den meisten anderen Wertpapieren regelmäßig nicht an dem Prinzip von Angebot und Nachfrage in Bezug auf die Wertpapiere, da Wertpapierhändler möglicherweise im Sekundärmarkt eigenständig berechnete An- und Verkaufskurse für die Wertpapiere stellen. Diese Preisberechnung wird auf der Basis von im Markt üblichen Preisberechnungsmodellen vorgenommen, wobei der theoretische Wert von Wertpapieren grundsätzlich auf Grund des Werts des *Basiswerts* und des Werts der weiteren Ausstattungsmerkmale der Wertpapiere, die jeweils wirtschaftlich gesehen durch ein weiteres derivatives Finanzinstrument abgebildet werden können, ermittelt wird.

Die möglicherweise gestellten Kurse müssen dem vom Wertpapierhändler ermittelten inneren Wert der Wertpapiere nicht entsprechen.

11. Ausweitung der Spanne zwischen Kauf- und Verkaufskursen und -preisen

Im Falle besonderer Marktsituationen, in denen Sicherungsgeschäfte durch die Emittentin nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich sind, kann es zu zeitweisen Ausweitungen der Spanne zwischen Kauf- und Verkaufskursen bzw. zwischen Kauf- und Verkaufspreisen kommen, um die wirtschaftlichen Risiken der Emittentin einzugrenzen. Daher veräußern *Wertpapiergläubiger*, die ihre Wertpapiere an der Börse oder im Over-the-Counter-Markt veräußern möchten, gegebenenfalls zu einem Preis, der erheblich unter dem tatsächlichen Wert der Wertpapiere zum Zeitpunkt ihres Verkaufs liegt.

12. Inanspruchnahme von Krediten

Wenn Anleger den Erwerb der Wertpapiere mit einem Kredit finanzieren, müssen sie beim Nichteintritt ihrer Erwartungen, zusätzlich zu der Rückzahlung und Verzinsung des Kredits, auch den unter den Wertpapieren eingetretenen Verlust hinnehmen. Dadurch erhöht sich das Verlustrisiko des Anlegers erheblich. Erwerber von Wertpapieren sollten nie darauf setzen, den Kredit aus Gewinnen eines Wertpapiergeschäfts verzinsen und zurückzahlen zu können. Vielmehr sollten vor dem kreditfinanzierten Erwerb eines Wertpapiers die maßgeblichen wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin überprüft werden, ob der Anleger in die Wertpapiere zur Verzinsung und gegebenenfalls zur kurzfristigen Tilgung des Kredits auch dann in der Lage ist, wenn statt der von ihm erwarteten Gewinne Verluste eintreten.

13. Einfluss von Hedge-Geschäften der Emittentin auf die Wertpapiere

Die Emittentin kann einen Teil oder den gesamten Erlös aus dem Verkauf der Wertpapiere für Absicherungsgeschäfte hinsichtlich des Risikos der Emittentin aus der Begebung der Wertpapiere verwenden. In einem solchen Fall kann die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen Geschäfte abschließen, die den Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren entsprechen. Im Allgemeinen werden solche Transaktionen vor dem oder am *Emissionstag* der Wertpapiere abgeschlossen; es ist aber auch möglich, solche Transaktionen nach Begebung der Wertpapiere abzuschließen. An oder vor einem *Bewertungstag* kann die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen die für die Ablösung abgeschlossener Deckungsgeschäfte erforderlichen Schritte ergreifen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass im Einzelfall der Kurs des zugrunde liegenden *Basiswerts* durch solche Transaktionen beeinflusst wird. Die Eingehung oder Auflösung dieser Hedge-Geschäfte kann bei Wertpapieren, deren Wert vom Eintritt eines bestimmten Ereignisses in Bezug auf den zugrunde liegenden *Basiswert* abhängt, die Wahrscheinlichkeit des Eintritts oder Ausbleibens des Ereignisses beeinflussen.

14. Änderung der Grundlage der Besteuerung der Wertpapiere

Die in diesem Prospekt ausgeführten Überlegungen hinsichtlich der Besteuerung der Wertpapiere geben die Ansicht der Emittentin auf Basis der zum Datum des Prospekts geltenden Gesetzgebung wieder. Eine andere steuerliche Behandlung durch die Finanzbehörden und Finanzgerichte kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus dürfen die in diesem Prospekt ausgeführten steuerlichen Überlegungen nicht als alleinige Grundlage für die Beurteilung einer Anlage in die Wertpapiere aus steuerlicher Sicht dienen, da die individuelle Situation eines jeden Anlegers gleichermaßen berücksichtigt werden muss. Die in diesem Prospekt enthaltenen steuerlichen Überlegungen sind daher nicht als eine Form der maßgeblichen Information oder Steuerberatung bzw. als eine Form der Zusicherung oder Garantie im Hinblick auf das Eintreffen bestimmter steuerlicher Konsequenzen zu erachten. Folglich sollten Anleger vor der Entscheidung über einen Kauf der Wertpapiere ihre persönlichen Steuerberater konsultieren.

Weder die Emittentin noch die Anbieterin übernehmen die Verantwortung für die steuerlichen Konsequenzen einer Anlage in die Wertpapiere.

VERANTWORTLICHKEIT

Die UBS AG, Bahnhofstraße 45, 8001 Zürich, Schweiz, und Aeschenvorstadt 1, 4051 Basel, Schweiz, handelnd durch ihre Niederlassung London, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich, als Emittentin und die UBS Limited, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich, als Anbieterin der in diesem Prospekt beschriebenen Wertpapiere übernehmen gemäß § 5 Absatz 4 Wertpapierprospektgesetz („**WpPG**“) die Verantwortung für den Inhalt dieses Prospekts.

Die Emittentin und die Anbieterin erklären, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind.

Die Emittentin und die Anbieterin können für die Zusammenfassung einschließlich einer Übersetzung davon in diesem Prospekt haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird.

Die in dem Abschnitt „Informationen über den Basiswert“ ab der Seite 55 dieses Prospekts enthaltenen Informationen bestehen lediglich aus Auszügen oder Zusammenfassungen von Informationen, die die Emittentin über die Internet-Seiten des Index Sponsors erhalten hat. Die Emittentin und die Anbieterin bestätigen, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass - soweit es der Emittentin und der Anbieterin bekannt ist und die Emittentin und die Anbieterin aus diesen allgemein zugänglichen Informationen ableiten konnten - keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Die Emittentin und die Anbieterin weisen darauf hin, dass nach dem Datum dieses Prospekts Ereignisse oder Veränderungen eintreten können, die dazu führen, dass die hierin enthaltenen Informationen unrichtig oder unvollständig werden. Eine Veröffentlichung von ergänzenden Angaben erfolgt nur unter den in § 16 WpPG genannten Voraussetzungen und in der dort genannten Form.

BESCHREIBUNG DER EMITTENTIN

Die folgende Darstellung enthält allgemeine Informationen über die UBS AG, Bahnhofstraße 45, 8001 Zürich, Schweiz, und Aeschenvorstadt 1, 4051 Basel, Schweiz, handelnd durch ihre Niederlassung London, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich.

ÜBERBLICK

Die UBS AG einschließlich ihrer Tochtergesellschaften („**UBS AG**“ oder „**UBS**“) ist nach eigener Einschätzung eines der global führenden Finanzinstitute für internationale anspruchsvolle Kundinnen und Kunden. UBS nutzt als integriertes Unternehmen die Ressourcen und das Know-how all ihrer Geschäftseinheiten und schafft so Mehrwert für ihre Kunden. UBS ist eigenen Angaben zufolge der weltweit führende Anbieter von Wealth-Management-Dienstleistungen und gehört zu den wichtigsten Investmentbanken und Wertschriftenhäusern mit einer starken Stellung im Geschäft mit institutionellen und Firmenkunden. Sie zählt nach eigener Einschätzung zu den größten Vermögensverwaltern und ist in der Schweiz Marktführer im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden. UBS beschäftigte per 31. Dezember 2007 über 80.000 Mitarbeiter. UBS mit Hauptsitz in Zürich und Basel, Schweiz, ist in mehr als 50 Ländern und an den wichtigsten internationalen Finanzplätzen vertreten.

Mit der angekündigten Bezugsrechtsemission von ca. CHF 15 Mrd. gehört UBS nach eigener Einschätzung weiterhin zu den bestkapitalisierten Finanzinstituten der Welt. Am 31. Dezember 2007 betrug die BIZ-Kernkapitalquote (Tier 1)⁷ 8,8 %, das investierte Kapital belief sich auf CHF 3.189 Milliarden und das UBS-Aktionären zurechenbare Eigenkapital lag bei CHF 35.585 Millionen. Die Marktkapitalisierung betrug CHF 108.654 Millionen.

UBS ist eine der wenigen weltweit agierenden Großbanken mit erstklassigem Rating. Die Rating-Agenturen Standard & Poor's Inc. („**Standard & Poor's**“), Fitch Ratings („**Fitch**“) und Moody's Investors Service Inc. („**Moody's**“) haben die Bonität von UBS und damit ihre Fähigkeit, Zahlungsverpflichtungen, beispielsweise Tilgungs- und Zinszahlungen (Kapitaldienst) bei langfristigen Krediten, pünktlich nachzukommen, beurteilt und bewertet. Bei Fitch und Standard & Poor's kann die Beurteilung mit Plus- oder Minus-Zeichen, bei Moody's mit Ziffern versehen sein. Diese Zusätze geben Aufschluss über die Beurteilung innerhalb einer Bewertungsstufe. Dabei beurteilt Standard & Poor's die Bonität von UBS aktuell mit AA⁸, Fitch mit AA⁹ und Moody's mit Aaa¹⁰.

I. UNTERNEHMENSINFORMATIONEN

Firma und Name der Emittentin im Geschäftsverkehr ist UBS AG. Die Emittentin wurde am 28. Februar 1978 unter dem Namen SBC AG für unbestimmte Zeit gegründet und an diesem Tag in das Handelsregister des Kantons Basel Stadt eingetragen. Am 8. Dezember 1997 erfolgte die Umfirmierung zu UBS AG. UBS in ihrer jetzigen Form entstand am 29. Juni 1998 durch die Fusion der Schweizerischen Bankgesellschaft (gegründet 1862) und des Schweizerischen Bankvereins (gegründet 1872). UBS ist im Handelsregister des Kantons Zürich und des Kantons Basel Stadt eingetragen. Die Handelsregisternummer lautet CH-270.3.004.646-4.

UBS ist in der Schweiz gegründet und ansässig und unterliegt als Aktiengesellschaft, d.h. als eine Gesellschaft, die Aktien für Investoren begeben hat, dem schweizerischem Obligationenrecht und den schweizerischen bankenrechtlichen Bestimmungen.

⁷ Tier-1-Kapital setzt sich zusammen aus Aktienkapital, Kapitalrücklagen, Gewinnrücklagen einschließlich Gewinn des laufenden Jahres, Währungsumrechnung und Minderheitsanteilen abzüglich aufgelaufene Dividende, Nettolongpositionen in eigenen Aktien und Goodwill.

⁸ Nach der Ankündigung der UBS vom 1. April 2008 hat Standard and Poor's das langfristige Rating für UBS von AA auf AA- mit negativem Ausblick herabgesetzt.

⁹ Nach der Ankündigung der UBS vom 1. April 2008 hat Fitch das Bonitäts-Rating für UBS von AA auf AA- mit negativem Ausblick herabgesetzt.

¹⁰ Nach der Ankündigung der UBS vom 1. April 2008 hat Moody's das Bonitäts-Rating für UBS von Aaa auf Aa1 zurückgestuft, die Ratings werden derzeit auf weitere Herabsetzungen überprüft.

Die Adressen und Telefonnummern der beiden Satzungs- und Verwaltungssitze lauten: Bahnhofstraße 45, 8001 Zürich, Schweiz, Tel. +41-44-234 11 11; und Aeschenvorstadt 1, 4051 Basel, Schweiz, Tel. +41-61-288 20 20.

Die Aktien von UBS sind an der SWX Swiss Exchange notiert und werden über die Handelsplattform SWX Europe, an der die SWX Swiss Exchange die Mehrheit hält, gehandelt. Zudem sind die UBS-Aktien an den Börsen in New York und Tokio notiert.

Gemäß Artikel 2 der Statuten der UBS AG (die „**Statuten**“) ist Geschäftszweck von UBS der Betrieb einer Bank. Ihr Geschäftsportfolio umfasst alle Arten von Bank-, Finanz-, Beratungs-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften im In- und Ausland.

II. GESCHÄFTSÜBERBLICK

UBS gliedert sich in drei Unternehmensbereiche und das Corporate Center, die nachfolgend beschrieben werden. Daneben gibt es noch den Geschäftsbereich Industriebeteiligungen. Eine umfassende Beschreibung der jeweiligen Strategie, Struktur, Organisation, Produkte, Dienstleistungen und Märkte ist dem Geschäftsbericht 2007 der UBS AG, 1 Strategie, Geschäftsergebnisse, Mitarbeiter und Nachhaltigkeit, in englischer Sprache auf den Seiten A85 bis einschließlich A152 zu entnehmen.

Global Wealth Management & Business Banking

Mit einer über 140-jährigen Tradition bietet der Bereich Global Wealth Management eine umfassende Palette von Produkten und Dienstleistungen an, die auf die Bedürfnisse vermögender Privatkunden weltweit zugeschnitten sind. Dabei bieten die Kundenberater den Kunden eine umfassende Palette von Wealth Management Dienstleistungen an, die von der Vermögensverwaltung und Nachlassplanung über Corporate Finance bis hin zu Art Banking reichen. In den USA ist dieser Geschäftsbereich nach eigener Einschätzung einer der führenden Vermögensverwalter. Der Bereich Business Banking Schweiz ist nach eigener Einschätzung der Marktführer in der Schweiz und bietet im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden eine umfassende Palette von Bank- und Wertpapierdienstleistungen an.

Global Asset Management

Der Bereich Global Asset Management von UBS ist nach eigener Einschätzung ein weltweit führender Vermögensverwalter mit einem breiten Angebot an Investment-Management-Lösungen für Privat-, Firmen- und institutionelle Kunden. Die Anlagedienstleistungen, die auch über Finanzintermediäre erbracht werden, erstrecken sich auf die traditionellen Anlagekategorien wie auch die Bereiche alternative Anlagen und Immobilien. Dieser Bereich ist eigenen Angaben zufolge einer der größten institutionellen Vermögensverwalter und der weltweit größte Dach-Hedgefonds-Manager. Er ist zudem nach eigener Einschätzung einer der größten Investmentfondsmanager in Europa und der größte Investmentfondsmanager der Schweiz.

Investment Bank

Der Bereich Investment Bank von UBS gehört nach eigener Einschätzung zu den weltweit wichtigsten Investmentbanken und Wertschriftenhäusern und bietet Firmen- und institutionellen Kunden, Regierungen und Finanzintermediären, sowie auf alternative Anlagen spezialisierten Vermögensverwaltern eine umfassende Palette von Produkten und Dienstleistungen an. Die Investmentbanker, Sales-Fachleute und Researchanalysten erbringen, unterstützt von Teams aus den Bereichen Risikomanagement und Logistik, Beratungs- und Abwicklungsdienstleistungen für Kunden rund um den Globus. Der Bereich Investment Bank arbeitet zudem mit Private Equity-Häusern und Hedge Fonds zusammen und erfüllt sowohl über den UBS eigenen Bereich Global Wealth Management als auch über andere Privatbanken indirekt die Bedürfnisse von Privatanlegern.

Corporate Center

Das Corporate Center stellt in Zusammenarbeit mit den Unternehmensbereichen sicher, dass UBS als effizientes Ganzes mit gemeinsamen Werten und Zielen agiert und schafft damit Wert für Aktionäre und Stakeholder. Mit seinen diversen Funktionen - Risiko- und Finanzmanagement, Treasury, Kommunikation, Recht und

Compliance, Human Resources, Strategie, Offshoring und Technologie - trägt es zum nachhaltigen Wachstum der UBS-Unternehmensbereiche bei.

Industriebeteiligungen

Der Bereich Industriebeteiligungen (Industrial Holdings) besteht aus den Private Equity-Anlagen von UBS (die bis Anfang 2005 von dem Unternehmensbereich Investment Bank gehalten wurden). UBS verfolgt die Strategie, ihre Aktivitäten in dieser Anlagekategorie weiter zu reduzieren und Möglichkeiten für Desinvestitionen zu nutzen.

Wettbewerb

UBS ist in allen Geschäftsfeldern einem harten Wettbewerb ausgesetzt. Sie konkurriert sowohl in der Schweiz als auch im Ausland mit Vermögensverwaltern, Geschäfts-, Investment- und Privatbanken, Brokerage-Häusern und anderen Finanzdienstleistern. Zu den Mitbewerbern zählen nicht nur lokale Banken, sondern auch globale Finanzinstitute, die in Bezug auf Größe und Angebot mit UBS vergleichbar sind.

Zudem bringt der Konsolidierungstrend in der globalen Finanzdienstleistungsbranche neue Konkurrenten hervor, die mit erweiterter Produkt- und Dienstleistungspalette, besserem Zugang zu Kapital sowie wachsender Effizienz möglicherweise auch die Preise stärker beeinflussen.

III. ORGANISATIONSSTRUKTUR DER EMITTENTIN

Die Konzernstruktur von UBS ist darauf ausgelegt, der Geschäftstätigkeit des Unternehmens einen effizienten rechtlichen, steuerlichen, regulatorischen und finanziellen Rahmen zu geben. Weder die einzelnen Unternehmensbereiche von UBS – Global Wealth Management & Business Banking, Global Asset Management, Investment Bank – noch das Corporate Center (die „**Unternehmensbereiche**“) sind rechtlich selbstständige Einheiten; vielmehr agieren sie über die Niederlassungen des Stammhauses, der UBS AG, im In- und Ausland.

Die Abwicklung von Transaktionen über das Stammhaus ermöglicht es UBS, die Vorteile, die sich aus der Bündelung aller Unternehmensbereiche unter einem Dach ergeben, voll auszuschöpfen. Wo es aber aufgrund lokaler rechtlicher, steuerlicher oder regulatorischer Vorschriften oder aufgrund neu erworbener Gesellschaften nicht möglich oder nicht effizient ist, Transaktionen über das Stammhaus abzuwickeln, werden diese Aufgaben von rechtlich selbstständigen Konzerngesellschaften vor Ort wahrgenommen. Die wichtigsten Tochtergesellschaften können dem Geschäftsbericht 2007, 4 Konzernrechnung und Jahresrechnung Stammhaus, der UBS AG in englischer Sprache auf den Seiten D96 bis einschließlich D99 entnommen werden.

IV. TRENDINFORMATIONEN

Am 1. April 2008 kündigte die UBS an, dass das Unternehmen mit einem den Aktionären zurechenbaren Reinverlust von ungefähr CHF 12 Mrd. im ersten Quartal 2008 nach Verlusten und Abschreibungen von ca. USD 19 Mrd. auf Positionen am US-Immobilienmarkt und damit zusammenhängenden strukturierten Krediten rechnet. Am 6. Mai wird die UBS wie geplant die Gesamtergebnisse für das erste Quartal, einschließlich näherer Informationen zu Risikopositionen, veröffentlichen. Die Lage im Finanzsektor ist weiterhin schwierig. Für die Geschäftsleitung der UBS sind operative Effizienz und Kostenmanagement in allen Bereichen des Unternehmens die Hauptziele für die nächsten Quartale.

V. VERWALTUNGS-, MANAGEMENT- UND AUFSICHTSORGANE DER EMITTENTIN

UBS verfügt auf oberster Stufe über zwei streng getrennte Führungsgremien, wie dies von der schweizerischen Bankengesetzgebung vorgeschrieben ist. Die Funktionen des Präsidenten des Verwaltungsrats einerseits und des Chief Executive Officer (CEO) andererseits sind zwei verschiedenen Personen übertragen, damit die Gewaltentrennung gewährleistet ist. Diese Struktur schafft gegenseitige Kontrolle und macht den Verwaltungsrat unabhängig vom Tagesgeschäft der Bank, für das die Konzernleitung die Verantwortung trägt. Niemand kann Mitglied beider Gremien sein.

Aufsicht und Kontrolle der operativen Unternehmensführung liegen beim Verwaltungsrat. Sämtliche Einzelheiten zu den Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der beiden Gremien sind in den UBS-Statuten,

dem Organisationsreglement und den entsprechenden Anhängen geregelt. Weitere Informationen dazu sind unter www.ubs.com/corporate-governance zu finden.

Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens sechs und höchstens zwölf Mitgliedern. Die Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrats beträgt drei Jahre.

Angaben zu den Verwaltungsorganen der Emittentin

Mitglieder des Verwaltungsrats der UBS AG

Der Verwaltungsrat besteht derzeit aus elf Mitgliedern:

	Position	Amtszeit	Mandate außerhalb der UBS AG
Marcel Ospel	Präsident	2008 ¹¹	
Stephan Haeringer	Vollamtlicher Vizepräsident	2010	
Ernesto Bertarelli	Mitglied	2009	Mitglied mehrerer Gremien.
Gabrielle Kaufmann-Kohler	Mitglied	2009	Partnerin der Kanzlei Lévy, Kaufmann-Kohler und Professorin für Internationales Privatrecht an der Universität Genf.
Sergio Marchionne	Mitglied ¹²	2010	Chief Executive Officer der Fiat S.p.A., Turin.
Dr. Rolf A. Meyer	Mitglied	2009	Mitglied des Verwaltungsrats der DKSH AG (Diethelm Keller Siber Hegner), Zürich, und Präsident ihres Audit und Finance Committee. Er gehört überdies dem Verwaltungsrat der Ascom (Schweiz) AG, Bern, an.
Dr. Helmut Panke	Mitglied	2010	Mitglied des Verwaltungsrats von Microsoft Corporation, Redmond, WA (USA).
Peter Spuhler	Mitglied	2010	Eigentümer der Stadler Rail AG, Schweiz.
Peter R. Voser	Mitglied	2008 ¹³	Chief Financial Officer der The Royal Dutch Shell plc, London.
Lawrence A. Weinbach	Mitglied	2008 ¹³	Partner bei Yankee Hill Capital Management LLC, Southport, CT, USA. (seit 2006).
Joerg Wolle	Mitglied	2009	Präsident des Verwaltungsrats und Chief Executive Officer der DKSH Holding Ltd.

¹¹ Marcel Ospel stellt sich bei der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 nicht zur Wiederwahl in den Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat schlägt der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 Peter Kurer, Group General Counsel der UBS, als Kandidat zur Wahl in den Verwaltungsrat vor. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, Peter Kurer als Nachfolger von Marcel Ospel zum Präsidenten zu ernennen.

¹² Der Verwaltungsrat hat Sergio Marchionne zum 24. April 2008 als nebenamtlichen Vizepräsidenten ernannt.

¹³ Der Verwaltungsrat schlägt der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 die Wiederwahl von Peter R. Voser und Lawrence A. Weinbach vor.

Konzernleitung der UBS AG

Die Konzernleitung besteht derzeit aus zwölf Mitgliedern:

Marcel Rohner	Group Chief Executive Officer
John A. Fraser	Chairman und CEO, Global Asset Management
Marten Hoekstra	Deputy CEO, Global Wealth Management & Business Banking, und Head of Wealth Management Americas, Global Wealth Management & Business Banking
Jerker Johansson	Chairman and CEO, Investment Bank
Peter Kurer ¹⁴	Group General Counsel
Joseph Scoby	Group Chief Risk Officer
Walter Stuerzinger	Chief Operating Officer, Corporate Center
Marco Suter	Group Chief Financial Officer
Rory Tapner	Chairman und CEO, Asia Pacific
Raoul Weil	Chairman und CEO, Global Wealth Management & Business Banking
Alexander Wilmot-Sitwell	Chairman und CEO, UBS Group EMEA, sowie Joint Global Head Investment Banking Department, Investment Bank
Robert Wolf	Chairman und CEO, UBS Group Americas, sowie President und Chief Operating Officer, Investment Bank

Kein Mitglied der Konzernleitung übt bedeutsame Tätigkeiten außerhalb der UBS aus.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat ist das oberste Führungsgremium von UBS. Jedes Mitglied des Verwaltungsrats wird von den Aktionären für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt. Der Verwaltungsrat wählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und die verschiedenen Verwaltungsratsausschüsse selbst (Audit Committee, Compensation Committee, Nominating Committee und Corporate Responsibility Committee).

Der Verwaltungsrat ist für die mittel- und langfristige strategische Ausrichtung von UBS und für Ernennungen und Entlassungen auf Ebene des Top Managements verantwortlich. Er definiert die Risikogrundsätze und die Risikokapazität von UBS. Der Verwaltungsrat besteht mehrheitlich aus externen Mitgliedern, die von UBS unabhängig sind; der Präsident und mindestens einer der Vizepräsidenten üben im Einklang mit den schweizerischen bankengesetzlichen Bestimmungen auch exekutive Funktionen aus und tragen Aufsichts- und Führungsverantwortung. Der Verwaltungsrat tagt so häufig, wie es der Geschäftsverlauf erfordert, mindestens aber sechs Mal pro Jahr.

Die Geschäftsanschrift des Verwaltungsrats ist UBS AG, Bahnhofstraße 45, 8001 Zürich, Schweiz.

Konzernleitung

Die Konzernleitung ist für die operative Führung des Unternehmens zuständig. Der Chief Executive Officer und sämtliche Konzernleitungsmitglieder werden vom Verwaltungsrat gewählt und sind dem Präsidenten des Verwaltungsrats und dem Verwaltungsrat gegenüber für das Konzernergebnis verantwortlich. Die Konzernleitung und insbesondere der CEO tragen die Verantwortung für Umsetzung und Ergebnisse der Geschäftsstrategien, gewährleisten die konzernweite Zusammenarbeit der Unternehmensbereiche im Sinne des integrierten Geschäftsmodells sowie die Nutzung von Synergien innerhalb von UBS.

Die Geschäftsanschrift der Konzernleitung ist UBS AG, Bahnhofstraße 45, 8001 Zürich, Schweiz.

¹⁴ Der Verwaltungsrat schlägt der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 Peter Kurer, Group General Counsel der UBS, als Kandidat zur Wahl in den Verwaltungsrat vor. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, Peter Kurer als Nachfolger von Marcel Ospel zum Präsidenten zu ernennen.

Interessenkonflikte

Mitglieder des Verwaltungsrats und der Konzernleitung könnten aufgrund von Mandaten in Geschäftsleitungen oder Aufsichtsräten anderer Gesellschaften (siehe oben unter „Angaben zu den Verwaltungsorganen der Emittentin“) wirtschaftliche Interessen haben, die von denen der Emittentin abweichen. Aus diesen Positionen oder Interessen könnten sich potenzielle Interessenkonflikte ergeben. UBS ist überzeugt, dass aufgrund der internen Corporate Governance Praxis und der Einhaltung der diesbezüglichen rechtlichen und regulatorischen Bestimmungen in vernünftiger Weise sichergestellt wird, dass mögliche derartige Interessenkonflikte angemessen gehandhabt werden. Dies beinhaltet auch eine sachgerechte Offenlegung solcher Interessenkonflikte.

VI. ABSCHLUSSPRÜFER

Am 18. April 2007 wurde die Ernst & Young AG, Aeschengraben 9, 4002 Basel, Schweiz, auf der UBS Generalversammlung als Abschlussprüferin der Emittentin und der UBS Gruppe in Übereinstimmung mit den gesellschaftsrechtlichen und bankengesetzlichen Vorgaben für den Zeitraum eines weiteren Jahres wiedergewählt. Ernst & Young AG, Basel, ist Mitglied der Treuhand-Kammer der Schweiz mit Sitz in Zürich, Schweiz.

VII. BEDEUTENDE AKTIONÄRE DER EMITTENTIN

Das Eigentum an UBS-Aktien ist breit gestreut. Am 31. Dezember 2007 war Chase Nominees Ltd., London, treuhänderisch für andere Investoren, mit einer Beteiligung von 7,99 % (31. Dezember 2006: 8,81 %, 31. Dezember 2005: 8,55 %) am gesamten Aktienkapital eingetragen. DTC (Cede & Co.), New York, die US-amerikanische Wertpapier-Clearing-Organisation „The Depository Trust Company“, hielt am 31. Dezember 2007 treuhänderisch für andere wirtschaftlich Berechtigte 14,15 % (31. Dezember 2006: 13,21 %, 31. Dezember 2005: 9,95 %) am gesamten Aktienkapital. Gemäß den Bestimmungen von UBS zur Eintragung von Aktien ist das Stimmrecht von Nominees auf 5 % beschränkt. Wertpapier-Clearing- und Abwicklungsorganisationen sind von dieser Regelung ausgenommen. Kein weiterer Aktionär war mit einer Beteiligung von über 5 % am gesamten Aktienkapital registriert.

Nähere Angaben zur Streuung der UBS-Aktien, zur Anzahl der eingetragenen und nicht eingetragenen Titel, zum Stimmrecht sowie zur Aufteilung nach Aktionärskategorien und geografischen Regionen können dem Geschäftsbericht 2007, 3 Corporate Governance, Bericht über Saläre und andere Entschädigungen, der UBS AG in englischer Sprache auf den Seiten C5 bis einschließlich C6 entnommen werden.

VIII. FINANZIELLE INFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER EMITTENTIN

Hinsichtlich der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wird auf den Finanzbericht der Emittentin für das Geschäftsjahr 2006 und den Geschäftsbericht 2007, 4 Konzernrechnung und Jahresrechnung Stammhaus, in englischer Sprache verwiesen. In diesem Zusammenhang entspricht das Wirtschaftsjahr der Emittentin dem Kalenderjahr.

Für das Geschäftsjahr 2006 wird verwiesen auf

- (i) die Konzernrechnung der UBS AG (Konzernrechnung), insbesondere die Erfolgsrechnung der UBS AG (Konzernrechnung) auf Seite A82, die Bilanz der UBS AG (Konzernrechnung) auf Seite A83, die Mittelflussrechnung der UBS AG (Konzernrechnung) auf den Seiten A86 bis A87 (einschließlich) und den Anhang zur Konzernrechnung auf den Seiten A88 bis A214 (einschließlich),
- (ii) die Jahresrechnung der UBS AG (Stammhaus), insbesondere die Erfolgsrechnung der UBS AG (Stammhaus) auf Seite A218, die Bilanz der UBS AG (Stammhaus) auf Seite A219, die Gewinnverwendung der UBS AG (Stammhaus) auf Seite A220, den Anhang zur Jahresrechnung auf den Seiten A221 bis A225 (einschließlich) und die Erläuterungen zur Jahresrechnung auf Seite A217, und
- (iii) den Abschnitt „Standards und Grundsätze der Rechnungslegung“ auf den Seiten A67 bis A72 (einschließlich) im Finanzbericht 2006.

Für das Geschäftsjahr 2007 wird verwiesen auf

- (i) die Konzernrechnung der UBS AG (Konzernrechnung), insbesondere die Erfolgsrechnung der UBS AG (Konzernrechnung) auf Seite D18, die Bilanz der UBS AG (Konzernrechnung) auf Seite D19, die Mittelflussrechnung der UBS AG (Konzernrechnung) auf den Seiten D23 bis D24 (einschließlich) und den Anhang zur Konzernrechnung auf den Seiten D25 bis D120 (einschließlich),
- (ii) die Jahresrechnung der UBS AG (Stammhaus), insbesondere die Erfolgsrechnung der UBS AG (Stammhaus) auf Seite D125, die Bilanz der UBS AG (Stammhaus) auf Seite D126, die Gewinnverwendung der UBS AG (Stammhaus) auf Seite D127, den Anhang zur Jahresrechnung auf Seite D128 und die Erläuterungen zur Jahresrechnung auf Seite D124, und
- (iii) den Abschnitt „Standards und Grundsätze der Rechnungslegung“ auf den Seiten D3 bis D8 (einschließlich) im Geschäftsbericht 2007, 4 Konzernrechnung und Jahresrechnung Stammhaus.

Sämtliche diesbezüglich darin enthaltenen, von der Revisionsstelle von UBS geprüften Finanzinformationen und Erläuterungen bilden einen integralen Bestandteil dieses Prospekts und sind damit inhaltlich in vollem Umfang in diesen Prospekt einbezogen.

Die Finanzberichte bilden einen wichtigen Bestandteil der Berichterstattung von UBS. Sie umfassen die geprüfte Konzernrechnung von UBS, die gemäß den International Financial Reporting Standards („**IFRS**“) erstellt wurde, eine Überleitung zu US-amerikanischen Rechnungslegungsnormen (*United States Generally Accepted Accounting Principles* / „**US GAAP**“) und die geprüfte, nach den schweizerischen bankengesetzlichen Bestimmungen erstellte jeweilige Jahresrechnung der UBS AG. Die Finanzberichte enthalten zudem Beiträge und Analysen zum finanziellen und geschäftlichen Ergebnis des UBS-Konzerns und seiner Unternehmensbereiche sowie gewisse im Rahmen der US- und schweizerischen Bestimmungen notwendige Zusatzinformationen.

Sowohl die UBS-Konzernrechnung für die jeweils maßgeblichen Berichtsperioden 2006 und 2007 als auch die Jahresrechnung der UBS AG (Stammhaus) für die Berichtsperioden 2006 und 2007 wurden von der Ernst & Young AG, Basel, als Revisionsstelle geprüft. Der „Bericht der Revisionsstelle“ der UBS AG (Stammhaus) für die Berichtsperiode 2006 kann dem Finanzbericht 2006 auf Seite A226, und der „Bericht der Revisionsstelle“ für die Berichtsperiode 2007 kann dem Geschäftsbericht 2007, 4 Konzernrechnung und Jahresrechnung Stammhaus, auf Seite D140 entnommen werden. Der „Bericht der Konzernprüfer“ für die Berichtsperiode 2006 kann dem Finanzbericht 2006 auf den Seiten A80 bis A81 (einschließlich), und der „Bericht der Konzernprüfer“ für die Berichtsperiode 2007 kann dem Geschäftsbericht 2007, 4 Konzernrechnung und Jahresrechnung Stammhaus, auf den Seiten D16 bis D17 (einschließlich) entnommen werden.

1. Rechtsstreitigkeiten

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich die Emittentin und andere Konzerngesellschaften von UBS bewegen, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist UBS in verschiedene Zivil-, Schieds-, Straf- und aufsichtsrechtliche Verfahren involviert, die von vielen Unsicherheiten geprägt sind, und deren Ausgang, insbesondere in der Anfangsphase, oft schwierig abzuschätzen ist. Um unnötige Kosten zu vermeiden, ist UBS unter Umständen und nach einer Kosten/Nutzen-Analyse bereit, solche Verfahren durch Vergleich beizulegen, ohne dass damit ein eigenes Fehlverhalten eingeräumt würde. UBS nimmt Rückstellungen für Verfahren nur dann vor, wenn die Geschäftsleitung nach Beratung durch Experten zu der Auffassung gelangt, dass wahrscheinlich eine Zahlungsverpflichtung besteht und die Höhe der Zahlung zuverlässig abgeschätzt werden kann. Für Klagen gegen UBS, die nach Einschätzung der Geschäftsleitung in der Sache unbegründet sind und wahrscheinlich nicht zu einer Inanspruchnahme von UBS führen, werden keine Rückstellungen gebildet.

Derzeit nimmt UBS im Rahmen verschiedener aufsichtsrechtlicher Untersuchungen Stellung und ist in mehrere Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf die Subprime-Krise, Subprime-Papiere und strukturierte Transaktionen mit Subprime-Papieren involviert. Diese Angelegenheiten betreffen u.a. Bewertungen, Offenlegungen, Abschreibungen, Underwritings und vertragliche Verpflichtungen von UBS.

Während des Geschäftsjahres 2007 bis zum 18. April 2008 war UBS in folgende Verfahren involviert, die für den Berichtszeitraum wesentlich („material“) sein könnten:

- (a) Tax Shelter: Im Rahmen einer Strafuntersuchung von steuerlich motivierten Kundentransaktionen (Tax Shelters) überprüft die US-Bundesadvokatur für New York/Bezirk Süd („US-Bundesadvokatur“)

das Verhalten der UBS im Zusammenhang mit bestimmten steuerlich motivierten Transaktionen, an denen UBS und andere Unternehmen in den Jahren 1996-2000 beteiligt waren. Einige dieser Transaktionen waren Gegenstand einer Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (*deferred prosecution agreement*) zwischen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG LLP und der US-Bundesanwaltschaft von August 2005 und werden im Fall *United States v. Stein*, S1 05 Cr. 888 (LAK) entschieden werden. UBS arbeitet bei der Untersuchung mit der Bundesanwaltschaft zusammen.

- (b) **Kommunalschuldverschreibungen (*municipal bonds*):** Im November 2006 wurden UBS und andere Unternehmen von der Kartellabteilung des US-amerikanischen Justizministeriums sowie von der amerikanischen Börsenaufsicht SEC mittels Beweisauskunftsverlangen (*subpoena*) aufgefordert, Dokumente und Informationen zu Derivatetransaktionen mit den Emittenten von Kommunalschuldverschreibungen sowie zur Anlage des Erlöses aus der Emission von Kommunalschuldverschreibungen zu liefern. Beide Untersuchungen laufen noch, und UBS arbeitet mit den Behörden zusammen. Am 4. Februar 2008 hat die UBS von der SEC eine so genannte Wells Notice erhalten. Mit dieser Benachrichtigung wurde die UBS darüber informiert, dass das Resultat der laufenden SEC-Untersuchung wegen eventueller Rechtsverstöße im Zusammenhang mit dem Angebotsverfahren für verschiedene auf Kommunalschuldverschreibungen bezogene Finanzinstrumente eine Zivilklage gegen die UBS AG sein könnte. Im Rahmen des Wells-Verfahrens der SEC wird UBS Gelegenheit haben, rechtliche, politische oder Tatsachengründe vorzubringen, warum von einer Klageerhebung abgesehen werden sollte.
- (c) **HealthSouth:** UBS ist Beklagte in zwei Sammelklageverfahren, die beim US-amerikanischen Bundesgericht für den Bezirk Alabama Nord von Aktionären und Obligationären von HealthSouth Corp. eingeleitet wurden. Außerdem ist gegen UBS ein Verfahren vor einem Gericht in Alabama anhängig und hat die UBS im Rahmen einer Untersuchung der amerikanischen Börsenaufsicht SEC zu ihrer Rolle als Finanzdienstleister für HealthSouth Stellung genommen.
- (d) **Parmalat:** UBS ist in Italien in verschiedene, im Zusammenhang mit der Insolvenz von Parmalat stehende Verfahren involviert. Zu diesen Verfahren gehört u.a eine Rückforderungsklage gegen UBS Limited im Zusammenhang mit einer strukturierten Finanztransaktion. Zudem ist die UBS Beklagte in zwei von Parmalat erhobenen Schadenersatzklagen. Die eine Schadenersatzklage richtet sich gegen UBS Limited und bezieht sich auf dieselbe strukturierte Finanztransaktion wie die Rückforderungsklage, während sich die andere Schadenersatzklage gegen die UBS AG richtet und Derivatetransaktionen betrifft. Ferner wird in Mailand gegen UBS Limited sowie einen aktuellen und einen ehemaligen UBS-Mitarbeiter strafrechtlich ermittelt. Darüber hinaus haben Parmalat-Investoren im Zusammenhang mit den strafrechtlichen Ermittlungsverfahren in Mailand Zivilklagen gegen die UBS AG und UBS Limited erhoben. Vier aktuelle oder ehemalige UBS-Angestellte sind des Weiteren Beklagte in einem Strafverfahren in Parma. In Zusammenhang mit den strafrechtlichen Ermittlungen hat Parmalat vor kurzem auch Zivilklage gegen diese Personen und UBS Limited erhoben und haben auch Parmalat-Anleger Zivilklage gegen diese Personen, die UBS AG und UBS Limited erhoben. Die UBS AG und UBS Limited bestreiten alle in dieser Angelegenheit gegen sie und die betreffenden Personen erhobenen Vorwürfe und werden sich in diesen Verfahren entsprechend verteidigen.
- (e) **InsightOne:** Anfang Juli 2007 stimmte UBS einem Vergleich im Fall InsightOne zu, nachdem die New Yorker Staatsanwaltschaft gegen das gebührenbasierte Brokerage-Programm von UBS für Privatkunden in den Vereinigten Staaten im Dezember 2006 eine Zivilklage erhoben hatte. UBS bestreitet, dass das Programm darauf ausgerichtet war, Kunden zu benachteiligen, entschloss sich jedoch zu einem Vergleich, um das Verfahren zum Abschluss zu bringen. Im Rahmen des Vergleichs hat die UBS insgesamt USD 23,3 Mio. gezahlt, wovon USD 21,3 Mio. nach Maßgabe eines abgestimmten Kompensationsplans an bestimmte derzeitige und frühere InsightOne-Kunden und USD 2 Mio. als Geldstrafe entrichtet wurden. UBS hat 2006 ausreichende Rückstellungen gebildet, um die Kosten des Vergleichs abzudecken, so dass sich der Vergleich nicht auf das Ergebnis von UBS für das Jahr 2007 ausgewirkt hat.
- (f) **Konkursmasse von Enron:** Im Juni 2007 legten UBS und Enron durch einen Vergleich ein Streitiges Verfahren vor dem US-Konkursgericht für den Southern District of New York bei, das von Enron eingeleitet worden war, um Zahlungen anzufechten und zurückzuerlangen, die vor Einreichung des Konkursantrags in Verbindung mit Aktientermin- und Swapgeschäften geleistet worden waren. UBS war der Ansicht, sich wirksam gegen alle Ansprüche von Enron verteidigen zu können, entschloss sich jedoch zu einem Vergleich, um die durch das Verfahren entstandenen Unsicherheiten auszuräumen. Im Rahmen des Vergleichs hat die UBS USD 115 Mio. an Enron gezahlt und eine Anspruchsbegründung (*proof of claim*) über einen Betrag von ca. USD 5,5 Mio. zurückgezogen, die UBS in dem Enron-

Konkursverfahren eingereicht hatte. 2006 hat die UBS Rückstellungen in Höhe von mehr als der Hälfte des Vergleichsbetrags ausgewiesen; die Differenz wurde 2007 erfasst. Daher hat sich der Vergleich nicht wesentlich auf das Ergebnis der UBS für das Jahr 2007 ausgewirkt.

Neben den in den vorgenannten Absätzen (a) bis (f) aufgeführten Verfahren sind der Emittentin keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) bekannt, die sich erheblich auf die Finanzlage der Emittentin (wohl aber auf das Betriebsergebnis des entsprechenden Quartals) auswirken könnten.

2. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin

Seit der Veröffentlichung des letzten geprüften Abschlusses für den am 31. Dezember 2007 endenden Berichtszeitraum haben sich folgende Änderungen ergeben bzw. werden sich voraussichtlich folgende Änderungen ergeben:

Am 1. April 2008 kündigte die UBS einen den Aktionären zurechenbaren Reinverlust von ungefähr CHF 12 Mrd. im ersten Quartal 2008 an, der sich aus Verlusten und Abschreibungen von ca. USD 19 Mrd. auf Positionen am US-Immobilienmarkt und damit zusammenhängenden strukturierten Krediten ergibt. Zur Verbesserung der Kernkapitalquote wird der Verwaltungsrat der ordentlichen Generalversammlung am 23. April 2008 eine Bezugsrechtsemission von ca. CHF 15 Mrd. vorschlagen, die vollständig von vier führenden internationalen Banken vollumfänglich garantiert ist. Gleichzeitig hat die UBS die Bildung einer neuen Einheit zur Bewirtschaftung bestimmter derzeit illiquider US-amerikanischer Immobilienvermögenswerte angekündigt.

Abgesehen von vorstehend genanntem haben sich in Bezug auf die Finanzinformationen von UBS seit 31. Dezember 2007 keine wesentlichen negativen Änderungen ergeben.

IX. WICHTIGE VERTRÄGE

Außerhalb des normalen Geschäftsverlaufs sind keine wichtigen Verträge abgeschlossen worden, die dazu führen könnten, dass UBS einer Verpflichtung unterliegt oder ein Recht erlangt, die bzw. das für die Fähigkeit der Emittentin, ihren Verpflichtungen gegenüber den Anlegern in Bezug auf die ausgegebenen Wertpapiere nachzukommen, von großer Bedeutung wäre.

X. EINSEHBARE DOKUMENTE

Der Geschäftsbericht der UBS AG zum 31. Dezember 2006, bestehend aus (i) dem Jahresbericht 2006, (ii) dem Handbuch 2006/2007 und (iii) dem Finanzbericht 2006 (einschließlich des „Berichts der Konzernprüfer“ und des „Berichts der Revisionsstelle“), der Geschäftsbericht der UBS AG zum 31. Dezember 2007, bestehend aus (i) dem Jahresbericht 2007, (ii) 1 Strategie, Geschäftsergebnisse, Mitarbeiter und Nachhaltigkeit, (iii) 2 Risiko- und Kapitalbewirtschaftung, (iv) 3 Corporate Governance, Bericht über Saläre und andere Entschädigungen, (v) 4 Konzernrechnung und Jahresrechnung Stammhaus (einschließlich des „Berichts der Konzernprüfer“ und des „Berichts der Revisionsstelle“) und die Statuten der UBS AG, Zürich/Basel, als Emittentin werden während eines Zeitraums von zwölf Monaten nach der Veröffentlichung dieses Dokuments sowohl bei der Emittentin als auch bei der UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 - 16, 60313 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland, in gedruckter Form zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Darüber hinaus werden die Geschäfts- und Quartalsberichte der UBS AG auf der Internet-Seite www.ubs.com/investors bzw. einer diese ersetzenden Internet-Seite veröffentlicht.

BESCHREIBUNG DER WERTPAPIERE

I. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DEN PROSPEKT UND DIE EMISSION

1. Basisprospekt / Ergänzung durch die Endgültigen Bedingungen / Bereithaltung der Dokumente

Bei dem vorliegenden Prospekt handelt es sich um Endgültige Bedingungen zum Basisprospekt vom 4. Dezember 2007 für UBS [Capital Protected] [[Performance] [PERLES]] [Outperformance] [Relative Performance Plus] [Open-End] [[Super] S²MART] [[Lock-In] Bonus [Extra] [Plus] [Flex]] [●] [(Capped)] Zertifikate [[ohne] [mit] Abrechnungsformel] bezogen auf [Bezeichnung [der Aktie] [des Index] [des Währungswechselkurses] [des Edelmetalls] [des Rohstoffs] [des Zinssatzes] [des sonstigen Wertpapiers] [des Fondsanteils] [des Korbs aus den vorgenannten Werten] [des Portfolios aus den vorgenannten Werten] als Basiswert[e]: [●]] im Sinne der Richtlinie 2003/71/EG vom 4. November 2003 (die „**Prospektrichtlinie**“) und der maßgeblichen deutschen Umsetzungsvorschrift in Form des Wertpapierprospektgesetzes. Der Basisprospekt ist von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als zuständige Behörde in der Bundesrepublik Deutschland als dem (gewählten) Herkunftsmitgliedstaat der UBS im Sinne der Prospektrichtlinie und des Wertpapierprospektgesetzes als Angebotsprogramm der UBS gebilligt worden. „Billigung“ in diesem Zusammenhang ist die positive Handlung bei Abschluss der Vollständigkeitsprüfung des Prospekts durch die BaFin - einschließlich der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen.

Der Basisprospekt wird sowohl bei der Emittentin als auch bei der UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 - 16, 60313 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland, in gedruckter Form zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Darüber hinaus wird der Basisprospekt auf der Internet-Seite www.ubs.com/keyinvest bzw. einer diese ersetzenden Internet-Seite veröffentlicht.

Die angebotsspezifischen Bedingungen in Bezug auf das jeweilige Angebot der Wertpapiere sind in den so genannten Endgültigen Bedingungen (die „**Endgültigen Bedingungen**“) enthalten. Die Endgültigen Bedingungen werden durch Einbeziehung in den Basisprospekt präsentiert und dabei im Wesentlichen durch Streichung, insbesondere der in dem Basisprospekt enthaltenen eckigen Klammern, bzw. durch Ausfüllung der Platzhalter in eckigen Klammern dargestellt. Eine umfassende Darstellung der Emittentin und der Wertpapiere ist deshalb nur auf Grundlage einer Zusammenschau des gegebenenfalls durch Nachträge ergänzten Basisprospekts und der jeweiligen Endgültigen Bedingungen möglich.

Die jeweiligen Endgültigen Bedingungen des Angebots werden spätestens am Tag des *Beginns des öffentlichen Angebots der Wertpapiere* bei der BaFin hinterlegt und den Anlegern übermittelt, indem sie:

- a) in einer oder mehreren Zeitungen veröffentlicht werden, die in den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, in denen das öffentliche Angebot unterbreitet wird, gängig sind oder in großer Auflage verlegt werden, oder
- b) in gedruckter Form kostenlos beim Sitz der Emittentin oder der UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 - 16, 60313 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland, zur Verfügung gestellt werden, oder
- c) in elektronischer Form auf der Internet-Seite www.ubs.com/keyinvest bzw. einer diese ersetzenden Internet-Seite veröffentlicht werden.

Werden die Endgültigen Bedingungen in elektronischer Form veröffentlicht, so wird den Anlegern von der Emittentin oder von der Anbieterin auf Verlangen eine Papierversion kostenlos zur Verfügung gestellt.

2. Allgemeiner Hinweis zum Prospekt

Händler, Vertriebspersonal oder andere Personen sind nicht befugt, im Zusammenhang mit dem Angebot oder Verkauf der Wertpapiere andere als die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben zu machen oder Zusicherungen abzugeben. Falls solche Angaben gemacht oder Zusicherungen abgegeben wurden, können sie nicht als von der Emittentin oder der Anbieterin genehmigt angesehen

werden. Dieser Prospekt und etwaige sonstige Angaben über die Wertpapiere sind nicht als Grundlage einer Bonitätsprüfung oder sonstigen Bewertung gedacht und sollten nicht als Empfehlung der Emittentin an den jeweiligen Empfänger angesehen werden, die angebotenen Wertpapiere zu erwerben. Potenzielle Erwerber, die den Kauf der Wertpapiere beabsichtigen, sollten eine eigene unabhängige Prüfung der mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken vornehmen. Weder dieser Prospekt noch andere Angaben über die Wertpapiere stellen ein Angebot (im zivilrechtlichen Sinne) seitens oder im Namen der Emittentin oder anderer Personen zur Zeichnung oder zum Kauf der Wertpapiere dar, d.h. ein Zeichnungs- oder Kaufvertrag über die Wertpapiere wird nicht durch eine einseitige Erklärung seitens oder im Namen des Zeichnenden oder Käufers an die Emittentin oder die Anbieterin wirksam abgeschlossen.

3. Gegenstand des Prospekts

Gegenstand des Prospekts sind die *UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel* mit der *International Security Identification Number* (die „**ISIN**“) (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet), die von der UBS AG, handelnd durch ihre Niederlassung London, als Emittentin nach deutschem Recht und in Höhe der *Gesamtsumme der Emission* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet) begeben werden. Sämtliche Auszahlungen unter den Wertpapieren erfolgen in der *Auszahlungswährung* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet).

Die Wertpapiere beziehen sich jeweils auf die Wertentwicklung des UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Total Return IndexSM (der „**Basiswert**“), wie in den Abschnitten „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ und „Informationen über den Basiswert“ näher dargestellt.

4. Emission und Verkauf der Wertpapiere

Die Emittentin hat mit Ausnahme der Veröffentlichung und Hinterlegung des Basisprospekts bei der BaFin und der gegebenenfalls erforderlichen Notifizierung des Basisprospekts keinerlei Maßnahmen ergriffen und wird keinerlei Maßnahmen ergreifen, um das öffentliche Angebot der Wertpapiere oder ihren Besitz oder den Vertrieb von Angebotsunterlagen in Bezug auf die Wertpapiere in einer Rechtsordnung zulässig zu machen, in der zu diesem Zweck besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Wertpapiere dürfen innerhalb einer Rechtsordnung oder mit Ausgangspunkt in einer Rechtsordnung nur angeboten, verkauft oder geliefert werden, wenn dies gemäß den anwendbaren Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften zulässig ist und der Emittentin keinerlei Verpflichtungen entstehen. Die Wertpapiere werden zu keinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an eine US-Person (wie in Regulation S des United States Securities Act von 1933 definiert), weder direkt noch indirekt, angeboten, verkauft, gehandelt oder geliefert.

Die Emittentin und die Anbieterin geben keine Zusicherung über die Rechtmäßigkeit der Verbreitung des Basisprospekts oder des Angebots der Wertpapiere in irgendeinem Land nach den dort geltenden Registrierungs- und sonstigen Bestimmungen oder geltenden Ausnahmeregelungen und übernehmen keine Verantwortung dafür, dass eine Verbreitung des Basisprospekts oder ein Angebot ermöglicht werden wird. Weitere Informationen können Anleger dem Abschnitt „Verkaufsbeschränkungen“ ab der Seite 67 in diesem Prospekt entnehmen.

5. Übernahme und Emissionspreis

Die Wertpapiere werden auf fester Zusagebasis von der UBS Limited, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich, (die „**Anbieterin**“) an oder nach dem *Emissionstag* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet) durch Übernahmevertrag übernommen und zu dem *Emissionspreis* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet) zum freibleibenden Verkauf gestellt. Der *Emissionspreis* wird am *Festlegungstag* in Abhängigkeit von der jeweiligen Marktsituation und dem Kurs des zugrunde liegenden *Basiswerts* festgesetzt und kann bei der Anbieterin erfragt

werden. Danach wird der Verkaufspreis fortlaufend - entsprechend der jeweiligen Marktsituation - angepasst.

Die Anbieterin koordiniert das gesamte Angebot der Wertpapiere.

Der Gesamtbetrag der jeweiligen Übernahme- und/oder Platzierungsprovision im Zusammenhang mit der Übernahme der Wertpapiere entspricht der *Übernahme- und/oder Platzierungsprovision* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet).

6. Verbriefung und Status der Wertpapiere

Die von der Emittentin begebenen Wertpapiere werden durch eine oder mehrere Dauer-Inhaber-Sammelurkunde(n) verbrieft und bei der *Verwahrstelle* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet) zum Clearing und zur Abwicklung hinterlegt. Effektive Wertpapiere werden nicht ausgegeben.

Die Wertpapiere begründen unmittelbare, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen sonstigen gegenwärtigen und künftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche Verbindlichkeiten, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

7. Notierung

Die Anbieterin beabsichtigt, die Einbeziehung der Wertpapiere in den Handel an den *Wertpapier-Börsen* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet) zu beantragen.

8. Erwerb und Lieferung der Wertpapiere

Die Wertpapiere können ab *Beginn des öffentlichen Angebots der Wertpapiere* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet) zu banküblichen Geschäftszeiten bei der Anbieterin erworben werden. Eine Zeichnungsfrist ist nicht vorgesehen. Der *Emissionspreis* pro Wertpapier ist am *Zahltag bei Emission* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet) zur Zahlung fällig.

Die Wertpapiere werden nach dem *Zahltag bei Emission* in entsprechender Anzahl und entsprechend den Regeln der *Clearingstelle* (wie in dem Abschnitt „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ bezeichnet) dem Konto des Erwerbers gutgeschrieben.

9. Ermächtigung/Beschluss zur Ausgabe der Wertpapiere

Eine (Einzel-)Ermächtigung des Vorstands der Emittentin zur Ausgabe der Wertpapiere ist nicht erforderlich. Ein Generalbeschluss zur Ausgabe der Wertpapiere liegt vor.

10. Verwendung des Nettoemissionserlöses

Der Nettoemissionserlös aus dem Verkauf der Wertpapiere dient der Finanzierung der Geschäftsentwicklung der UBS Gruppe und wird von der Emittentin nicht innerhalb der Schweiz verwendet. Der Nettoerlös aus der Emission wird dabei von der Emittentin für allgemeine Geschäftszwecke verwendet; ein abgrenzbares (Zweck-)Sondervermögen wird nicht gebildet.

Soweit die Emittentin im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Handel in dem *Basiswert* bzw. in den diesem zugrunde liegenden Einzelwerten bzw. in darauf bezogenen Options- oder Terminkontrakten betreibt oder sich darüber hinaus gegen die mit den Wertpapieren verbundenen finanziellen Risiken durch so genannte Hedge-Geschäfte (Deckungsgeschäfte, Absicherungsgeschäfte) in dem *Basiswert* bzw. den jeweils zugrunde liegenden Einzelwerten bzw. in darauf bezogenen Options- oder Terminkontrakten absichert, stehen den *Wertpapiergläubigern* keine Rechte oder Ansprüche in Bezug auf den *Basiswert* bzw. auf darauf bezogene Options- oder Terminkontrakte zu.

II. AUSSTATTUNGSMERKMALE UND DEFINITIONEN DER WERTPAPIERE /

II. KEY TERMS AND DEFINITIONS OF THE SECURITIES

Die UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel weisen folgende Definitionen bzw., vorbehaltlich einer Anpassung in Übereinstimmung mit den Wertpapierbedingungen, folgende Ausstattungsmerkmale, jeweils in alphabetischer Reihenfolge (bezogen auf die deutsche Sprachfassung) dargestellt, auf. Diese Übersicht stellt keine vollständige Beschreibung der Wertpapiere dar, unterliegt den Wertpapierbedingungen, den allgemeinen Emissionsbedingungen sowie allen anderen Abschnitten dieses Prospekts und ist in Verbindung mit diesen zu lesen. /

The UBS Open-End Certificates with settlement formula use the following definitions and have, subject to an adjustment according to the Terms and Conditions of the Securities, the following key terms, both as described below in alphabetical order (in relation to the German language version). The following does not represent a comprehensive description of the Securities, and is subject to and should be read in conjunction with the Terms and Conditions of the Securities, the general offering terms of the Securities and all other sections of this Prospectus.

A.

Abrechnungskurs / Settlement Price:

Der Abrechnungskurs des Basiswerts entspricht dem Kurs des Basiswerts an dem Bewertungstag zur Bewertungszeit. /

The Settlement Price of the Underlying equals the Price of the Underlying on the Valuation Date at the Valuation Time.

Anbieterin / Offeror:

UBS Limited, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich. /

UBS Limited, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, United Kingdom.

Anwendbares Recht / Governing Law:

Deutsches Recht /

German Law

Ausübungsfrist / Exercise Period:

Die Ausübungsfrist endet am Ausübungstag zur Ausübungszeit. /

The Exercise Period ends on the Exercise Date at the Exercise Time.

Ausübungstag / Exercise Date:

Der Ausübungstag entspricht jeweils dem letzten Bankgeschäftstag im Dezember eines Kalenderjahres. /

The Exercise Date means each last Banking Day of December of a calendar year.

Ausübungszeit / Exercise Time:

Die Ausübungszeit entspricht 10:00 Uhr Ortszeit Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland. /

The Exercise Time equals 10:00 hrs local time Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany.

Auszahlungswährung / Settlement Currency:

Die Auszahlungswährung entspricht Euro („**EUR**“). /

*The Settlement Currency means Euro (“**EUR**”).*

B.**Bankgeschäftstag / Banking Day:**

Der Bankgeschäftstag steht für jeden Tag, an dem die Banken in Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland, und in London, Vereinigtes Königreich, für den Geschäftsverkehr geöffnet sind, das Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer System („**TARGET-System**“) geöffnet ist und die Clearingstelle Wertpapiergeschäfte abwickelt. /

*The Banking Day means each day on which the banks in Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany, and in London, United Kingdom, are open for business, the Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer System (“**TARGET System**“) is open and the Clearing Agent settles securities dealings.*

Basiswährung / Underlying Currency:

Die Basiswährung entspricht Euro („**EUR**“). /

*The Underlying Currency means Euro (“**EUR**”).*

Basiswert / Underlying:

Der Basiswert entspricht dem UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Total Return IndexSM (der „**Index**“), wie er von UBS AG und Bloomberg L.P. (zusammen der „**Index Sponsor**“) verwaltet, berechnet und veröffentlicht wird.

In diesem Zusammenhang werden die dem Basiswert zugrunde liegenden Werte bzw. Komponenten jeweils als „**Einzelwert**“ bzw. die „**Einzelwerte**“ bezeichnet. /

*The Underlying equals the UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Total Return IndexSM (the “**Index**“), as maintained, calculated and published by UBS AG and Bloomberg L.P. (together the “**Index Sponsor**“).*

*In this context, the individual underlying values or components of the Underlying are referred to as a “**Component**“ or, as the case may be, the “**Components**“.*

Basiswert-Berechnungstag / Underlying Calculation Date:

Der Basiswert-Berechnungstag steht für jeden Tag an dem (i) der Index Sponsor den offiziellen Kurs für den Index bestimmt, berechnet und veröffentlicht oder, (ii) ein Handel bzw. eine Notierung in den dem Index zugrundeliegenden Einzelwerten stattfindet. /

The Underlying Calculation Date means each day (i) on which the Index Sponsor determines, calculates and publishes the official price of the Index or (ii) the Components which are comprised in the Index are available for trading and quotation.

Beginn des öffentlichen Angebots der Wertpapiere / *Start of public offer of the Securities:*

10. Juni 2008 in der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg /
10 June 2008 in the Federal Republic of Germany and Luxembourg

Berechnungsstelle / *Calculation Agent:*

Die Berechnungsstelle bezeichnet UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 – 16, 60313 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland. /

The Calculation Agent means UBS Deutschland AG, Stephanstrasse 14 - 16, 60313 Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany.

Bewertungstag / *Valuation Date:*

Der Bewertungstag entspricht (i) im Fall der Ausübung durch den Wertpapiergläubiger gemäß § 2 der Wertpapierbedingungen, vorbehaltlich eines wirksamen Ausübungsverfahrens, dem maßgeblichen Ausübungstag, und (ii) im Fall einer Vorzeitigen Tilgung durch die Emittentin gemäß § 3 der Wertpapierbedingungen dem Vorzeitigen Tilgungstag.

Falls dieser Tag kein Basiswert-Berechnungstag ist, dann gilt der unmittelbar darauf folgende Basiswert-Berechnungstag als maßgeblicher Bewertungstag. /

The Valuation Date means (i) in case of an exercise by the Securityholder in accordance with § 2 of the Terms and Conditions of the Securities, subject to an effective exercise procedure, the relevant Exercise Date, and (ii) in case of an Early Redemption by the Issuer in accordance with § 3 of the Terms and Conditions of the Securities, the Early Redemption Date.

If this day is not an Underlying Calculation, the immediately succeeding Underlying Calculation Date is deemed to be the relevant Valuation Date.

Bewertungszeit / *Valuation Time:*

Die Bewertungszeit entspricht dem Zeitpunkt der offiziellen Bestimmung des Schlusskurses des Basiswerts durch den Index Sponsor. /

The Valuation Time equals the time of official determination of the closing price of the Underlying by the Index Sponsor.

Bezugsverhältnis / *Ratio:*

Das Bezugsverhältnis entspricht 10 : 1 bzw. als Dezimalzahl ausgedrückt 0,1; das heißt 10 Wertpapiere beziehen sich auf 1 Basiswert. /

The Ratio equals 10 : 1, or expressed as a decimal number 0.1, i.e. 10 Securities relate to 1 Underlying.

C.**Clearingstelle / *Clearing Agent:***

Clearingstelle steht für Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, (Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland) oder jeden Nachfolger in dieser Funktion. Dabei wird die Dauerglobalurkunde, die die Wertpapiere verbrieft, von der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, als „**Verwahrstelle**“ verwahrt. /

*Clearing Agent means Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, (Neue Boersenstrasse 1, 60487 Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany) or any successor in this capacity. The Permanent Global Note, which represents the Securities, is deposited with Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, as "**Depository Agent**".*

CS-Regeln / CA Rules:

CS-Regeln steht für die Vorschriften und Verfahren, die auf die Clearingstelle Anwendung finden und/oder von dieser herausgegeben werden. /

CA Rules means any regulation and operating procedure applicable to and/or issued by the Clearing Agent.

E.

Emissionspreis / Issue Price:

Der Emissionspreis wird am Festlegungstag zur Festlegungszeit festgelegt.* /

*The Issue Price will be fixed on the Fixing Date at the Fixing Time.***

Emissionstag / Issue Date:

Der Emissionstag bezeichnet den 10. Juni 2008. /

The Issue Date means 10 June 2008.

Emissionsvolumen / Issue Size:

Das Emissionsvolumen beträgt bis zu 50.000 Wertpapiere. /

The Issue Size means up to 50,000 Securities.

Emittentin / Issuer:

Die Emittentin bezeichnet die UBS AG, Bahnhofstraße 45, 8001 Zürich, Schweiz, und Aeschenvorstadt 1, 4051 Basel, Schweiz, handelnd durch ihre Niederlassung London, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich. /

The Issuer means UBS AG, Bahnhofstrasse 45, 8001 Zurich, Switzerland, and Aeschenvorstadt 1, 4051 Basle, Switzerland, acting through its London Branch, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, United Kingdom.

F.

Festlegungstag / Fixing Date:

Der Festlegungstag bezeichnet den 10. Juni 2008. /

The Fixing Date means 10 June 2008.

* Sämtliche Festlegungen werden von der Berechnungsstelle bzw. der Emittentin getroffen und unverzüglich nach Festlegung gemäß den jeweiligen rechtlichen Anforderungen der maßgeblichen Rechtsordnung bekannt gemacht. /

** *All determinations will be made by the Calculation Agent or the Issuer, as the case may be, and will be published without undue delay after fixing in accordance with the applicable legal requirements of the relevant jurisdiction.*

Festlegungszeit / Fixing Time:

Die Festlegungszeit entspricht dem Zeitpunkt der offiziellen Bestimmung des Schlusskurses des Basiswerts durch den Index Sponsor. /

The Fixing Time equals the time of the official determination of the closing price of the Underlying by the Index Sponsor.

G.**Gesamtsumme der Emission / Aggregate Amount of the Issue:**

Emissionspreis x Emissionsvolumen /

Issue Price x Issue Size

K.**Kleinste handelbare Einheit / Minimum Trading Size:**

Die Kleinste handelbare Einheit entspricht 1 Wertpapier bzw. einem ganzzahligen Vielfachen davon. /

The Minimum Trading Size equals 1 Security or an integral multiple thereof.

Kurs des Basiswerts / Price of the Underlying:

Vorbehaltlich einer Marktstörung gemäß § 8 der Wertpapierbedingungen entspricht der Kurs des Basiswerts dem von dem Index Sponsor berechneten und veröffentlichten Kurs des Basiswerts, ausgedrückt in der Basiswährung.

Im Fall einer Marktstörung gemäß § 8 der Wertpapierbedingungen entspricht der Kurs des Basiswerts dem Kurs, wie er von der Berechnungsstelle nach Ausübung billigen Ermessens gemäß § 317 BGB aufgrund der an dem Festlegungstag bzw. dem Bewertungstag ermittelten Abrechnungskurse der Einzelwerte bestimmt wird. /

Subject to a Market Disruption pursuant to § 8 of the Terms and Conditions of the Securities, the Price of the Underlying means the price of the Underlying as calculated and published by the Index Sponsor, expressed in the Underlying Currency.

In case of a Market Disruption pursuant to § 8 of the Terms and Conditions of the Securities, the Price of the Underlying equals the price as determined by the Calculation Agent at its reasonable discretion pursuant to § 317 BGB based on the settlement prices of the Components as determined on the Fixing Date or the Valuation Date, as the case may be.

M.**Management Gebühr / Management Fee:**

Die Management Gebühr („**MF**“) beträgt 0,52 % p.a., die täglich nachträglich anfallen.

*The Management Fee („**MF**“) equals 0.52 % per annum, accruing daily in arrears.*

Maßgebliche Börse / Relevant Exchange:

Die Maßgebliche Börse bezeichnet die Börse(n), an (der) (denen) aufgrund der Bestimmung des Index Sponsors die im Index enthaltenen Einzelwerte gehandelt werden. /

The Relevant Exchange means the exchange(s) on which the Components comprised in the Index are traded, as determined by the Index Sponsor.

**Maßgebliche Terminbörse /
Relevant Futures and Options
Exchange:**

Die Maßgebliche Terminbörse bezeichnet diejenige(n) Terminbörse(n), an (der) (denen) der umsatzstärkste Handel in Bezug auf Termin- oder Optionskontrakte auf die im Index enthaltenen Einzelwerte stattfindet, wie von der Berechnungsstelle bestimmt. /

The Relevant Futures and Options Exchange means the futures and options exchange(s), on which futures and option contracts on the Components comprised in the Index are primarily traded, as determined by the Calculation Agent.

**Mindestausübungsanzahl /
Minimum Exercise Size:**

Die Mindestausübungsanzahl entspricht 1 Wertpapier bzw. einem ganzzahligen Vielfachen davon. /

The Minimum Exercise Size equals 1 Security or an integral multiple thereof.

**R.
Rückzahlungstag / Settlement
Date:**

Der Rückzahlungstag entspricht dem fünften Bankgeschäftstag nach (i) dem maßgeblichen Bewertungstag und (ii) im Fall einer Kündigung durch die Emittentin nach § 7 der Wertpapierbedingungen nach dem Kündigungstag. /

The Settlement Date means the fifth Banking Day after (i) the relevant Valuation Date and (ii) in case of a Termination by the Issuer in accordance with § 7 of the Terms and Conditions of the Securities, after the Termination Date.

**T.
Tilgungsfrist / Period of Notice:**

Die Tilgungsfrist im Fall einer Vorzeitigen Tilgung durch die Emittentin nach § 3 der Wertpapierbedingungen beträgt mindestens einen (1) Kalendermonat, erstmals ein (1) Kalenderjahr und einen (1) Kalendermonat nach dem Zahltag bei Emission, zum Vorzeitigen Tilgungstag. /

The period of notice in case of an Early Redemption by the Issuer in accordance with § 3 of the Terms and Conditions of the Securities shall be at least one (1) calendar month, for the first time one (1) calendar year and one (1) calendar month after the Initial Payment Date, prior to the Early Redemption Date.

**U.
Übernahme- und/oder
Platzierungsprovision / Under-
writing and/or placing fee:**

Keine /

None

**V.
Verwahrstelle / Depositary Agent:**

Die Verwahrstelle steht für Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, (Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, Bundesrepublik

Deutschland) oder jeden Nachfolger in dieser Funktion. /

The Depositary Agent means Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, (Neue Boersenstrasse 1, 60487 Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany) or any successor in this capacity.

W.

Wertpapiere / *Securities:*

Wertpapiere bezeichnet die von der Emittentin im Umfang des Emissionsvolumens begebenen UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel. /

Securities means the UBS Open-End Certificates with settlement formula issued by the Issuer in the Issue Size.

Wertpapier-Börsen / *Security Exchanges:*

Wertpapier-Börsen bezeichnet die Frankfurter und die Stuttgarter Wertpapierbörse. /

Security Exchanges means Frankfurt and Stuttgart Stock Exchange.

Wertpapiergläubiger / *Securityholder:*

Wertpapiergläubiger steht für die nach deutschem Recht als Eigentümer der Wertpapiere anerkannte Person.

Der Wertpapiergläubiger wird in jeder Hinsicht seitens (i) der Emittentin, (ii) der Berechnungsstelle, (iii) der Zahlstelle und (iv) aller sonstigen Personen als Berechtigter und Begünstigter bezüglich der in den Wertpapieren repräsentierten Rechte behandelt. /

Securityholder means the person acknowledged by German law as legal owner of the Securities.

The Securityholder shall, for all purposes, be treated by (i) the Issuer, (ii) the Calculation Agent, (iii) the Paying Agent and (iv) all other persons as the person entitled to such Securities and the person entitled to receive the benefits of the rights represented by such Securities.

Wertpapier-Kenn-Nummern / *Security Identification Codes:*

ISIN: DE000UB281F9, WKN: UB281F, Valor: 4295452 /

ISIN: DE000UB281F9, WKN: UB281F, Valor: 4295452

Z.

Zahlstelle / *Paying Agent:*

Die Zahlstelle bezeichnet die UBS Limited c/o UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 – 16, 60313 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland. /

The Paying Agent means UBS Limited c/o UBS Deutschland AG, Stephanstrasse 14 – 16, 60313 Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany.

Zahltag bei Emission / *Initial Payment Date:*

Der Zahltag bei Emission bezeichnet den 12. Juni 2008. /

The Initial Payment Date means 12 June 2008.

Zertifikatsstelle / *Certificate Agent:*

Die Zertifikatsstelle bezeichnet die UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 – 16, 60313 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland. /

The Certificate Agent means UBS Deutschland AG, Stephanstrasse 14 - 16, 60313 Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany.

III. WERTPAPIERBEDINGUNGEN

Die nachfolgenden Bedingungen der UBS Open-End Zertifikate mit Abrechnungsformel, bestehend aus den produktspezifischen Besonderen Wertpapierbedingungen und den Allgemeinen Wertpapierbedingungen, sind in Zusammenhang mit und nach Maßgabe der „Ausstattungsmerkmale und Definitionen der Wertpapiere“ (die „**Bedingungen**“) zu lesen.

Die Bedingungen der Wertpapiere sind gegliedert in

Teil 1: Besondere Wertpapierbedingungen

Teil 2: Allgemeine Wertpapierbedingungen

TEIL 1: BESONDERE WERTPAPIER-BEDINGUNGEN

§ 1 Zertifikatsrecht

- (1) Die Emittentin gewährt hiermit dem Wertpapiergläubiger von je einem (1) UBS Open-End Zertifikat mit Abrechnungsformel bezogen auf den Kurs des Basiswerts nach Maßgabe dieser Bedingungen das Recht (das „**Zertifikatsrecht**“), den Abrechnungsbetrag (§ 1 (2)), multipliziert mit dem Bezugsverhältnis und auf zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet, zu beziehen (der „**Auszahlungsbetrag**“).
- (2) Der „**Abrechnungsbetrag**“ wird in Übereinstimmung mit folgender Formel berechnet:

Abrechnungskurs - MF

„**MF**“ entspricht der Management Gebühr (wie einleitend definiert), die täglich nachträglich ab dem und einschließlich des Festlegungstags bis zum und einschließlich des effektiven Ausübungs- bzw. Kündigungstags anfällt und in Abzug gebracht wird (taggenaue Abrechnung: tatsächliche Anzahl von Tagen/360)).

- (3) Sämtliche im Zusammenhang mit dem Zertifikatsrecht vorzunehmenden Festlegungen und Berechnungen, insbesondere die Berechnung des Auszahlungsbetrags, erfolgen durch die Berechnungsstelle (§ 9). Die insoweit von der Berechnungsstelle getroffenen Festlegungen

III. TERMS AND CONDITIONS OF THE SECURITIES

The following terms and conditions of the UBS Open-End Certificates with settlement formula, comprising the Special Conditions of the Securities and the General Conditions of the Securities, shall be read in conjunction with, and are subject to, the “Key Terms and Definitions of the Securities” (the “**Conditions**”).

The Conditions of the Securities are composed of

Part 1: Special Conditions of the Securities

Part 2: General Conditions of the Securities

PART 1: SPECIAL CONDITIONS OF THE SECURITIES

§ 1 Certificate Right

- (1) The Issuer hereby warrants the Securityholder of each (1) UBS Open-End Certificate with settlement formula relating to the Price of the Underlying the right (the “**Certificate Right**”) to receive the Redemption Amount (§ 1 (2)) multiplied by the Ratio and commercially rounded to two decimal places (the “**Settlement Amount**”).
- (2) The “**Redemption Amount**” is calculated in accordance with the following formula:

Settlement Price - MF

“**MF**” means the Management Fee (as introductory defined) accruing daily in arrears from and including the Fixing Date until and including the effective Exercise or Termination Date, as the case may be, calculated on an actual day count basis: actual/360.

- (3) Any determination and calculation in connection with the Certificate Right, in particular the calculation of the Settlement Amount, will be made by the Calculation Agent (§ 9). Determinations and calculations made in this respect by the Calculation Agent are final and

und Berechnungen sind, außer in Fällen offensichtlichen Irrtums, abschließend und für alle Beteiligten bindend.

§ 2

Ausübungsverfahren; Ausübungsfrist; Ausübungserklärung

- (1) Das Zertifikatsrecht kann durch den Wertpapiergläubiger jeweils nur innerhalb der Ausübungsfrist bis zu einem Ausübungstag zur Ausübungszeit mit Wirkung zum Ausübungstag und in Übereinstimmung mit dem nachfolgend beschriebenen Ausübungsverfahren ausgeübt werden:
- (2) Zertifikatsrechte können jeweils nur in der Mindestausübungsanzahl ausgeübt werden. Eine Ausübung von weniger als der Mindestausübungsanzahl von Wertpapieren ist ungültig und entfaltet keine Wirkung. Eine Ausübung von mehr als der Mindestausübungsanzahl von Wertpapieren, deren Anzahl kein ganzzahliges Vielfaches derselben ist, gilt als Ausübung der nächstkleineren Anzahl von Wertpapieren, die der Mindestausübungsanzahl entspricht oder ein ganzzahliges Vielfaches der Mindestausübungsanzahl ist.
- (3) Zur wirksamen Ausübung der Zertifikatsrechte müssen innerhalb der Ausübungsfrist die folgenden Bedingungen erfüllt sein:
 - (i) Bei der Zertifikatsstelle muss eine schriftliche und rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung des Wertpapiergläubigers, dass er das durch das Wertpapier verbriefte Zertifikatsrecht ausübt (die „**Ausübungserklärung**“), eingegangen sein. Die Ausübungserklärung ist unwiderruflich und bindend und hat unter anderem folgende Angaben zu enthalten: (a) den Namen des Wertpapiergläubigers, (b) die Bezeichnung und die Anzahl der Wertpapiere, deren Zertifikatsrechte ausgeübt werden und (c) das Konto des Wertpapiergläubigers bei einem Kreditinstitut, auf das der gegebenenfalls zu zahlende Auszahlungsbetrag überwiesen werden soll;
 - (ii) die erfolgte Übertragung der betreffenden Wertpapiere auf die Zertifikatsstelle, und zwar entweder (a) durch eine unwiderrufliche Anweisung an die Zertifikatsstelle, die Wertpapiere aus dem gegebenenfalls bei der Zertifikatsstelle unterhaltenen Wertpapierdepot zu entnehmen oder (b) durch Gutschrift der Wertpapiere auf das Konto der Zahlstelle bei der Clearingstelle.

Falls diese Bedingungen erst nach Ablauf der

binding for all participants except in the event of manifest error.

§ 2

Exercise Procedure; Exercise Period; Exercise Notice

- (1) The Certificate Right may in each case only be exercised by the Securityholder within the Exercise Period to the Exercise Date at the Exercise Time becoming effective as of the Exercise Date and in accordance with the exercise procedure described below:
- (2) Certificate Rights may only be exercised in a number equal to the Minimum Exercise Size. An exercise of less than the Minimum Exercise Size of the Securities will be invalid and ineffective. An exercise of more than the Minimum Exercise Size of the Securities that is not an integral multiple thereof will be deemed to be an exercise of a number of Securities that is equal to the Minimum Exercise Size or the next lowest integral multiple of the Minimum Exercise Size.
- (3) For a valid exercise of the Certificate Rights the following conditions have to be met within the Exercise Period:
 - (i) The Certificate Agent must receive written and legally signed notice by the Securityholder stating his intention to exercise the Certificate Right securitised in the Security (the “**Exercise Notice**”). The Exercise Notice is irrevocable and binding and shall contain among others (a) the name of the Securityholder, (b) an indication and the number of Securities to be exercised and (c) the account of the Securityholder with a credit institution, to which the transfer of the Settlement Amount, if any, shall be effected;
 - (ii) the effected transfer of the respective Securities to the Certificate Agent either (a) by an irrevocable order to the Certificate Agent to withdraw the Securities from a deposit maintained with the Certificate Agent or (b) by crediting the Securities to the account maintained by the Paying Agent with the Clearing Agent.

If these conditions are met after lapse of the

Ausübungsfrist in Bezug auf einen Ausübungstag erfüllt sind, gilt das Zertifikatsrecht als zum nächstfolgenden Ausübungstag ausgeübt.

- | | |
|--|--|
| <p>(4) Nach Ausübung der Zertifikatsrechte sowie der Feststellung des Abrechnungskurses des Basiswerts berechnet die Berechnungsstelle (§ 9) den gegebenenfalls zu zahlenden Auszahlungsbetrag entweder nach der Anzahl der tatsächlich gelieferten Wertpapiere oder nach der in der Ausübungserklärung genannten Anzahl von Wertpapieren, je nachdem, welche Zahl niedriger ist. Ein etwa verbleibender Überschuss bezüglich der gelieferten Wertpapiere wird an den maßgeblichen Wertpapiergläubiger auf dessen Kosten und Gefahr zurückgewährt.</p> <p>(5) Sämtliche im Zusammenhang mit dem Zertifikatsrecht vorzunehmenden Festlegungen und Berechnungen, insbesondere die Berechnung des Auszahlungsbetrags, erfolgen durch die Berechnungsstelle (§ 9). Die insoweit von der Berechnungsstelle getroffenen Festlegungen und Berechnungen sind, außer in Fällen offensichtlichen Irrtums, abschließend und für alle Beteiligten bindend.</p> | <p>(4) Upon exercise of the Certificate Rights as well as determination of the Settlement Price of the Underlying the Calculation Agent (§ 9) shall calculate the Settlement Amount payable, if any, either corresponding to the number of Securities actually delivered or to the number of Securities specified in the Exercise Notice, whichever is lower. Any remaining excess amount with respect to the Securities delivered will be returned to the relevant Securityholder at his cost and risk.</p> <p>(5) Any determination and calculation in connection with the Certificate Right, in particular the calculation of the Settlement Amount, will be made by the Calculation Agent (§ 9). Determinations and calculations made in this respect by the Calculation Agent are final and binding for all participants except in the event of manifest error.</p> |
|--|--|

§ 3

Vorzeitige Tilgung durch die Emittentin

- (1) Die Emittentin ist berechtigt, noch nicht ausgeübte Zertifikate vorzeitig durch Bekanntmachung gemäß § 11 dieser Bedingungen unter Angabe des Kalendertags, zu dem die vorzeitige Tilgung wirksam wird, und unter Wahrung der Tilgungsfrist (der „**Vorzeitige Tilgungstag**“) zu kündigen (die „**Vorzeitige Tilgung**“).
- (2) Im Fall der Vorzeitigen Tilgung zahlt die Emittentin an jeden Zertifikatsinhaber einen Betrag, der dem Abrechnungsbetrag (§ 1 (2)) zu dem Vorzeitigen Tilgungstag entspricht (der „**Vorzeitige Auszahlungsbetrag**“).
- (3) Auf die Zahlung des Vorzeitigen Auszahlungsbetrags finden die in diesen Bedingungen enthaltenen Bestimmungen über den Auszahlungsbetrag (§ 1 (1)) entsprechende Anwendung.

§ 3

Early Redemption by the Issuer

- (1) The Issuer shall be entitled at any time to terminate the Securities not yet exercised by way of publication pursuant to § 11 of these Conditions specifying the calendar day on which the early redemption becomes effective (the „**Early Redemption Date**“) and subject to the Period of Notice (the „**Early Redemption**“).
- (2) In the case of an Early Redemption the Issuer shall pay to each Securityholder a sum, equal to the Redemption Amount (§ 1 (2)) as of the Early Redemption Date (the „**Early Redemption Amount**“).
- (3) The provisions of these Conditions relating to the Settlement Amount (§ 1 (1)) shall apply *mutatis mutandis* to the payment of the Early Redemption Amount.

TEIL 2: ALLGEMEINE WERTPAPIER-BEDINGUNGEN

§ 4

Form der Wertpapiere; Verzinsung und Dividenden; Übertragbarkeit; Status

- (1) Die von der Emittentin begebenen, auf den Inhaber lautenden Wertpapiere sind durch eine oder mehrere Dauer-Inhaber-Sammelurkunde(n) (die „**Dauerglobalurkunde**“) verbrieft. Effektive Wertpapiere werden nicht ausgegeben. Der Anspruch auf Lieferung effektiver Wertpapiere ist ausgeschlossen.
Auf die Wertpapiere werden weder Zinsen noch Dividenden gezahlt.
- (2) Die Dauerglobalurkunde ist bei der Verwahrstelle hinterlegt. Die Wertpapiere sind als Miteigentumsanteile an der Dauerglobalurkunde in Übereinstimmung mit den CS-Regeln übertragbar und sind im Effekten giroverkehr ausschließlich in der kleinsten handelbaren Einheit übertragbar. Die Übertragung wird mit Eintragung der Übertragung in den Büchern der Clearingstelle wirksam.
- (3) Die Wertpapiere begründen unmittelbare, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen sonstigen gegenwärtigen und künftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche Verbindlichkeiten, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

§ 5

Tilgung; Vorlegungsfrist

- (1) Die Emittentin wird, vorbehaltlich einer Marktstörung (§ 8 (3)), bis zum Rückzahlungstag die Überweisung des Auszahlungsbetrags bzw. des Kündigungsbetrags (§ 7 (2)) in der Auszahlungswährung über die Zahlstelle zur Gutschrift auf das Konto des jeweils maßgeblichen Wertpapiergläubigers über die Clearingstelle veranlassen.
- (2) Die Emittentin wird von ihrer Verpflichtung unter diesen Wertpapieren durch Zahlung des Auszahlungsbetrags, des Kündigungsbetrags oder der sonstigen Zahlungsbeträge unter diesen Bedingungen in der vorstehend beschriebenen Weise befreit.
- (3) Alle im Zusammenhang mit der Zahlung des Auszahlungsbetrags, des Kündigungsbetrags oder der sonstigen Zahlungsbeträge unter diesen Bedingungen anfallenden Steuern, Abgaben

PART 2: GENERAL CONDITIONS OF THE SECURITIES

§ 4

Form of Securities; Interest and Dividends; Transfer; Status

- (1) The bearer Securities issued by the Issuer are represented in one or more permanent global bearer document(s) (the “**Permanent Global Note**“). No definitive Securities will be issued. The right to request the delivery of definitive Securities is excluded.
No interest and no dividends are payable on the Securities.
- (2) The Permanent Global Note is deposited with the Depository Agent. The Securities are transferable as co-ownership interests in the Permanent Global Note in accordance with the CA Rules and may be transferred within the collective securities settlement procedure in the Minimum Trading Size only. Such transfer becomes effective upon registration of the transfer in the records of the Clearing Agent.
- (3) The Securities constitute direct, unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer, ranking *pari passu* among themselves and with all other present and future unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer, other than obligations preferred by mandatory provisions of law.

§ 5

Settlement; Period of Presentation

- (1) The Issuer will, subject to a Market Disruption (§ 8 (3)), procure until the Settlement Date the payment of the Settlement Amount or of the Termination Amount (§ 7 (2)), as the case may be, in the Settlement Currency to be credited via the Paying Agent to the account of the relevant Securityholder via the Clearing Agent.
- (2) The Issuer will be discharged from its obligations under these Securities by payment of the Settlement Amount, the Termination Amount or of any other amount payable under these Conditions, as the case may be, in the manner described above.
- (3) All taxes, charges and/or expenses incurred in connection with the payment of the Settlement Amount, the Termination Amount or of any other amount payable under these Conditions, as the

und/oder Kosten sind von dem jeweiligen Wertpapiergläubiger zu tragen und zu zahlen. Die Emittentin und die Zahlstelle sind berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, von den an den Wertpapiergläubiger zahlbaren Beträgen zur Begleichung von Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzügen oder sonstigen Zahlungen den erforderlichen Betrag einzubehalten oder abzuziehen. Jeder Wertpapiergläubiger hat die Emittentin bzw. die Zahlstelle von Verlusten, Kosten oder sonstigen Verbindlichkeiten, die ihr in Verbindung mit derartigen Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzügen oder sonstigen Zahlungen im Hinblick auf die Wertpapiere des jeweiligen Wertpapiergläubigers entstehen, freizustellen.

- (4) Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Absatz 1 Satz 1 BGB wird auf zehn Jahre verkürzt.
- (5) Die Emittentin kann zur Deckung ihrer Verpflichtungen aus den Wertpapieren einen Deckungsbestand unterhalten. Der Deckungsbestand kann dabei nach der Wahl und dem freien Ermessen der Emittentin insbesondere aus dem Basiswert bzw. aus den darin enthaltenen Einzelwerten bzw. aus Optionen auf die vorgenannten Werte bestehen. Den Wertpapiergläubigern stehen jedoch keine Rechte oder Ansprüche in Bezug auf einen etwaigen Deckungsbestand zu.

§ 6

Anpassungen; Nachfolge-Index Sponsor; Nachfolge-Basiswert

- (1) Sollte der Index als Basiswert endgültig nicht mehr vom Index Sponsor verwaltet, berechnet und veröffentlicht werden, ist die Emittentin berechtigt, den Index Sponsor durch eine Person, Gesellschaft oder Institution, die für die Berechnungsstelle und die Emittentin nach billigem Ermessen (gemäß § 317 BGB bzw. § 315 BGB) akzeptabel ist (der „**Nachfolge-Index Sponsor**“), zu ersetzen.
- In diesem Fall gilt dieser Nachfolge-Index Sponsor als Index Sponsor und jede in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf den Index Sponsor als Bezugnahme auf den Nachfolge-Index Sponsor.
- (2) Veränderungen in der Berechnung (einschließlich Bereinigungen) des Index als Basiswert oder der Zusammensetzung oder Gewichtung der Indexbestandteile, auf deren Grundlage der Basiswert berechnet wird, führen nicht zu einer Anpassung, es sei denn, dass das maßgebende Konzept und die Berechnung des Basiswerts infolge einer Veränderung (einschließlich einer Bereinigung) nach Auffassung der Emittentin

case may be, shall be borne and paid by the relevant Securityholder. The Issuer and the Paying Agent, as the case may be, are entitled, but not obliged, to withhold or deduct, as the case may be, from any amount payable to the Securityholder such amount required for the purpose of settlement of taxes, charges, expenses, deductions or other payments. Each Securityholder shall reimburse the Issuer or the Paying Agent, as the case may be, from any losses, costs or other debts incurred in connection with these taxes, charges, expenses, deductions or other payments related to the Securities of the relevant Securityholder.

- (4) The period of presentation as established in § 801 section 1 sentence 1 of the German Civil Code (“**BGB**”) is reduced to ten years.
- (5) The Issuer may hold a coverage portfolio to cover its obligations under the Securities. The coverage portfolio may comprise the Underlying or the Components comprised therein, as the case may be, or options on these aforementioned assets, at the Issuer’s option and unrestricted discretion. However, the Securityholders are not entitled to any rights or claims with respect to any coverage portfolio.

§ 6

Adjustments; Successor Index Sponsor; Successor Underlying

- (1) If the Index used as the Underlying is ultimately not maintained, calculated and published by the Index Sponsor any longer, the Issuer shall be entitled to replace the Index Sponsor by a person, company or institution, which is acceptable to the Calculation Agent and the Issuer at their reasonable discretion (pursuant to § 317 of the BGB or, as the case may be, § 315 of the BGB) (the “**Successor Index Sponsor**”).
- In such case, the Successor Index Sponsor will be deemed to be the Index Sponsor and each reference in these Conditions to the Index Sponsor shall be deemed to refer to the Successor Index Sponsor.
- (2) Any changes in the calculation (including corrections) of the Index used as the Underlying or of the composition or of the weighting of the Index components, on which the calculation of the Underlying is based, shall not lead to an adjustment unless the Issuer and the Calculation Agent, upon exercise of their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB), determine

und der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB) nicht mehr vergleichbar sind mit dem bisher maßgebenden Konzept oder der maßgebenden Berechnung des Index als Basiswert. Dies gilt insbesondere, wenn sich aufgrund irgendeiner Änderung trotz gleich bleibender Kurse der in dem Index enthaltenen Einzelwerte und ihrer Gewichtung eine wesentliche Änderung des Werts des Index als Basiswert ergibt. Eine Anpassung kann auch bei Aufhebung des Index als Basiswert und/oder seiner Ersetzung durch einen anderen Basiswert erfolgen.

Zum Zweck einer Anpassung ermitteln die Emittentin und die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB) einen angepassten Wert je Einheit des Index als Basiswert, der bei der Bestimmung des Kurses des Basiswerts infolge zugrunde gelegt wird und in seinem wirtschaftlichen Ergebnis der bisherigen Regelung entspricht, und bestimmen unter Berücksichtigung des Zeitpunkts der Veränderung den Tag, zu dem der angepasste Wert je Einheit des Index als Basiswert erstmals zugrunde zu legen ist. Der angepasste Wert je Einheit des Basiswerts sowie der Zeitpunkt seiner erstmaligen Anwendung werden unverzüglich gemäß § 11 dieser Bedingungen bekannt gemacht.

- (3) Erlischt die Erlaubnis der Emittentin, den Index als Basiswert für die Zwecke der Wertpapiere zu verwenden oder wird der Index als Basiswert aufgehoben und/oder durch einen anderen Index ersetzt, legen die Emittentin und die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB), gegebenenfalls unter entsprechender Anpassung nach dem vorstehenden Absatz, fest, welcher Index künftig zugrunde zu legen ist (der „**Nachfolge-Basiswert**“). Der Nachfolge-Basiswert sowie der Zeitpunkt seiner erstmaligen Anwendung werden unverzüglich gemäß § 11 dieser Bedingungen bekannt gemacht.

Jede in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf den Basiswert gilt dann, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf den Nachfolge-Basiswert.

- (4) Ist nach Ansicht der Emittentin und der Berechnungsstelle, nach billigem Ermessen (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB), eine Anpassung oder die Festlegung eines Nachfolge-Basiswert, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich, werden die Emittentin und die Berechnungsstelle für die Weiterrechnung und Veröffentlichung des Index als Basiswert auf der Grundlage des bisherigen Indexkonzepts und des letzten festgestellten Werts des Index Sorge tragen. Eine derartige Fortführung wird

that the underlying concept and the calculation (including corrections) of the Underlying are no longer comparable to the underlying concept or calculation of the Index used as the Underlying applicable prior to such change. This applies especially, if due to any change the Index value changes considerably, although the prices and weightings of the components included in the Index used as the Underlying remain unchanged. Adjustments may also be made as a result of the termination of the Underlying and/or its substitution by another underlying.

For the purpose of making any adjustments, the Issuer and the Calculation Agent shall at their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB) determine an adjusted value per unit of the Index used as the Underlying as the basis of the determination of the Price of the Underlying, which in its result corresponds with the economic result prior to this change, and shall, taking into account the time the change occurred, determine the day, on which the adjusted value per unit of the Index used as the Underlying shall apply for the first time. The adjusted value per unit of the Underlying as well as the date of its first application shall be published without undue delay pursuant to § 11 of these Conditions.

- (3) In the event that the authorisation of the Issuer to use the Index used as the Underlying for the purposes of the Securities is terminated or that the Index used as the Underlying is terminated and/or replaced by another index, the Issuer and the Calculation Agent shall determine at their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB), after having made appropriate adjustments according to the paragraph above, which index shall be applicable in the future (the “**Successor Underlying**”). The Successor Underlying and the date it is applied for the first time shall be published without undue delay in accordance with § 11 of these Conditions.

Any reference in these Conditions to the Underlying shall, to the extent appropriate, be deemed to refer to the Successor Underlying.

- (4) If, in the opinion of the Issuer and the Calculation Agent at their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB), an adjustment or the determination of a Successor Underlying is not possible, for whatsoever reason, the Issuer and the Calculation Agent shall provide for the continued calculation and publication of the Index used as the Underlying on the basis of the existing Index concept and the last determined value of the Index. Any such continuation shall be

unverzöglich gemäß § 11 dieser Bedingungen bekannt gemacht.

- (5) Anpassungen und Festlegungen nach den vorstehenden Absätzen werden durch die Emittentin nach billigem Ermessen (gemäß § 315 BGB) bzw. von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (gemäß § 317 BGB), vorgenommen und von der Emittentin nach § 11 dieser Bedingungen bekannt gemacht. Anpassungen und Festlegungen sind (sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt) für alle Beteiligten endgültig und bindend.
- (6) Das Recht der Emittentin zur Kündigung gemäß § 7 dieser Bedingungen bleibt hiervon unberührt.

published without undue delay pursuant to § 11 of these Conditions.

- (5) The adjustments and determinations of the Issuer pursuant to the paragraphs above shall be effected by the Issuer at its reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB) or, as the case may be, by the Calculation Agent at its reasonable discretion (pursuant to § 317 of the BGB) and shall be published by the Issuer in accordance with § 11 of these Conditions. Any adjustment and determination shall be final, conclusive and binding on all parties, except where there is a manifest error.
- (6) The Issuer's right of termination in accordance with § 7 of these Conditions remains unaffected.

§ 7 Kündigung

- (1) Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, sämtliche, aber nicht einzelne Wertpapiere durch eine Bekanntmachung gemäß § 11 dieser Bedingungen (i) unter Angabe des Kalendertags, zu dem die Kündigung wirksam wird (der „**Kündigungstag**“), und (ii) unter Wahrung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat vor dem jeweiligen Kündigungstag, zu kündigen und vorzeitig zu tilgen (die „**Kündigung**“).
- (2) Im Fall der Kündigung zahlt die Emittentin an jeden Wertpapiergläubiger bezüglich jedes von ihm gehaltenen Wertpapiers einen Geldbetrag in der Auszahlungswährung, der von der Emittentin gemäß § 315 BGB nach billigem Ermessen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung des dann maßgeblichen Kurses des Basiswerts, als angemessener Marktpreis eines Wertpapiers bei Kündigung festgelegt wird (der „**Kündigungsbetrag**“).

§ 8 Marktstörungen

- (1) Sind die Emittentin und die Berechnungsstelle nach Ausübung billigen Ermessens (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB) der Ansicht, dass an dem Bewertungstag eine Marktstörung (§ 8 (3)) vorliegt, dann wird der Bewertungstag für den Basiswert bzw. für den jeweils betroffenen Einzelwert auf den unmittelbar darauf folgenden Basiswert-Berechnungstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Die Emittentin wird sich bemühen, den Beteiligten unverzüglich gemäß § 11 dieser Bedingungen mitzuteilen, dass eine Marktstörung eingetreten

§ 7 Termination

- (1) The Issuer shall be entitled to terminate and redeem all but not some of the Securities by giving notice in accordance with § 11 of these Conditions (i) specifying the calendar day, on which the Termination becomes effective (the „**Termination Date**“), and (ii) subject to a notice period of at least one month prior to the relevant Termination Date (the „**Termination**“).
- (2) In case of Termination the Issuer shall pay to each Securityholder an amount in the Settlement Currency with respect to each Security it holds, which is determined by the Issuer at its reasonable discretion pursuant to § 315 of the BGB and, if applicable, considering the then prevailing Price of the Underlying, as the fair market price of a Security at the occurrence of Termination (the „**Termination Amount**“).

§ 8 Market Disruptions

- (1) If, in the opinion of the Issuer and the Calculation Agent at their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB), a Market Disruption (§ 8 (3)) prevails on the Valuation Date, the Valuation Date in relation to the Underlying or, as the case may be, the affected Component, shall be postponed to the next succeeding Underlying Calculation Date, on which no Market Disruption prevails. The Issuer shall endeavour to notify the parties pursuant to § 11 of these Conditions without delay of the occurrence of a Market

ist. Eine Pflicht zur Mitteilung besteht jedoch nicht.

- (2) Wenn der Bewertungstag aufgrund der Bestimmungen des § 8 (1) um acht Basiswert-Berechnungstage verschoben worden ist und auch an diesem Tag die Marktstörung fortbesteht, dann gilt dieser Tag als der maßgebliche Bewertungstag für den Basiswert bzw. für den jeweils betroffenen Einzelwert.

Eine weitere Verschiebung findet nicht statt.

Die Emittentin und die Berechnungsstelle werden dann nach Ausübung billigen Ermessens (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB) sowie unter Berücksichtigung (i) der dann herrschenden Marktgegebenheiten und (ii) sämtlicher sonstigen Konditionen bzw. Faktoren, die die Emittentin und die Berechnungsstelle angemessenerweise für bedeutsam halten, auf Grundlage der zuletzt erhältlichen Kurse des Basiswerts bzw. des Einzelwerts und der von dem Index Sponsor abgegebenen Schätzungen, einen Kurs des Basiswerts bzw. des Einzelwerts in Bezug auf den verschobenen Bewertungstag schätzen. (Zur Klarstellung: Dieser Kurs kann auch Null (0) betragen.)

Sind die Emittentin und die Berechnungsstelle nach Ausübung billigen Ermessens (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB) der Ansicht, dass eine Schätzung des Kurses des Basiswerts bzw. des Einzelwerts aus welchen Gründen auch immer nicht möglich ist, dann werden die Emittentin und die Berechnungsstelle nach Ausübung billigen Ermessens (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB) sowie unter Berücksichtigung (i) der dann herrschenden Marktgegebenheiten, (ii) sämtlicher sonstigen Konditionen bzw. Faktoren, die die Emittentin und die Berechnungsstelle angemessenerweise für bedeutsam halten und (iii) gegebenenfalls unter Berücksichtigung der durch die Marktstörung bei der Emittentin angefallenen Kosten, bestimmen, ob, und gegebenenfalls in welcher Höhe, die Emittentin einen Geldbetrag in der Auszahlungswährung zahlen wird. Auf diesen Geldbetrag finden die in diesen Bedingungen enthaltenen Bestimmungen über den Auszahlungsbetrag entsprechende Anwendung.

- (3) Eine „**Marktstörung**“ bedeutet in Bezug auf einen Index bzw. auf sämtliche seiner Einzelwerte:

- (a) die Suspendierung oder das Ausbleiben der Bekanntgabe des maßgeblichen Kurses an einem für die Berechnung eines Auszahlungsbetrags bzw. eines Kündigungsbetrags maßgeblichen Basiswert-Berechnungstag, oder
- (b) die Begrenzung, Suspendierung bzw. Unterbrechung oder, vorbehaltlich von

Disruption. However, there is no notification obligation.

- (2) If the Valuation Date has been postponed, due to the provisions of § 8 (1), by eight Underlying Calculation Dates, and if the Market Disruption continues to prevail on this day, this day shall be deemed to be the relevant Valuation Date in relation to the Underlying or, as the case may be the affected Component.

No further postponement shall take place.

The Issuer and the Calculation Agent will then, at their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB) and taking into account (i) the market conditions then prevailing and (ii) such other conditions or factors as the Issuer and the Calculation Agent reasonably consider to be relevant, estimate the Price of the Underlying or, as the case may be, the Component in relation to the postponed Valuation Date (which for the avoidance of doubt could be zero (0)) on the basis of the last announced Prices of the Underlying or, as the case may be, the Component and of any estimate given by the Index Sponsor.

If, in the opinion of the Issuer and the Calculation Agent at their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB), an estimate of the Price of the Underlying or, as the case may be, of the Component is, for whatsoever reason, not possible, the Issuer and the Calculation Agent will, at their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB) and taking into account (i) the market conditions then prevailing, (ii) such other conditions or factors as the Issuer and the Calculation Agent reasonably consider to be relevant and (iii) the expenses of the Issuer, if any, caused by the Market Disruption, determine whether and in which amount, if applicable, the Issuer will make payment of an amount in the Settlement Currency. The provisions of these Conditions relating to the Settlement Amount shall apply *mutatis mutandis* to such payment.

- (3) A “**Market Disruption**” shall mean in relation to an Index used as the Underlying or, as the case may be, in relation to each of its Components:

- (a) a suspension or a failure of the announcement of the relevant price on any Underlying Calculation Date relevant for determining the Settlement Amount or the Termination Amount, as the case may be, or
- (b) a limitation, suspension or disruption of or, subject to para. (4), a restriction imposed on

Absatz (4), eine nach Auffassung der Emittentin und der Berechnungsstelle wesentliche Einschränkung des Handels

- (i) an der Maßgeblichen Börse bzw. an der/den Börse(n) bzw. in dem Markt/den Märkten, an/in der/dem denen die Einzelwerte notiert oder gehandelt werden, allgemein (sei es wegen Kursbewegungen, die die Grenzen des von der/den Börse(n) bzw. dem Markt/den Märkten, an/in der/dem/denen die Einzelwerte notiert oder gehandelt werden, Erlaubten überschreiten, oder aus sonstigen Gründen), oder
 - (ii) an der Maßgeblichen Börse bzw. an der/den Börse(n) bzw. in dem Markt/den Märkten, an/in der/dem/denen die Einzelwerte notiert oder gehandelt werden, in dem Index bzw. in den Einzelwerten des Index an der/den Börse(n) bzw. in dem Markt/den Märkten an/in der/dem/denen die Einzelwerte notiert oder gehandelt werden, sofern eine wesentliche Anzahl oder ein wesentlicher Anteil betroffen ist, (sei es wegen Kursbewegungen, die die Grenzen des von der/den Börse(n) bzw. dem Markt/den Märkten, an/in der/dem/denen die Einzelwerte notiert oder gehandelt werden, Erlaubten überschreiten, oder aus sonstigen Gründen), oder
 - (iii) an der Maßgeblichen Terminbörse, falls dort Optionskontrakte auf den Index bzw. auf die Einzelwerte gehandelt werden, oder
 - (iv) aufgrund einer Anordnung einer Behörde oder der Maßgeblichen Börse (sei es wegen Kursbewegungen, die die Grenzen des von der Maßgeblichen Börse Erlaubten überschreiten, oder aus sonstigen Gründen), bzw. aufgrund eines Moratoriums für Bankgeschäfte in dem Land, in dem die Maßgebliche Börse ansässig ist, oder aufgrund sonstiger Umstände.
- (c) Der maßgebliche Kurs ist ein Grenzpreis (*limit price*), was bedeutet, dass der für einen Tag ermittelte Kurs für den Basiswert bzw. für den betroffenen Einzelwert den Kurs an dem unmittelbar vorangehenden Tag um den nach den Vorschriften der Maßgeblichen Börse oder der Börse(n) bzw. des Markts/der Märkte, an/in der/dem/denen die Einzelwerte notiert oder gehandelt werden, zulässigen maximalen Umfang überschritten bzw. unterschritten
- trading, the latter of which the Issuer and the Calculation Agent consider significant,
- (i) on the Relevant Exchange or on the stock exchange(s) or in the market(s) on/in which the Components are quoted or traded, in general (whether by movements in price exceeding limits permitted by the stock exchange(s) or the market(s) on/in which the Components are quoted or traded, or otherwise), or
 - (ii) on the Relevant Exchange or on the stock exchange(s) or in the market(s) on/in which the Components are quoted or traded, in the Index or, as the case may be, in the Components of the Index on the stock exchange(s) or in the market(s) on/in which these values are quoted or traded, provided that a major number or a major part in terms of market capitalisation is concerned, (whether by movements in price exceeding limits permitted by the stock exchange(s) or the market(s) on/in which the Components are quoted or traded, or otherwise), or
 - (iii) on the Relevant Futures and Options Exchange, if Option Contracts on the Index or, as the case may be, on the Components, are traded there, or
 - (iv) due to a directive of an authority or of the Relevant Exchange (whether by movements in price exceeding limits permitted by the Relevant Exchange or otherwise) or due to a moratorium, which is declared in respect of banking activities in the country, in which the Relevant Exchange is located, or due to any other reasons whatsoever.
- (c) The relevant price is a "limit price", which means that the price for the Underlying or, as the case may be, for the affected Component for a day has increased or decreased from the immediately preceding day's price by the maximum amount permitted under applicable rules of the Relevant Exchange or of the stock exchange(s) or the market(s) on/in which the Components are quoted or traded.

hat.

- (d) Der Eintritt eines sonstigen Ereignisses, das nach Ansicht der Emittentin und der Berechnungsstelle nach Ausübung billigen Ermessens (gemäß § 315 BGB bzw. § 317 BGB) die allgemeine Möglichkeit von Marktteilnehmern beeinträchtigt oder behindert, Transaktionen in dem Basiswert bzw. dem jeweils betroffenen Einzelwert durchzuführen oder diesbezügliche Marktbewertungen zu erhalten.
- (4) Eine Verkürzung der regulären Handelszeiten oder eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, an denen ein Handel stattfindet, gilt nicht als Marktstörung, sofern die Einschränkung auf einer Änderung der regulären Handelszeiten der Maßgeblichen Börse beruht, die mindestens eine (1) Stunde vor (i) entweder dem tatsächlichen regulären Ende der Handelszeiten an der Maßgeblichen Börse oder (ii) dem Termin für die Abgabe von Handelsaufträgen zur Bearbeitung an dem betreffenden Tag an der Maßgeblichen Börse, je nachdem welcher Zeitpunkt früher ist, angekündigt worden ist. Eine im Laufe eines Tages auferlegte Beschränkung im Handel aufgrund von Preisbewegungen, die bestimmte vorgegebene Grenzen überschreiten, gilt nur dann als Marktstörung, wenn diese Beschränkung bis zum Ende der Handelszeit an dem betreffenden Tag fort dauert.
- (d) The occurrence of any other event that, in the opinion of the Issuer and the Calculation Agent at their reasonable discretion (pursuant to § 315 of the BGB or, as the case may be, § 317 of the BGB), disrupts or impairs the ability of market participants in general to effect transactions in, or obtain market values for the Underlying or, as the case may be, the affected Component.
- (4) Any closing prior to the scheduled trading time or any restriction of the hours or the number of days during which trading takes place is not deemed to be a Market Disruption, if the restriction is based on a change in regular trading hours on the Relevant Exchange announced in advance at least one (1) hour prior to the earlier of (i) the actual closing time for the regular trading hours on the Relevant Exchange or (ii) the submission deadline for orders entered into the Relevant Exchange for execution on the relevant day. A restriction of trading which is levied during the course of any day due to price developments exceeding certain prescribed limits shall only be deemed to be a Market Disruption if such restriction continues until the end of trading hours on the relevant day.

§ 9

Berechnungsstelle; Zertifikatsstelle; Zahlstelle

- (1) Die Berechnungsstelle, die Zertifikatsstelle und die Zahlstelle (die „**Wertpapierstellen**“) übernehmen diese Funktion jeweils in Übereinstimmung mit diesen Bedingungen. Jede der Wertpapierstellen haftet dafür, dass sie im Zusammenhang mit den Wertpapieren Handlungen bzw. Berechnungen vornimmt, nicht vornimmt oder nicht richtig vornimmt oder sonstige Maßnahmen trifft oder unterlässt nur, wenn und soweit sie jeweils die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat.
- (2) Jede der Wertpapierstellen handelt ausschließlich als Erfüllungsgehilfin der Emittentin und hat keinerlei Pflichten gegenüber dem Wertpapiergläubiger. Die Wertpapierstellen sind jeweils von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
- (3) Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit jede oder alle der Wertpapierstellen durch eine andere Gesellschaft zu ersetzen, eine oder mehrere zusätzliche Wertpapierstellen zu bestellen und deren Bestellung zu widerrufen. Ersetzung, Bestellung und Widerruf werden gemäß § 11

§ 9

Calculation Agent; Certificate Agent Paying Agent

- (1) The Calculation Agent, the Certificate Agent and the Paying Agent (the „**Security Agents**“) shall assume such role in accordance with these Conditions. Each of the Security Agents shall be liable for making, failing to make or incorrectly making any measure or calculations, as the case may be, or for taking or failing to take any other measures only if and insofar as they fail to exercise the due diligence of a prudent businessman.
- (2) Each of the Security Agents acts exclusively as vicarious agent of the Issuer and has no obligations to the Securityholder. Each of the Security Agents is exempt from the restrictions under § 181 of the BGB.
- (3) The Issuer is entitled at any time to replace any or all of the Security Agents by another company, to appoint one or several additional Security Agents, and to revoke their appointments. Such replacement, appointment and revocation shall be notified in accordance with § 11 of these

dieser Bedingungen bekannt gemacht.

- (4) Jede der Wertpapierstellen ist berechtigt, durch schriftliche Anzeige gegenüber der Emittentin jederzeit ihr Amt niederzulegen. Die Niederlegung wird nur wirksam mit der Bestellung einer anderen Gesellschaft als Berechnungsstelle, Zertifikatsstelle bzw. als Zahlstelle durch die Emittentin. Niederlegung und Bestellung werden gemäß § 11 dieser Bedingungen bekannt gemacht.

§ 10

Ersetzung der Emittentin

- (1) Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Wertpapiergläubiger eine andere Gesellschaft der UBS Gruppe als Emittentin (die „**Neue Emittentin**“) hinsichtlich aller Verpflichtungen aus oder in Verbindung mit den Wertpapieren an die Stelle der Emittentin zu setzen, sofern
- (i) die Neue Emittentin alle Verpflichtungen der Emittentin aus oder in Verbindung mit den Wertpapieren übernimmt,
 - (ii) die Neue Emittentin alle etwa notwendigen Genehmigungen von den zuständigen Behörden erhalten hat, wonach die Neue Emittentin alle sich aus oder in Verbindung mit den Wertpapieren ergebenden Verpflichtungen erfüllen kann und Zahlungen ohne Einbehalt oder Abzug von irgendwelchen Steuern, Abgaben oder Gebühren an die Zahlstelle transferieren darf, und
 - (iii) die Emittentin unbedingt und unwiderruflich die Verpflichtungen der Neuen Emittentin garantiert.
- (2) Im Falle einer solchen Ersetzung der Emittentin gilt jede in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Emittentin fortan als auf die Neue Emittentin bezogen.
- (3) Die Ersetzung der Emittentin ist für die Wertpapiergläubiger endgültig und bindend und wird den Wertpapiergläubigern unverzüglich gemäß § 11 dieser Bedingungen bekannt gemacht.

§ 11

Bekanntmachungen

- (1) Bekanntmachungen, die die Wertpapiere betreffen, werden in einer der jeweils maßgeblichen Rechtsordnung entsprechenden Form veröffentlicht. Soweit rechtlich zulässig, werden die Bekanntmachungen den Wertpapiergläubigern ausschließlich durch Mitteilung der

Conditions.

- (4) Each of the Security Agents is entitled to resign at any time from its function upon prior written notice to the Issuer. Such resignation shall only become effective if another company is appointed by the Issuer as Calculation Agent, Certificate Agent or as Paying Agent, as the case may be. Resignation and appointment are notified in accordance with § 11 of these Conditions.

§ 10

Substitution of the Issuer

- (1) The Issuer is entitled at any time, without the consent of the Securityholders, to substitute another company within the UBS Group as issuer (the "**New Issuer**") with respect to all obligations under or in connection with the Securities, if
- (i) the New Issuer assumes all obligations of the Issuer under or in connection with the Securities,
 - (ii) the New Issuer has obtained all necessary authorisations, if any, by the competent authorities, under which the New Issuer may perform all obligations arising under or in connection with the Securities and transfer payments to the Paying Agent without withholding or deduction of any taxes, charges or expenses, and
 - (iii) the Issuer unconditionally and irrevocably guarantees the obligations of the New Issuer.
- (2) In case of such a substitution of the Issuer, any reference in these Conditions to the Issuer shall forthwith be deemed to refer to the New Issuer.
- (3) The substitution of the Issuer shall be final, binding and conclusive on the Securityholders and will be published to the Securityholders without undue delay in accordance with § 11 of these Conditions.

§ 11

Publications

- (1) Publications relating to the Securities will be published in the manner required by the relevant jurisdiction. To the extent legally possible, the publications will be published by way of the Issuer's notification to the Clearing Agent for the purpose of notifying the Securityholders.

Emittentin an die Clearingstelle zur Benachrichtigung der Wertpapiergläubiger übermittelt.

- | | |
|---|---|
| <p>(2) Bekanntmachungen sind mit Veröffentlichung bzw. mit Mitteilung an die Clearingstelle durch die Emittentin den Wertpapiergläubigern gegenüber wirksam abgegeben.</p> <p>(3) Bekanntmachungen sind, falls sie der Clearingstelle zugehen, am dritten Tag nach Zugang bei der Clearingstelle den Wertpapiergläubigern wirksam zugegangen oder, falls sie veröffentlicht werden (unabhängig davon, ob dies zusätzlich geschieht), am Tag der Veröffentlichung oder, falls sie mehr als einmal veröffentlicht werden, am Tag der ersten Veröffentlichung, oder falls Veröffentlichungen in mehr als einem Medium erforderlich sind, am Tag der ersten Veröffentlichung in allen erforderlichen Medien. Im Fall der Bekanntmachung sowohl durch Veröffentlichung als auch durch Erklärung gegenüber der Clearingstelle ist die zeitlich vorangehende Bekanntmachung bzw. Erklärung maßgeblich.</p> | <p>(2) All publications have been validly given to the Securityholders with their publication or with the Issuer's notification to the Clearing Agent, as the case may be.</p> <p>(3) All publications shall, in case of the Issuer's notification to the Clearing Agent, be effectively given to the Securityholders on the third day after their receipt by the Clearing Agent or, if published (whether or not such publication occurs in addition to a notification to the Clearing Agent) on the date of their publication, or, if published more than once, on the date of their first publication, or, if a publication is required in more than one medium, on the date of the first publication in all required media. In case of announcement by both publication and the Issuer's notification to the Clearing Agent, the publication becomes effective on the date of the first of such publication or Issuer's notification, as the case may be.</p> |
|---|---|

§ 12

Begebung weiterer Wertpapiere; Ankauf; Einziehung; Entwertung

- (1) Die Emittentin ist berechtigt, ohne Zustimmung der Wertpapiergläubiger, jederzeit weitere Wertpapiere mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Wertpapieren eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff „Wertpapier“ entsprechend auszulegen ist.
- (2) Die Emittentin ist berechtigt, ohne Zustimmung der Wertpapiergläubiger, jederzeit Wertpapiere zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Wertpapiere können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, erneut begeben, weiterverkauft oder entwertet werden.
- (3) Die Emittentin ist berechtigt, ohne Zustimmung der Wertpapiergläubiger, jederzeit ausstehende Wertpapiere einzuziehen und damit ihre Anzahl zu reduzieren.
- (4) Aufstockung bzw. Reduzierung der Wertpapiere werden unverzüglich gemäß § 11 dieser Bedingungen bekannt gemacht.
- (5) Sämtliche vollständig zurückgezahlten Wertpapiere sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

§ 12

Issue of further Securities; Purchase; Call; Cancellation

- (1) The Issuer is entitled at any time to issue, without the consent of the Securityholders, further securities having the same terms and conditions as the Securities so that the same shall be consolidated and form a single series with such Securities, and references to "Security" shall be construed accordingly.
- (2) The Issuer is entitled at any time to purchase, without the consent of the Securityholders, Securities at any price. Such Securities may be held, reissued, resold or cancelled, all at the option of the Issuer.
- (3) The Issuer is entitled at any time to call, without the consent of the Securityholders, outstanding Securities and to reduce their number.
- (4) Increase or reduction of Securities shall be notified without undue delay in accordance with § 11 of these Conditions.
- (5) All Securities redeemed in full shall be cancelled forthwith and may not be reissued or resold.

§ 13
Sprache

Diese Bedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigelegt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

§ 13
Language

These Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.

§ 14
**Anwendbares Recht; Erfüllungsort;
Gerichtsstand; Zustellungsbevollmächtigte;
Korrekturen; Teilunwirksamkeit**

- (1) Form und Inhalt der Wertpapiere sowie alle Rechte und Pflichten aus den in diesen Bedingungen geregelten Angelegenheiten bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Klagen oder sonstigen Verfahren aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren ist, soweit rechtlich zulässig, Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland.
- (3) Die UBS AG, Niederlassung London, in ihrer Funktion als Emittentin und die UBS Limited in ihren Funktionen als Anbieterin und Zahlstelle ernennen hiermit die UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 – 16, 60313 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland, als deutsche Bevollmächtigte, an die innerhalb der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen jedes Verfahrens aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren die Zustellung bewirkt werden kann (die „**Zustellungsbevollmächtigte**“). Falls, aus welchem Grund auch immer, die Zustellungsbevollmächtigte diese Funktion nicht mehr ausübt oder keine Anschrift innerhalb der Bundesrepublik Deutschland mehr hat, verpflichten sich die UBS AG, Niederlassung London, und die UBS Limited, eine Ersatz-Zustellungsbevollmächtigte in der Bundesrepublik Deutschland zu ernennen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit, die Zustellung in jeder anderen gesetzlich zulässigen Weise zu bewirken.
- (4) Die Emittentin ist berechtigt, in diesen Bedingungen (i) offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder ähnliche offenbare Unrichtigkeiten sowie (ii) widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen ohne Zustimmung der Wertpapiergläubiger zu ändern bzw. zu ergänzen, wobei in den unter (ii) genannten Fällen nur solche Änderungen bzw. Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Wertpapiergläubiger zumutbar

§ 14
**Governing Law; Place of Performance; Place of
Jurisdiction; Agent of Process; Corrections;
Severability**

- (1) The form and content of the Securities as well as all rights and duties arising from the matters provided for in these Conditions shall in every respect be governed by the laws of the Federal Republic of Germany.
- (2) The place of performance and place of jurisdiction for all actions or other procedures under or in connection with the Securities shall, to the extent legally possible, be Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany.
- (3) Each of UBS AG, London Branch, in its role as Issuer and UBS Limited in its roles as Offeror and Paying Agent hereby appoints UBS Deutschland AG, Stephanstraße 14 – 16, 60313 Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany, as its agent in the Federal Republic of Germany to receive service of process in any proceedings under or in connection with the Securities in the Federal Republic of Germany (the “**Agent of Process**”). If, for any reason, such Agent of Process ceases to act as such or no longer has an address in the Federal Republic of Germany, UBS AG, London Branch, and UBS Limited agree to appoint a substitute agent of process in the Federal Republic of Germany. Nothing herein shall affect the right to serve the process in any other manner permitted by law.
- (4) The Issuer is entitled to change or amend, as the case may be, in these Conditions (i) any manifest writing or calculation errors or other manifest incorrectness as well as (ii) any conflicting or incomplete provisions without the consent of the Securityholders, provided that in the cases referred to under (ii) only such changes or amendments shall be permissible which are acceptable to the Securityholders taking into account the interests of the Issuer, *i.e.* which do

sind, das heißt die finanzielle Situation der Wertpapiergläubiger nicht wesentlich verschlechtern. Änderungen bzw. Ergänzungen dieser Bedingungen werden gemäß § 11 bekannt gemacht.

- (5) Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen wirksam. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die den wirtschaftlichen Zwecken der unwirksamen Bestimmung so weit wie rechtlich möglich entspricht. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken in den Bedingungen.

not materially impair the financial situation of the Securityholders. Any changes or amendments of these Conditions shall be notified in accordance with § 11.

- (5) If any of the provisions of these Conditions is or becomes invalid in whole or in part, the remaining provisions shall remain valid. The invalid provision shall be replaced by a valid provision, which, to the extent legally possible, serves the economic purposes of the invalid provision. The same applies to gaps, if any, in these Conditions.

IV. INFORMATIONEN ÜBER DEN BASISWERT

Die nachfolgenden Informationen über den *Basiswert* bestehen lediglich aus Auszügen oder Zusammenfassungen von Informationen, die über die Internet-Seite www.ubs.com/cmci allgemein zugänglich sind. Die Emittentin und die Anbieterin bestätigen, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass - soweit es der Emittentin und der Anbieterin bekannt ist und die Emittentin und die Anbieterin aus diesen allgemein zugänglichen Informationen ableiten konnten - keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Die folgenden Informationen beschreiben den *Basiswert*, der von dem Index Sponsor erstellt worden ist. Der Index Sponsor ist für die Strukturierung, Anpassung und Neugewichtung des Index zuständig.

BESCHREIBUNG DES UBS BLOOMBERG CMCI HEATING OIL EUR HEDGED TOTAL RETURN INDEXSM

(Bloomberg: XTHOET)

Allgemeine Informationen

Die UBS Bloomberg CMCI-Familie wurde als internationale Benchmark für moderne Rohstoff-Investitionen konzipiert. Der UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Total Return Index als Teil der CMCI-Familie besteht aus einem Rohstoff-Terminkontrakt mit verschiedenen Laufzeiten, für den eine innovative Berechnungsmethode angewendet wird.

Die Gewichtungen innerhalb des CMCI spiegeln die relative Bewertung jedes einzelnen Rohstoffs in dem Index für die Weltwirtschaft wider und basieren auf einer Reihe von wirtschaftlichen Indikatoren (BIP, Erzeugerpreisindex und Verbraucherpreisindex) sowie auf Liquidität und der Anzahl der zugrunde liegenden offenen Terminkontrakte (Open Interest).

Der UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Total Return Index ist ein Index mit direktem Bezug auf den Heizöl Sektor; er bietet Anlegern eine neue Dimension der Investition und dient als Grundlage für verschiedene Anlageprodukte, wie strukturierte Produkte oder Investmentfonds. Der UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Total Return Index misst die Erträge aus den Rohstoff-Terminkontrakten. Über einen Mechanismus von Terminkontrakten mit fester Laufzeit bezieht er sich auf ein diversifiziertes Portfolio fester Laufzeiten für jeden der jeweils zugrunde liegenden Terminkontrakte.

Absicherungsmechanismus:

Die Indexbestandteile werden auf EUR Basis in den Index einbezogen und werden täglich angepasst; somit unterliegt vor allem die täglich ermittelte negative oder positive Wertentwicklung des Index Währungsschwankungen in Bezug auf den EUR/USD-Währungswechselkurs. Daraus ergibt sich, dass das Währungswechselkursrisiko zwar nicht völlig ausgeschlossen ist, jedoch wird in vernünftigem Umfang versucht, es weitgehend auszugleichen.

Neugewichtung – Die Gewichtungen werden zweimal jährlich im Mai und November überprüft und während der Anpassungszeiträume im Januar bzw. Juli vorgenommen.

Neuzusammensetzung – Die Neuzusammensetzung des Index erfolgt monatlich im Einklang mit den zuletzt festgelegten Gewichtungen.

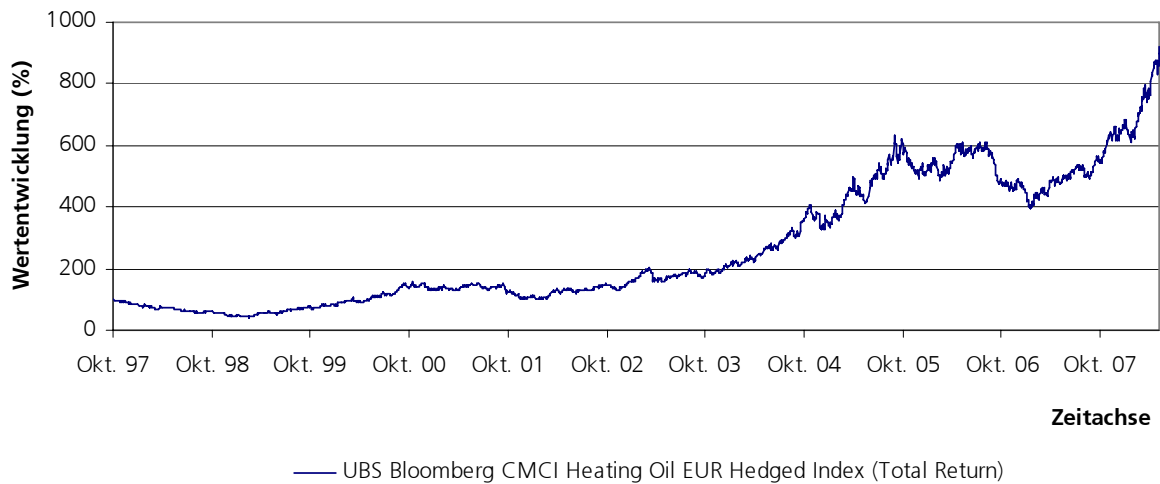
Zusammensetzung des CMCI Heating Oil Index (Stand: 1. Januar 2008)

Konstante Laufzeitgewichtungen

	Börse	Zielgewichtung %	3 Monate	6 Monate	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
Heizöl	NYMEX	100,00%	66,96%	19,79%	13,25%	-	-

Historische Wertentwicklung

UBS Bloomberg CMCI Heating Oil EUR Hedged Index (Total Return)



Übersichtsseite [CMCN <GO>](#)

Bildschirmseite [CMCX <GO>](#)

Weitere Informationen über die CMCI_{SM}-Familie sind auf der Internet-Seite www.ubs.com/cmci zu finden.

Informationen über den UBS Bloomberg Constant Maturity Commodity IndexSM („CMCI“)

Allgemeine Informationen

Index Sponsor UBS AG, Bloomberg L.P.

- Indexfamilie
- Die UBS Bloomberg CMCI-Familie wurde als internationale Benchmark für moderne Rohstoff-Investitionen konzipiert.
 - Der CMCI setzt sich aus einem Korb von 28 Rohstoff-Terminkontrakten zusammen, die mit bis zu sieben verschiedenen Fristigkeiten für jeden einzelnen Rohstoff verfügbar sind, und wendet die Berechnungsmethode von Constant-Maturity-Kontrakten (konstante Fristigkeiten) an.
 - Die Gewichtungen innerhalb des CMCI spiegeln die relative Bewertung jedes einzelnen Rohstoffs in dem Index für die Weltwirtschaft wider und basieren auf einer Reihe von wirtschaftlichen Indikatoren (BIP, Erzeugerpreisindex und Verbraucherpreisindex) sowie auf Liquidität und der Anzahl der zugrunde liegenden offenen Terminkontrakte (Open Interest).

Zusammensetzung des CMCI-Composite

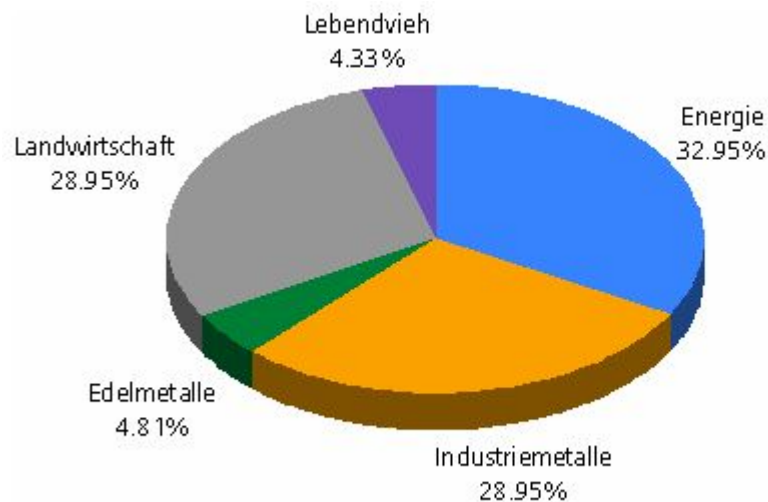
(Stand: 1. Januar 2008)

		Verfügbare konstante Fristigkeiten									
	Börse	Zielgewichtung %	3 Monate	6 Monate	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre		
1/	WTI-Rohöl	NYMEX	8,1192%	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	6 Month
2/	WTI-Rohöl	ICE	3,5726%	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	
3/	Brent-Rohöl	ICE	5,3231%	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	
4/	Heizöl	NYMEX	2,6087%	✓	✓	✓	-	-	-	-	
5/	Gasöl	ICE	2,9725%	✓	✓	✓	-	-	-	-	
6/	Benzin	NYMEX	2,9376%	✓	✓	-	-	-	-	-	
7/	Erdgas	NYMEX	7,4164%	✓	✓	✓	✓	✓	-	-	CMCI Horizon
8/	Kupfer	LME	11,7892%	✓	✓	✓	✓	✓	✓	-	
9/	Zink	LME	3,1628%	✓	✓	✓	-	-	-	-	
10/	Aluminium	LME	10,3329%	✓	✓	✓	✓	✓	✓	-	
11/	Nickel	LME	2,8194%	✓	✓	✓	-	-	-	-	
12/	Blei	LME	0,8505%	✓	✓	✓	-	-	-	-	
13/	Gold	COMEX	3,9575%	✓	✓	✓	✓	✓	-	-	CMCI 3-Yr
14/	Silber	COMEX	0,8560%	✓	✓	✓	✓	✓	-	-	
15/	SRW-Weizen	CBOT	2,4173%	✓	✓	✓	-	-	-	-	
16/	HRW-Weizen	KCBOT	1,3242%	✓	✓	✓	-	-	-	-	

17/	Mais	CBOT	5,4362%	✓	✓	✓	-	-	-	-
18/	Sojabohnen	CBOT	4,6854%	✓	✓	✓	-	-	-	-
19/	Sojabohnenmehl	CBOT	1,4619%	✓	✓	-	-	-	-	-
20/	Sojabohnenöl	CBOT	1,3338%	✓	✓	-	-	-	-	-
21/	Zucker Nr. 11	NYBOT	3,9344%	✓	✓	✓	-	-	-	-
22/	Zucker Nr. 5	EN	3,0261%	✓	✓	-	-	-	-	-
23/	Kakao	EN	1,2755%	✓	✓	✓	-	-	-	-
24/	Arabica-Kaffee	NYBOT	1,4588%	✓	✓	✓	-	-	-	-
25/	Baumwolle	NYBOT	1,9216%	✓	✓	✓	-	-	-	-
26/	Orangensaft	NYBOT	0,6746%	✓	-	-	-	-	-	-
27/	Lebendrind	CME	2,5149%	✓	✓	-	-	-	-	-
28/	Lebenschwein	CME	1,8169%	✓	✓	-	-	-	-	-

Sektorallokation

CMCI Composite



Indexmerkmale

Auflegung	29. Januar 2007
Währungen	Berechnung in USD und EUR
Anfänglicher Indexstand	1.000,00 (Stand 29. Januar 2007)
Neugewichtung	Die Gewichtungen werden zweimal jährlich im Mai und November überprüft und während der Anpassungszeiträume im Januar bzw. Juli vorgenommen.

Neuzusammensetzung	Die Neuzusammensetzung des Index erfolgt monatlich im Einklang mit den zuletzt festgelegten Gewichtungen.
Constant Maturity Boundaries	Erreicht die standardmäßige konstante Laufzeit für einen bestimmten Indexbestandteil einen illiquiden Bereich der Terminkurve, wird sie durch eine Constant Maturity Boundary ersetzt. Beispielsweise wird im Fall des 2-jährigen Composite Index die konstante Laufzeit für Heizöl von 2 Jahren durch die konstante Laufzeit für Heizöl von 1 Jahr ersetzt.

Bloomberg Ticker

Übersichtsseite **CMCN <GO>**

Bildschirmseite **CMCX <GO>**

Sektorindizes	-	Sektor	+	Indexart	+	Laufzeit
USD		Composite = CMCI		Excess = ER		#M für Monate (3;6)
		Energie = CMEN		Total = TR		#Y für Jahre (1;2;3;4;5)
		Industriemetalle= CMIM		Price = PI		
		Edelmetalle = CPM				
		Landwirtschaft = CMAG				
		Lebendvieh = CMLV				
		Beispiel: CMCIER3M = 3-monatiger CMCI Composite Excess Return USD				

Bloomberg-Ticker für andere Währungen und Bestandteilsindizes sind unter der Bloomberg-Hilfefunktion zu finden.

Weitere Informationen über die CMCI-Familie sind auf der Internet-Seite www.ubs.com/cmci zu finden.

UBS Bloomberg Constant Maturity Commodity Index - Haftungsausschluss

Haftungsausschluss

UBS AG und Bloomberg L.P. (zusammen der „**Index Sponsor**“) geben keine Zusicherungen oder Gewährleistungen - sei es ausdrücklich oder stillschweigend - in Bezug auf die Zweckmäßigkeit einer Anlage in mit der UBS Bloomberg Constant Maturity Commodity IndexSM-Familie („**CMCISM**“) verbundene Produkte, Rohstoffprodukte im Allgemeinen oder die Fähigkeit des CMCISM, die Wertentwicklung des Rohstoffmarkts abzubilden. Der Index Sponsor ist nicht verpflichtet, im Rahmen der Festlegung der Bestandteile des CMCISM oder diesbezüglichen Änderungen die Bedürfnisse der einzelnen Transaktionspartner, die über mit dem CMCISM verbundene Produkte verfügen, zu berücksichtigen.

UBS Bloomberg Constant Maturity Commodity IndexSM, UBS Bloomberg CMCISM und CMCISM sind Dienstleistungsmarken von UBS AG und/oder Bloomberg L.P. Alle Rechte vorbehalten.

Die Zusammenstellung und Berechnung des CMCISM erfolgt teilweise unter Verwendung von Daten, die von verschiedenen Terminbörsen („**Börsen**“) mit deren Genehmigung eingeholt wurden. Die Daten der Börsen werden ohne Gewähr oder Zusicherungen zur Verfügung gestellt. Die Börsen sind in keiner Weise an dem CMCISM beteiligt und übernehmen keinerlei Verantwortung für den CMCISM, dessen Zweckmäßigkeit für eine Anlage oder die künftige Wertentwicklung.

DER INDEX SPONSOR GIBT KEINE ZUSICHERUNGEN HINSICHTLICH DER QUALITÄT, RICHTIGKEIT UND/ODER VOLLSTÄNDIGKEIT DES CMCISM ODER DER DARIN ENTHALTENEN DATEN UND IST NICHT

HAFTBAR FÜR IRRTÜMER ODER AUSLASSUNGEN ODER UNTERBRECHUNGEN IM RAHMEN DER BERECHNUNG UND/ODER VERÖFFENTLICHUNG DES CMCISM. DER INDEX SPONSOR GIBT WEDER AUSDRÜCKLICH NOCH STILLSCHWEIGEND IRGEND EINE GEWÄHRLEISTUNG FÜR DIE ERGEBNISSE; DIE AUS DER NUTZUNG DES CMCISM, DARIN ENTHALTENER DATEN ODER AUF ANDERE WEISE (ENTWEDER DIREKT ODER ÜBER VERBUNDENE PRODUKTE) ERZIELT WERDEN KÖNNEN. DER INDEX SPONSOR ÜBERNIMMT IN DEM NACH GELTENDEM RECHT ZULÄSSIGEN RAHMEN WEDER AUSDRÜCKLICH NOCH STILLSCHWEIGEND IRGEND EINE GEWÄHRLEISTUNG FÜR DIE MARKTFÄHIGKEIT ODER EIGNUNG DES CMCISM ODER DER DARIN ENTHALTENEN DATEN FÜR EINEN BESTIMMTEN ZWECK ODER EINE BESTIMMTE NUTZUNG. OHNE DIE ALLGEMEINGÜLTIGKEIT DES VORSTEHENDEN EINZUSCHRÄNKEN; LEHNT DER INDEX SPONSOR IN DEM GESETZLICH ZULÄSSIGEN RAHMEN JEDE HAFTUNG FÜR SCHADENERSATZFORDERUNGEN, INDIREKTE, SONDER- ODER FOLGESCHÄDEN (EINSCHLIEßLICH ENTGANGENER GEWINNE) AB, SELBST WENN DER INDEX SPONSOR AUF DEREN MÖGLICHES EINTRETEN HINGEWIESEN WURDE.

V. STEUERLICHE GESICHTSPUNKTE

1. Allgemeine Hinweise

Die nachfolgende Darstellung der steuerlichen Konsequenzen einer Anlage in die Wertpapiere basiert auf den rechtlichen Vorschriften, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Prospekts gelten. Potenzielle Erwerber und Verkäufer der Wertpapiere sollten sich darüber im Klaren sein, dass sich die Besteuerung aufgrund zukünftiger Änderungen der gesetzlichen Vorschriften ändern kann. Die Darstellung spiegelt die Beurteilung der steuerlichen Konsequenzen durch die Emittentin wider und darf nicht als Garantie einer bestimmten steuerlichen Behandlung verstanden werden.

Darüber hinaus darf die Darstellung nicht als alleinige Grundlage für die steuerliche Beurteilung einer Anlage in die Wertpapiere dienen, da letztlich auch die individuelle Situation des einzelnen Anlegers berücksichtigt werden muss. Die Stellungnahme beschränkt sich daher auf einen allgemeinen Überblick über mögliche steuerliche Konsequenzen.

2. Schweiz

In der Schweiz, am eingetragenen Hauptsitz der UBS AG (Zürich/Basel), handelnd durch ihre Niederlassung London, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Vereinigtes Königreich, als Emittentin der Wertpapiere, wird keine schweizerische Verrechnungssteuer (schweizerische Quellensteuer) erhoben.

3. Bundesrepublik Deutschland

1. Besteuerung der Wertpapiere im Privatvermögen

(a) Einkünfte aus Kapitalvermögen

Bei den Zertifikaten handelt es sich nach Ansicht der Emittentin um keine Kapitalforderungen i.S.v. § 20 Abs. 1 Nr. 7 Einkommensteuergesetz („**EStG**“), da weder ein Entgelt für die Überlassung des Kapitalvermögens noch die Rückzahlung des Kapitalvermögens ausdrücklich oder stillschweigend zugesagt wird. Etwaige Gewinne aus der Veräußerung oder Einlösung der Zertifikate sind daher steuerlich nicht als Kapitaleinkünfte i.S.v. § 20 Abs. 1 oder Abs. 2 EStG anzusehen, sondern berühren lediglich die Vermögensebene des Anlegers, wenn sie im Privatvermögen gehalten werden.

Nach dem Wortlaut des § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG sollen nur solche Erträge aus Kapitalforderungen der Kapitaleinkünftebesteuerung unterworfen werden, bei denen der Schuldner der Kapitalforderung entweder die *Rückzahlung* des Kapitalvermögens oder aber ein *Entgelt* für die Überlassung des Kapitalvermögens zur Nutzung *zusagt* oder *gewährt*.

Bei den vorliegenden Zertifikaten hat der Investor keinen Anspruch auf eine laufende Verzinsung und die Höhe des Rückzahlungsbetrags ist von der Wertentwicklung des Basiswerts (der „**Index**“) abhängig. Es handelt sich somit um eine Kapitalanlage, bei der weder ein Entgelt noch die vollständige oder teilweise Rückzahlung des überlassenen Kapitals *zugesagt* wird.

Zudem ist wirtschaftlich unsicher, ob der Investor sein investiertes Kapital *vollumfänglich* zurückerhält bzw. ein das investierte Kapital übersteigender Rückzahlungsbetrag gezahlt wird, so dass das Zertifikat weder ein Entgelt für die Kapitalüberlassung noch die Rückzahlung des Kapitalvermögens *gewährt*.

Ausweislich der Gesetzesbegründung zu § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG (BT-Drs. 12/6078, S. 122) sollen Wertpapiere und Kapitalforderungen mit rein spekulativem Charakter, bei denen nicht wenigstens eine der beiden genannten Voraussetzungen erfüllt ist, sondern sowohl die Rückzahlung des hingegebenen Kapitalvermögens als auch der Ertrag unsicher ist, nicht von der Kapitaleinkünftebesteuerung erfasst, sondern weiterhin als ausschließlich der Vermögensebene zuzuordnende Anlagen angesehen werden.

Nach Ansicht der Emittentin handelt es sich bei den vorliegenden Zertifikaten um eine solche Anlage mit rein spekulativem Charakter, mit der der Investor nicht der Besteuerung im Rahmen von § 20 EStG unterliegt, weil er das spekulative Risiko eines Verlusts des investierten Kapitals bei einer entsprechenden Wertentwicklung des Index trägt.

(b) Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften

Werden die Zertifikate innerhalb eines Jahres nach dem Erwerb durch den Investor veräußert oder eingelöst, so sind Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung oder Einlösung als Gewinne oder Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften i.S.v. § 23 EStG einzuordnen. Hat der Investor mehrere Zertifikate zu unterschiedlichen Zeitpunkten erworben, gelten zuerst angeschaffte Zertifikate als zuerst veräußert.

Gewinne aus privaten Veräußerungsgeschäften sind in vollem Umfang steuerpflichtig, wenn sie allein oder zusammen mit anderen Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften EUR 512,00 erreichen oder übersteigen. Unterhalb dieser Grenze bleiben Gewinne steuerfrei. Verluste, die innerhalb des vorstehend beschriebenen Einjahreszeitraums realisiert werden, können lediglich mit Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften verrechnet werden. Soweit dies in dem Kalenderjahr, in dem die Verluste angefallen sind, nicht möglich ist, können die Verluste in das vorhergehende Jahr zurückgetragen oder unbegrenzt in zukünftige Jahre vorgetragen und in einem anderen Veranlagungszeitraum mit Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften ggf. eingeschränkt verrechnet werden.

Werden die Zertifikate länger als ein Jahr gehalten, sind Gewinne aus der Veräußerung oder Einlösung nach Ansicht der Emittentin nicht steuerpflichtig, wenn die Zertifikate im Privatvermögen gehalten werden. Im Gegenzug werden auch Verluste steuerlich nicht berücksichtigt.

2. Besteuerung der Wertpapiere im Betriebsvermögen

Werden die Zertifikate im Betriebsvermögen gehalten, so sollten sämtliche Gewinne steuerpflichtig und sämtliche Verluste steuerlich abzugsfähig sein. Gewinne und Verluste aus der Veräußerung oder Einlösung sind zudem bei der Gewerbesteuer zu berücksichtigen, wenn die Zertifikate in einem inländischen Betriebsvermögen gehalten werden.

3. Behandlung nach dem Investmentsteuergesetz („InvStG“)

Die steuerlichen Sondervorschriften des InvStG sind nach Ansicht der Emittentin nicht auf die Zertifikate anzuwenden, da die Zertifikate rechtlich und wirtschaftlich keine Beteiligung an einem ausländischen Investmentvermögen und keinen ausländischen Investmentanteil verbiefen sollten.

4. Kapitalertragsteuer

Erlöse aus der Veräußerung oder Einlösung der Wertpapiere sollten keiner deutschen Quellensteuer unterliegen.

5. Unternehmensteuerreform 2008

(a) Allgemeine Hinweise

Das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. August 2007, BGBl. I 2007, S. 1912 ff., sieht u.a. die grundlegende Änderung der Besteuerung von Kapitaleinkünften für im Inland ansässige Privatanleger vor. Dabei bleibt jedoch die materielle Besteuerung von im Betriebsvermögen gehaltenen Zertifikaten unberührt.

Im Folgenden werden die steuerlichen Konsequenzen einer Anlage in die Zertifikate auf Grundlage des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 dargestellt.

(b) Besteuerung der Wertpapiere im Privatvermögen

Gewinne aus dem Verkauf oder der Einlösung der Wertpapiere sind bei Privatanlegern als Kapitaleinkünfte i.S.v. § 20 Abs. 2 Nr. 7 EStG-Entwurf zu betrachten und unterliegen der Einkommensteuer zu einem (grundsätzlich) einheitlichen Steuersatz von 25 % zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag hierauf.

Verluste aus dem Verkauf oder der Einlösung der Wertpapiere können lediglich mit positiven Kapitaleinkünften verrechnet werden. Soweit dies in dem Veranlagungszeitraum, in dem die Verluste angefallen sind, nicht möglich ist, können die Verluste unbegrenzt in zukünftige Jahre vorgetragen und in einem anderen Veranlagungszeitraum mit positiven Kapitaleinkünften verrechnet werden.

(c) Kapitalertragsteuer

Werden die Wertpapiere durch ein inländisches Kreditinstitut, ein inländisches Finanzdienstleistungsinstitut (einschließlich der inländischen Niederlassung eines ausländischen Instituts), ein inländisches Wertpapierhandelsunternehmen oder eine inländische Wertpapierhandelsbank verwahrt oder verwaltet, wird im Fall der Einlösung bzw. Veräußerung eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 % (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag darauf) von dem entsprechenden Institut bzw. Unternehmen einbehalten.

Wurden die Wertpapiere bei dem entsprechenden Institut bzw. Unternehmen seit Erwerb verwahrt oder verwaltet, bemisst sich der Steuerabzug nach der Differenz zwischen dem Veräußerungs- oder Einlösungsbetrag nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen und dem Entgelt für den Erwerb der Wertpapiere. Hat sich die Verwahrstelle seit dem Erwerb der Wertpapiere geändert und sind die Anschaffungskosten nicht nachgewiesen, ist die Kapitalertragsteuer i.H.v. 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag darauf) auf 30 % der Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung der Wertpapiere zu erheben.

Die Emittentin ist – soweit sie sich nicht als auszahlende Stelle qualifiziert – nach deutschem Steuerrecht nicht verpflichtet, Quellensteuer bei Einlösung bzw. Veräußerung der Wertpapiere einzubehalten.

Der Steuerabzugsbetrag hat grundsätzlich Abgeltungswirkung, sofern die Wertpapiere im Privatvermögen gehalten werden. Auf Antrag des Steuerpflichtigen können die Kapitaleinkünfte jedoch in das Veranlagungsverfahren einbezogen und dem persönlichen Einkommensteuertarif unterworfen werden, wenn dies zu einer niedrigeren Einkommensteuerbelastung führt. Kapitaleinkünfte, die nicht bereits der Kapitalertragsteuer unterlegen haben, hat der Steuerpflichtige in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben.

Sofern die Wertpapiere im Betriebsvermögen gehalten werden, wird der Steuerabzugsbetrag mit der persönlichen Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld (bzw. dem Solidaritätszuschlag) des Anlegers verrechnet, d.h. dem Abzugsbetrag kommt keine Abgeltungswirkung zu. Etwaige Überhänge werden erstattet.

(d) Übergangsregelungen und Anwendbarkeit

Die dargestellten Änderungen finden erstmals uneingeschränkt Anwendung auf Wertpapiere, die am 1. Januar 2009 oder später erworben werden. Sofern Wertpapiere vor diesem Zeitpunkt und nach dem 14. März 2007 erworben wurden, finden die Änderungen ebenfalls Anwendung, vorausgesetzt, dass (1) die Kapitalerträge aus der Veräußerung oder Einlösung der Wertpapiere nach dem 30. Juni 2009 zufließen und (2) - sofern die Wertpapiere im Privatvermögen gehalten werden - der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere mehr als ein Jahr beträgt.

4. Luxemburg

Die nachfolgende Darstellung ist eine allgemeine Beschreibung bestimmter in Luxemburg zur Anwendung kommenden steuerlichen Aspekte im Zusammenhang mit den Wertpapieren. Sie erhebt nicht den Anspruch einer umfassenden Darstellung aller steuerlichen Aspekte, weder in Luxemburg noch in einem anderen Land. Potenziellen Anlegern wird empfohlen, sich vor Erwerb der Wertpapiere von ihrem eigenen Steuerberater über die Besteuerungsfolgen beraten zu lassen, die der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Wertpapieren sowie der Bezug von Zins-, Kapital- oder sonstigen Zahlungen in Luxemburg auslösen, sowie über die Besteuerungsfolgen in anderen Ländern, in denen der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Wertpapieren sowie Zins-, Kapital- oder sonstige Zahlungen unter den Wertpapieren steuerliche Folgen auslösen können. Diese Zusammenfassung beruht auf dem Gesetzesstand zum Datum dieses Prospekts. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen beschränken sich auf steuerliche Aspekte und enthalten keine Aussage zu anderen

Fragen, insbesondere nicht zur Rechtmäßigkeit von Transaktionen im Zusammenhang mit den Wertpapieren.

(A) Quellensteuer

Sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Halten, der Veräußerung, der Tilgung (vorzeitig oder am Laufzeitende) oder einer Kündigung der Wertpapiere erfolgen ohne Einbehalt oder Abzug von jedweder Steuer, die Luxemburg (einschließlich seiner politischen Untergliederungen und der Luxemburger Steuerbehörden) nach seinen geltenden Vorschriften erhebt. Dies gilt vorbehaltlich

- (i) der Anwendung des Luxemburger Gesetzes vom 21. Juni 2005, mit dem die EU Zinsrichtlinie umgesetzt wurde (vgl. dazu Paragraph G „EU Zinsrichtlinie“, die anwendbar sein kann, wenn der Emittent eine Luxemburger Zahlstelle im Sinne dieser Richtlinie benennt (die „Zahlstelle“));
- (ii) hinsichtlich von in Luxemburg ansässigen natürlichen Personen, der Anwendung des Luxemburger Gesetzes vom 23. Dezember 2005, mit dem eine Quellensteuer in Höhe von 10 % auf Zinserträge (das heißt, abgesehen von gewissen Ausnahmen, auf Zinserträge im Sinne des Luxemburger Gesetzes vom 21. Juni 2005, mit dem die EU Zinsrichtlinie umgesetzt wurde) eingeführt worden ist. Dieses Gesetz wird auf ab dem 1. Juli 2005 anfallende und ab dem 1. Januar 2006 ausgezahlte Zinserträge angewendet.

Die Verantwortung für den Einzug der in Anwendung der obigen Luxemburger Gesetze vom 21. Juni 2005 bzw. vom 23. Dezember 2005 anfallenden Steuern obliegt der Luxemburger Zahlstelle im Sinne dieser Gesetze und nicht der Emittentin.

(B) Besteuerung von Einnahmen und Veräußerungsgewinnen

Investiert ein Anleger in die Wertpapiere, so unterliegt er hinsichtlich der Einnahmen, die er aus den Wertpapieren bezieht, und des Gewinns, den er im Zusammenhang mit dem Halten, der Veräußerung, der Rückzahlung (endgültiger oder vorzeitiger Tilgungsbetrag), oder der Kündigung der Wertpapiere erzielt, nicht der Luxemburger Steuer auf derartige Einnahmen und Veräußerungsgewinne, es sei denn, dass:

- (i) dieser Anleger nach Luxemburger Steuerrecht (bzw. nach den relevanten Bestimmungen) in Luxemburg steuerlich ansässig ist oder als in Luxemburg steuerlich ansässig behandelt wird; oder
- (ii) der Anleger ein Unternehmen betreibt und diese Einnahmen oder Veräußerungsgewinne einer Betriebsstätte, einem ständigen Vertreter oder einer sonstigen ständigen Geschäftseinrichtung dieses Unternehmens in Luxemburg zuzurechnen sind.

(C) Vermögenssteuer

Investiert ein Anleger in die Wertpapiere, unterliegt er insofern nicht der Luxemburger Vermögenssteuer, es sei denn, dass:

- (i) dieser Anleger nach Luxemburger Steuerrecht (bzw. nach den relevanten Bestimmungen) in Luxemburg steuerlich ansässig ist oder als in Luxemburg steuerlich ansässig behandelt wird; oder
- (ii) der Anleger ein Unternehmen betreibt und die Wertpapiere einer Betriebsstätte, einem ständigen Vertreter oder einer sonstigen ständigen Geschäftseinrichtung dieses Unternehmens in Luxemburg zuzurechnen sind.

Das Luxemburger Gesetz vom 23. Dezember 2005 hat ab dem Jahr 2006 die Vermögenssteuer für natürliche Personen abgeschafft.

(D) Erbschafts- und Schenkungssteuer

Soweit Wertpapiere unentgeltlich übertragen werden, gilt:

- (i) Werden die Wertpapiere vererbt, fällt keine Luxemburger Erbschaftssteuer an, wenn der Erblasser nicht im Sinne des Luxemburger Erbschaftssteuerrechts in Luxemburg ansässig war;
- (ii) Luxemburger Schenkungssteuer fällt an, wenn die Schenkung von einem Luxemburger Notar beurkundet wird oder in Luxemburg registriert wird.

(E) Sonstige Steuern und Abgaben

Es besteht keine Pflicht, die Wertpapiere bei irgendeinem Luxemburger Gericht oder einer Luxemburger Behörde einzureichen oder genehmigen oder registrieren zu lassen. Ebenso wenig sind Abgaben für die Registrierung, Verkehrssteuern, Kapitalsteuern, Stempelsteuern oder irgendwelche ähnliche Steuern oder Abgaben (mit Ausnahme von Gerichtsgebühren) zu zahlen im Hinblick auf oder im Zusammenhang mit der Ausfertigung, Begebung und/oder rechtlichen Durchsetzung der Wertpapiere (einschließlich der Durchsetzung aufgrund eines ausländischen Urteils vor einem Luxemburger Gericht). Dies gilt mit der Ausnahme, dass im Falle eines gerichtlichen Verfahrens vor einem Luxemburger Gericht (einschließlich eines Insolvenzverfahrens) dieses Gericht die Registrierung der Wertpapiere anordnen kann; in diesem Falle unterliegen die Wertpapiere einer fixen oder nach ihrem Wert bestimmten Abgabe, je nach der genauen Art der Wertpapiere. Eine Registrierung der Wertpapiere kann grundsätzlich ferner angeordnet werden (womit dieselbe Registrierungsgebühr anfällt), wenn die Wertpapiere direkt oder durch Inbezugnahme vor einer öffentlichen Einrichtung in Luxemburg („autorité constituée“) vorgelegt werden.

(F) Ansässigkeit

Ein Anleger wird nicht als in Luxemburg ansässig behandelt aufgrund der bloßen Tatsache, dass er Wertpapiere hält, oder aufgrund der Begebung, Erfüllung, Vorlage und/oder Durchsetzung dieser oder irgendwelcher anderen Wertpapiere.

(G) EU Zinsrichtlinie

Am 3. Juni 2003 hat der Rat der EU Wirtschafts- und Finanzminister eine Richtlinie zur Zinsbesteuerung (die „**EU Zinsrichtlinie**“) verabschiedet. Die EU Mitgliedstaaten müssen die EU Zinsrichtlinie grundsätzlich vom 1. Juli 2005 an anwenden. Luxemburg hat die EU Zinsrichtlinie durch Gesetz vom 21. Juni 2005 in nationales Recht umgesetzt. Nach der EU Zinsrichtlinie ist jeder EU Mitgliedstaat verpflichtet, an die Steuerbehörden anderer EU Mitgliedstaaten Informationen über Zinsen und ähnliche Erträge zu übermitteln, die eine Zahlstelle an in einem anderen EU Mitgliedstaat (oder in bestimmten abhängigen bzw. assoziierten Gebieten) ansässige natürliche Personen oder bestimmte gleichgestellte Einrichtungen im Sinne der EU Zinsrichtlinie (jeweils eine „**Gleichgestellte Einrichtung**“) zahlt oder zu deren Gunsten einzieht.

Für eine Übergangszeit ist es Österreich, Belgien und Luxemburg jedoch gestattet, ein wahlweises Informationssystem anzuwenden, nach dem diese Staaten jeweils eine Quellensteuer auf Zins- und ähnliche Zahlungen erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer im Sinne der EU Zinsrichtlinie dieser Zahlungen nicht zum Informationsaustausch übergeht, wofür zwei Verfahren zur Verfügung stehen. Das System der Quellensteuer wird während der Übergangszeit mit einem Quellensteuersatz in Höhe von 15 % für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis zum 30. Juni 2008, mit einem Quellensteuersatz in Höhe von 20 % für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis zum 30. Juni 2011 und mit einem Quellensteuersatz in Höhe von 35 % ab dem 1. Juli 2011 angewendet. Die Übergangszeit endet zum Ende des ersten vollen folgenden Steuerjahres, nachdem Einvernehmen mit bestimmten anderen Staaten über den Austausch von Informationen über solche Zahlungen erzielt worden ist. Vergleiche hierzu Richtlinie 2003/48/EG des Rats vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen.

Eine Anzahl von europäischen Drittstaaten (Schweiz, Andorra, Liechtenstein, Monaco und San Marino) haben sich darauf verständigt, ebenfalls mit Wirkung vom 1. Juli 2005 an vergleichbare Maßnahmen im Zusammenhang mit Zahlungen, die von einer Zahlstelle in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet gemacht werden an, bzw. von dieser Zahlstelle gesammelt werden für, eine natürliche Person oder eine Gleichgestellte Einrichtung, die in einem EU Mitgliedstaat ansässig ist, zu ergreifen. Darüber hinaus hat Luxemburg mit einigen abhängigen bzw. assoziierten Gebieten gewisser EU Mitgliedstaaten (Jersey, Guernsey, Isle of Man, Montserrat, British Virgin Islands, Niederländische Antillen und Aruba)

Abkommen über den gegenseitigen Informationsaustausch bzw. den übergangsweisen Quellensteuerabzug im Zusammenhang mit Zahlungen, die von einer Zahlstelle in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet gemacht werden an, bzw. von dieser Zahlstelle gesammelt werden für, eine natürliche Person oder eine Gleichgestellte Einrichtung, die in einem dieser Gebiete ansässig ist, unterzeichnet.

Anlegern wird ferner empfohlen, im Hinblick auf die individuellen steuerlichen Auswirkungen der Anlage den eigenen steuerlichen Berater zu konsultieren.

VI. VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

Die Verbreitung dieses Prospekts und das Angebot der Wertpapiere können in bestimmten Ländern gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin bzw. die Anbieterin gibt keine Zusicherung über die Rechtmäßigkeit der Verbreitung dieses Prospekts oder des Angebots der Wertpapiere in irgendeinem Land nach den dort geltenden Registrierungs- und sonstigen Bestimmungen oder geltenden Ausnahmeregelungen und übernimmt keine Verantwortung dafür, dass eine Verbreitung des Prospekts oder ein Angebot ermöglicht werden.

Soweit nicht nachfolgend ausdrücklich ausgeführt, hat die Emittentin bzw. die Anbieterin keinerlei Maßnahmen ergriffen und wird keinerlei Maßnahmen ergreifen, um das öffentliche Angebot der Wertpapiere oder ihren Besitz oder den Vertrieb von Angebotsunterlagen in Bezug auf die Wertpapiere in irgendeiner Rechtsordnung zulässig zu machen, in der zu diesem Zweck besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Demgemäß dürfen in keinem Land die Wertpapiere direkt oder indirekt angeboten oder verkauft oder der Prospekt, irgendwelche Werbung oder sonstige Verkaufsunterlagen verbreitet oder veröffentlicht werden, es sei denn in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden rechtlichen Vorschriften. Personen, die im Besitz dieses Prospekts sind, müssen sich über die geltenden Beschränkungen informieren und diese einhalten.

Öffentliches Angebot der Wertpapiere innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums

Jeder Käufer der Wertpapiere verpflichtet sich und erklärt sich damit einverstanden, dass er die Wertpapiere zu keinem Zeitpunkt öffentlich an Personen innerhalb eines Mitgliedstaats des Europäischen Wirtschaftsraums, der die Europäische Richtlinie 2003/71/EG (nachfolgend die „**Prospektrichtlinie**“, wobei der Begriff der Prospektrichtlinie sämtliche Umsetzungsmaßnahmen jedes der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums mitumfasst) umgesetzt hat, anbieten wird, außer in Übereinstimmung mit einem folgend beschriebenen Angebot der jeweiligen Wertpapiere:

- (a) innerhalb des Zeitraums, beginnend nach Veröffentlichung des Basisprospekts, der in Übereinstimmung mit der Prospektrichtlinie gebilligt worden ist und, soweit erforderlich, dessen grenzüberschreitende Geltung in Übereinstimmung mit §§ 17, 18 des Wertpapierprospektgesetzes angezeigt worden ist, endend zwölf Monate nach der Veröffentlichung des maßgeblichen Basisprospekts;
- (b) an juristische Personen, die in Bezug auf ihre Tätigkeit auf den Finanzmärkten zugelassen sind bzw. beaufsichtigt werden. Dazu zählen: Kreditinstitute, Wertpapierfirmen, sonstige zugelassene oder beaufsichtigte Finanzinstitute, Versicherungsgesellschaften, Organismen für gemeinsame Anlagen und ihre Verwaltungsgesellschaften, Pensionsfonds und ihre Verwaltungsgesellschaften, Warenhändler sowie Einrichtungen, die weder zugelassen sind noch beaufsichtigt werden und deren einziger Geschäftszweck in der Wertpapieranlage besteht;
- (c) an andere juristische Personen, die zwei der drei Kriterien erfüllen: eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl im letzten Geschäftsjahr von mehr als 250, eine Gesamtbilanzsumme von mehr als Euro 43.000.000,00 und ein Jahresnettoumsatz von mehr als Euro 50.000.000,00; sämtlich wie in dem letzten Jahresabschluss bzw. konsolidierten Abschluss ausgewiesen, oder
- (d) unter solchen anderen Umständen, die nicht gemäß Art. 3 der Prospektrichtlinie die Veröffentlichung eines Prospekts durch die Emittentin erfordern.

Der Begriff „öffentliches Angebot von Wertpapieren“ bezeichnet in diesem Zusammenhang eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden. Käufer der Wertpapiere sollten beachten, dass der Begriff „öffentliches Angebot von Wertpapieren“ je nach Umsetzungsmaßnahme in den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums variieren kann.

In solchen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, die die Prospektrichtlinie noch nicht in nationales Recht umgesetzt haben, dürfen die Wertpapiere ausschließlich in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden rechtlichen Vorschriften direkt oder indirekt angeboten oder verkauft oder der Prospekt, irgendwelche Werbung oder sonstige Verkaufsunterlagen verbreitet oder veröffentlicht werden.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die Wertpapiere wurden nicht und werden nicht unter dem United States Securities Act (der „**Securities Act**“) von 1933 in der geltenden Fassung registriert, und der Handel mit den Wertpapieren wurde und wird nicht von der United States Commodity Futures Trading Commission (die „**CFTC**“) unter dem United States Commodity Exchange Act (der „**Commodity Exchange Act**“) genehmigt. Die Wertpapiere oder Anteile an diesen Wertpapieren dürfen weder mittelbar noch unmittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt in den Vereinigten Staaten oder an oder für Rechnung von US-Personen angeboten, verkauft, weiterverkauft, geliefert oder gehandelt werden. Wertpapiere dürfen nicht von oder zugunsten einer US-Person oder einer Person in den Vereinigten Staaten ausgeübt oder zurückgezahlt werden. In diesem Zusammenhang sind unter „**Vereinigte Staaten**“ die Vereinigten Staaten von Amerika (die Staaten und District of Columbia), ihre Territorien, Besitzungen und sonstigen Hoheitsgebiete zu verstehen und unter „**US-Personen**“ (i) natürliche Personen mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, (ii) Körperschaften, Personengesellschaften und sonstige rechtliche Einheiten, die in den oder nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder deren Gebietskörperschaften errichtet sind bzw. ihre Hauptniederlassung in den Vereinigten Staaten haben, (iii) Nachlässe oder Treuhandvermögen, die unabhängig von ihrer Einkommensquelle der US-Bundeseinkommensteuer unterliegen, (iv) Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten die oberste Aufsicht über die Verwaltung des Treuhandvermögens ausüben kann und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur maßgeblichen Gestaltung aller wichtigen Beschlüsse des Treuhandvermögens befugt sind, (v) Pensionspläne für Arbeitnehmer, Geschäftsführer oder Inhaber einer Körperschaft, Personengesellschaft oder sonstigen rechtlichen Einheit im Sinne von (ii), (vi) zum Zweck der Erzielung hauptsächlich passiver Einkünfte existierende Rechtsträger, deren Anteile zu 10 Prozent oder mehr von Personen im Sinne von (i) bis (v) gehalten werden, falls der jeweilige Rechtsträger hauptsächlich zur Anlage durch diese Personen in einen Warenpool errichtet wurde, dessen Betreiber von bestimmten Auflagen nach Teil 4 der CFTC-Vorschriften befreit ist, weil dessen Teilnehmer keine US-Personen sind, oder (vii) sonstige US-Personen im Sinne der Regulation S aufgrund des Securities Act oder der aufgrund des Commodity Exchange Act geltenden Vorschriften.

Frankfurt am Main, den 10. Juni 2008

UBS AG, handelnd durch die Niederlassung London

Matthias Fischer

Ignaz Toerring

UBS Limited

Stefanie Weber

Stefanie Ganz